E&W

Erziehung & Wissenschaft 06/2016
Zeitschrift der Bildungsgewerkschaft GEW

GEW

Stiftungen im Bildungswesen

HELFEN HILFT UND TUT GUT?

Foto: Uni Erfurt

KATHRIN DEDERING

Genau hinsehen

Stiftungen haben im Bildungsbereich in den vergangenen Jahren stark an Bedeutung gewonnen. Ihre vielfältigen Aktivitäten erfahren in Öffentlichkeit und (Fach-)Literatur oft positive Rückmeldungen, ihr Einfluss auf Bildungspolitik, Schule und Unterricht allerdings wird mitunter als zu stark kritisiert.

Unterzieht man ausgewählte Stiftungsaktivitäten einer systematischen Analyse (vgl. Dedering in Heft 11/2016 der Zeitschrift „Pädagogik"), so lässt sich nachweisen, dass schon in der Art der Konzeption und der Umsetzung einiger Stiftungsaktivitäten eine potenzielle Einflussnahme auf den bildungspolitischen sowie schul- und unterrichtspraktischen Bereich angelegt ist. Dies zeigt sich zum einen hinsichtlich des sogenannten Agenda Settings: Durch die Stiftungsaktivitäten werden bestimmte Themen in den Fokus der öffentlichen Aufmerksamkeit gerückt und als wichtig und beachtenswert herausgestellt. Beim Evaluationsinstrument SEIS der Bertelsmann Stiftung und dem Wettbewerb „Der Deutsche Schulpreis" der Robert-Bosch-Stiftung z. B. ist Schulqualität ein solches Thema. Zum anderen ist eine Normsetzung zu erkennen: Vertreten werden bestimmte inhaltliche Vorstellungen, die die beteiligten Schulen übernehmen sollen – auch wenn sie ggf. andere Vorstellungen haben. Bei SEIS und dem Deutschen Schulpreis beziehen sich diese auf das Verständnis von Schulqualität, auf die Idee der „Vermessung" von Bildung sowie auf die Vorstellung von Schule als lernender Organisation und Schulentwicklung als kontinuierlichem, in verschiedenen Phasen ablaufenden Prozess. Beim Projekt „Schulen im Team" der Stiftung Mercator wird zudem eine bestimmte Organisationsform als erfolgreiche Schulentwicklungsstrategie postuliert: die lokale, schulübergreifende Netzwerkbildung.

Die Tragweite der potenziellen Einflussnahme von Wettbewerben oder Projekten kann aber als überschaubar gelten, da die Teilnahme für die Schulen an den Stiftungsaktivitäten – und damit die Übernahme der Vorstellungen – zumeist freiwillig ist. Etwas anders verhält es sich bei SEIS: Einige kritische Stimmen in der Literatur gehen davon aus, dass das Instrument in vielen Bundesländern eine Orientierungsgrundlage bei der Entwicklung jener länderspezifischen Qualitätsrahmen gewesen ist, auf denen die Schulinspektionen basieren – die für die Schulen in den meisten Bundesländern gesetzlich verpflichtend sind. Wenn man dieser Sichtweise folgt, muss der Einfluss der Bertelsmann Stiftung hier – wenngleich indirekt – als weitreichend gelten.

Das Ausmaß der Einflussnahme von Stiftungen auf den Bildungsbereich ist abhängig vom Stiftungstyp: Stiftungen, die a) von anderen entwickelte Initiativen finanzieren oder b) Initiativen selbst entwickeln und finanzieren. Darüber hinaus spielt auch die Stiftungsphilosophie eine Rolle. So versteht sich etwa die Bertelsmann Stiftung als Think Tank, der das Schulsystem explizit nach eigenen (betriebswirtschaftlich ausgerichteten) Vorstellungen verändern will.

Will man Veränderungen im Bildungsbereich erzielen, so funktioniert das nicht ohne eine Vorstellung davon, in welche Richtung diese gehen sollen. Damit ist das Vorgehen der Akteure von vornherein normativ ausgerichtet. Auch den Stiftungen als privaten Akteuren im staatlich verantworteten Bildungsbereich sollten Vorstellungen davon, welche Ziele angestrebt und welche Maßnahmen gut und förderungswürdig sind, nicht generell abgesprochen werden. Sie sollten diese aber offenlegen, sodass eine kritische gesellschaftliche Diskussion über die (expliziten oder impliziten) Werte, die sich hinter den Aktivitäten von Stiftungen verbergen, möglich ist. Außerdem bedarf es in der Gesellschaft einer sensiblen Beobachtung der Zusammenarbeit von Stiftungswesen und Politik.

Kathrin Dedering,
Professorin für Bildungsinstitutionen und Schulentwicklung
an der Universität Erfurt

Inhalt

Prämie des Monats
Seite 5

Gastkommentar
Genau hinsehen — Seite 2

Impressum — Seite 3

Auf einen Blick — Seite 4

Prämie des Monats — Seite 5

Schwerpunkt: Stiftungen im Bildungswesen
1. Wachsender Einfluss: „… wie absolutistische Fürsten …“ — Seite 6
2. MINT-Fächer: „Wir profitieren langfristig davon …“ — Seite 10
3. Bertelsmann: Trojanisches Pferd — Seite 13
4. Lehrerfortbildung: Ein großer Markt — Seite 16

Schule
1. Gemeinschaftsschule: Schule für alle gelingt — Seite 20
2. Stadtteilschule Stellingen: Kennenlernen und Vorurteile abbauen — Seite 27

Gesellschaftspolitik
1. Spracherwerb: Jede Sprache ist es wert, gesprochen zu werden — Seite 21
2. BpB-Tagung: Protest und „Volkes Wille“ — Seite 35

Dialog: Zeitschrift für Seniorinnen und Senioren — ab Seite 23

Internationales
Ungarn: Lehrkräfte protestieren gegen Orbán — Seite 28

E&W-Serie „Willkommen in Deutschland“
Geflüchtete Wissenschaftler: „Ich habe mein Leben zurück“ — Seite 30

Tarifrunde Bund und Kommunen
1. Tarifabschluss: Deutliche Lohnerhöhung erkämpft — Seite 32
2. GEW-Kommentar: Gesamtergebnis: gut! — Seite 34

Hochschule
1. GEW-Kommentar: Höchste Zeit für Kurswechsel — Seite 36
2. Follow-up-Kongress: Es gibt noch Nachholbedarf — Seite 37

E&W-Serie „Prekäre Arbeit“
Schulvereine als Arbeitgeber: „Unmut an den Schulen“ — Seite 38

GEW-Intern
GEW-Jugendkonferenz „GEWolution“: Jung, politisch – und in der GEW — Seite 40

fair childhood – Bildung statt Kinderarbeit
Brief und Siegel für saubere Mode — Seite 42

Marktplatz — Seite 44

Leserforum — Seite 45

Diesmal — Seite 48

Titel: Werbeagentur Zimmermann

IMPRESSUM

Erziehung und Wissenschaft
Allgemeine Deutsche Lehrerzeitung · 68. Jg.

Herausgeber:
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
im Deutschen Gewerkschaftsbund
Vorsitzende: Marlis Tepe
Redaktionsleiter: Ulf Rödde
Redakteurin: Helga Haas-Rietschel
Redaktionsassistentin: Renate Körner
Postanschrift der Redaktion:
Reifenberger Straße 21
60489 Frankfurt am Main
Telefon 069 78973-0
Fax 069 78973-202
renate.koerner@gew.de
www.gew.de
facebook.com/GEW.DieBildungsgewerkschaft
twitter.com/gew_bund

Redaktionsschluss ist in der Regel
der 7. eines jeden Monats.
Erziehung und Wissenschaft erscheint elfmal jährlich.

Nachdruck, Aufnahme in Onlinedienste und Internet sowie Vervielfältigung auf Datenträger der „Erziehung und Wissenschaft“ auch auszugweise nur nach vorheriger schriftlicher Genehmigung der Redaktion.

Gestaltung:
Werbeagentur Zimmermann,
Heddernheimer Landstraße 144
60439 Frankfurt

Für die Mitglieder ist der Bezugspreis im Mitgliedsbeitrag enthalten. Für Nichtmitglieder beträgt der Bezugspreis jährlich Euro 7,20 zuzüglich Euro 11,30 Zustellgebühr inkl. MwSt. Für die Mitglieder der Landesverbände Bayern, Berlin, Brandenburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen, Schleswig-Holstein und Thüringen werden die jeweiligen Landeszeitungen der E&W beigelegt. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Rezensionsexemplare wird keine Verantwortung übernommen. Die mit dem Namen des Verfassers gekennzeichneten Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion oder des Herausgebers dar.

Verlag mit Anzeigenabteilung:
Stamm Verlag GmbH
Goldammerweg 16
45134 Essen
Verantwortlich für Anzeigen: Mathias Müller
Telefon 0201 84300-0
Fax 0201 472590
anzeigen@stamm.de
www.erziehungundwissenschaft.de
gültige Anzeigenpreisliste Nr. 39
vom 01.01.2015,
Anzeigenschluss
ca. am 5. des Vormonats

Erfüllungsort und Gerichtsstand: Frankfurt am Main

ISSN 0342-0671

Die E&W wird auf 100 Prozent chlorfrei gebleichtem Recyclingpapier gedruckt.

„Deutscher Preis für die politische Karikatur“: Der Zeichner Thomas Plaßmann, dem die E&W viele wunderbare und sehr treffende politische Cartoons verdankt, gehört zu den Gewinnern des Wettbewerbs 2015. Die E&W-Redaktion gratuliert zur Auszeichnung. Mit der preisgekrönten Karikatur solidarisierte sich Plaßmann mit seinen Kolleginnen und Kollegen der französischen Satirezeitschrift „Charlie Hebdo“ nach dem Anschlag auf die Redaktion am 7. Januar 2015 in Paris.

Lehrkräfte erhöhen Druck

Bereits zum dritten Mal in diesem Jahr haben Anfang Mai Tausende angestellte Lehrkräfte an Berliner Schulen ihre Arbeit niedergelegt. 3 800 Pädagoginnen und Pädagogen demonstrierten in der Hauptstadt für eine deutlich bessere Bezahlung. Während der Abschlusskundgebung vor dem Brandenburger Tor sagte die Vorsitzende der GEW Berlin, Doreen Siebernik, Finanzsenator Matthias Kollatz-Ahnen (SPD) habe sich erstmals grundsätzlich zu Verhandlungen mit der GEW bereit gezeigt. „Das begrüßen wir sehr. Den ersten positiven Signalen müssen jetzt schnell Taten folgen!“

„Bildung ist entscheidend“

Zugewanderte sind in Deutschland häufiger arbeitslos, geringer gebildet und eher von Armut bedroht als Menschen ohne Migrationshintergrund. Das geht aus dem bisher umfangreichsten Datenreport hervor, den das Statistische Bundesamt (Destatis) unter anderem zusammen mit dem Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) Anfang Mai in der Hauptstadt präsentiert hat. Statistiker und Sozialforscher haben darin Zahlen und Befunde zu wichtigen Lebensbereichen, Migration und Integration zusammengestellt und dabei herausgefunden: „Bildung ist entscheidend für die Integration von Migranten.“ Das spiegelt sich laut Untersuchung vor allem bei deren Arbeitsmarktzugang und in deren Einkommen wider.
Mit den Fakten, die der über 400 Seiten starke Bericht zur aktuellen Flüchtlingsdebatte liefert, fordern die Autorinnen und Autoren die Politik auf, Migrantinnen und Migranten sowie deren Kindern den Zugang zu Bildungsangeboten zu erleichtern.

Bessere Starthilfe

Die Ausbildungschancen Jugendlicher aus einkommensschwachen Verhältnissen könnten nach einer aktuellen Studie der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) deutlich verbessert werden: mit mehr motivierenden Lernangeboten, dem Ausbau von Ganztagsschulen und einer besseren Durchlässigkeit im Bildungssystem, berichtet die Deutsche Presse-Agentur (dpa).
Für eine „frühzeitige Förderung von Schülerinnen und Schülern in riskanten Lebenslagen“ könne zusätzliche Starthilfe des Bundes und der Länder sinnvoll sein, heißt es in der FES-Untersuchung. Die bisherigen Förderprogramme, „auch wenn sie zum Teil bereits in diese Richtung gehen“, reichten nicht aus.

GEW Sachsen-Anhalt: Gerth rückt nach

Foto: GEW Sachsen-Anhalt

Eva Gerth

Foto: dpa

Thomas Lippmann

Nach seiner Wahl in den sachsen-anhaltinischen Landtag hat Thomas Lippmann sein Amt als Vorsitzender der GEW Sachsen-Anhalt Ende Mai aufgegeben. Seine bisherige Stellvertreterin, die Gymnasiallehrerin Eva Gerth, rückt an die Spitze des Landesverbandes. Lippmann war 18 Jahre lang Landesvorsitzender.

Disziplinarverfahren ausgesetzt

Mit Erlass vom 3. Mai hat das Hessische Kultusministerium alle Disziplinarverfahren gegen verbeamtete Lehrkräfte, die sich am Streik der GEW Hessen am 16. Juni vergangenen Jahres beteiligt hatten (E&W berichtete), ausgesetzt.
Den Betroffenen, so das Ministerium, sollten keine Nachteile, insbesondere für das berufliche Fortkommen, entstehen. Dies solle ebenso für bereits abgeschlossene Disziplinarverfahren gelten. „Wir sehen in dieser Maßnahme einen ersten Erfolg der landesweiten Proteste gegen die vollkommen überzogene Disziplinierungswelle gegen die Streikteilnehmenden“, erklärte die hessische GEW-Vorsitzende Birgit Koch. Die Verfahren sollen bis zu einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts in Karlsruhe über die Klage der GEW zum Beamtenstreikrecht ruhen.

Länder bleiben hart

Eigentlich sollten Bund und Länder je 50 Millionen Euro in den Hilfsfonds für Opfer sexuellen Kindesmissbrauchs in Familien einzahlen. Doch die meisten Länder bleiben nach Angaben der Deutschen Presse-Agentur (dpa) knauserig. Trotz drohender Finanzierungsprobleme des Hilfsfonds für die Opfer sexuellen Kindesmissbrauchs in Familien lehnten es viele Bundesländer weiter hartnäckig ab, sich finanziell zu beteiligen. Bisher stellte der Bund rund 50 Millionen Euro für Therapien und Lebenshilfe bereit. Mecklenburg-Vorpommern und Bayern zahlten zusammen rund acht Millionen in den Fonds ein. Alle anderen Länder verweigerten jedoch Zahlungen – oft mit Hinweis auf die Verantwortung des Bundes. Die meisten wollen, wenn überhaupt, für Missbrauchsopfer an staatlichen Bildungseinrichtungen des Landes zahlen, ergab eine dpa-Umfrage. Fast 6 000 Menschen, die in Kindheit und Jugend in ihren Familien sexuell missbraucht wurden, haben seit 2013 Anträge an den Fonds gestellt.

Beitragsanpassung

Nachdem der Gesetzgeber beschlossen hat, die Rentenwerte zum 1. Juli 2016 um 5,95 Prozent in den Ost- und um 4,25 Prozent in den West-Bundesländern zu erhöhen, wird die GEW die Beiträge für Rentnerinnen und Rentner zu diesem Termin anpassen.

Petra Grundmann, Schatzmeisterin der GEW

Mitmachen lohnt sich ...

... für jedes neu geworbene GEW-Mitglied erwartet Sie ein Fahrradkorb.*

Prämie des Monats Juni:

Fahrradkorb

Pimp your Drahtesel – mit dem Bikebasket.

Neues Mitglied werben und Prämie online anfordern
www.gew.de/praemienwerbung

*Dieses Angebot gilt nicht für Mitglieder der GEW-Landesverbände Niedersachsen und Thüringen.

Keine Lust auf unser Online-Formular? Fordern Sie den Prämienkatalog an!
Per E-Mail: mitglied-werden@gew.de | Per Telefon: 0 69 / 7 89 73-211

oder per Coupon:

Bitte in Druckschrift ausfüllen.

Vorname/Name

GEW-Landesverband

Straße/Nr.

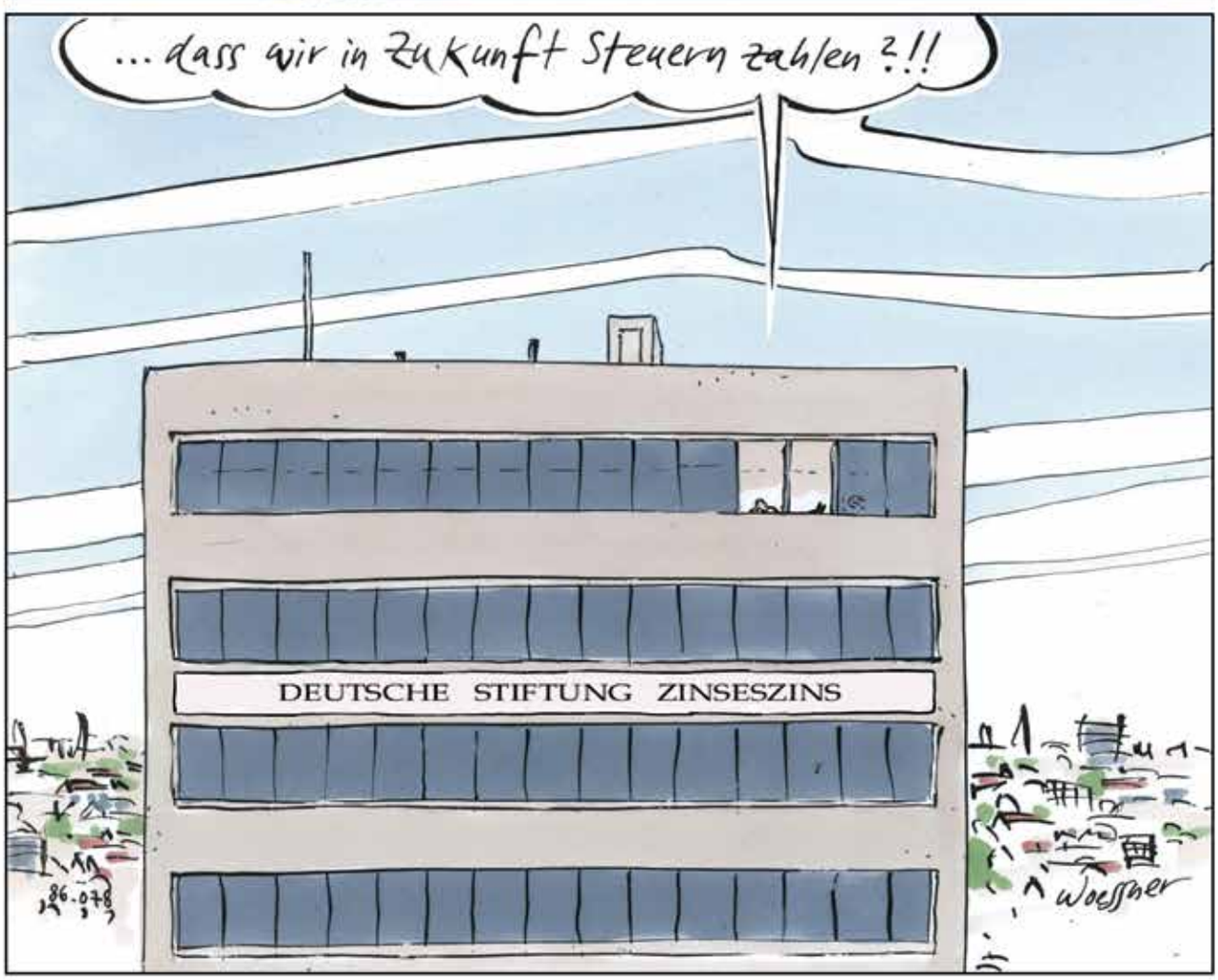
Telefon Fax

PLZ/Ort

E-Mail

Bitte den Coupon vollständig ausfüllen und an folgende Adresse senden:
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Reifenberger Straße 21, 60489 Frankfurt a. M., Fax: 0 69 / 7 89 73-102

E&W-Prämie des Monats Juni 2016/Fahrradkorb



Cartoon: Freimut Woessner

„… wie absolutistische Fürsten …“

// Armer Staat, reiche Stiftungen: Die Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) und Angela Merkel (CDU) sorgten dafür, dass der Einfluss gemeinnütziger Stiftungen enorm zugenommen hat. Ein Fallbeispiel aus Lübeck. //

„Hier regnet es durch“, erklärt Schulleiter Jan Eric Becker. Er zeigt auf die gut 40 Jahre alten, undichten Fenster eines rosafarbenen Flachbaus. „Da sind die Wände feucht.“ Und wenn sich in den Räumen wieder Schimmel gebildet hat? „Dann machen wir Schimmelfarbe drauf.“ Ortstermin an der Albert-Schweitzer-Schule im Lübecker Stadtteil Marli. Bereits 2012 sorgte die Schule für Schlagzeilen, als zwei Klassenräume wegen Einsturzgefahr gesperrt wurden. „Da hing die Decke durch“, erinnert sich Becker. Unterrichtet wird auch in grauen Containern, die am Rand des Schulhofs stehen. „Wir haben zu wenig Fach- und zu wenig Ganztagsräume.“

Foto: Matthias Holland-Letz

Jan Eric Becker, Schulleiter der Albert-Schweitzer-Schule im Lübecker Stadtteil Marli. Seine Schule sorgte für Schlagzeilen, als zwei Klassenräume wegen Einsturzgefahr gesperrt wurden: „Da hing die Decke durch.“ Finanzielle Hilfe für die überfällige Sanierung des Gebäudes erhofft sich die Kommune von der Possehl-Stiftung.

Die Hansestadt Lübeck plant, für die marode Grund- und Gemeinschaftsschule in Marli einen Teilneubau plus Sporthalle zu errichten. Doch der kostet 15 Millionen Euro. Viel Geld für eine Kommune, die eine rekordverdächtige Schuldenlast von 1,5 Milliarden Euro zu stemmen hat. Lübecks Schulsenatorin Kathrin Weiher (parteilos) hofft deshalb, dass eine gemeinnützige Lübecker Stiftung einen Teil der Kosten übernimmt. „Die Possehl-Stiftung ist ein ganz wichtiger Partner in der Schulsanierung“, betont Weiher. „Sie unterstützt uns auch im Bereich EDV oder bei pädagogischen Projekten.“ 2013 gab die Possehl-Stiftung bekannt, dass sie für die Sanierung Lübecker Schulen in den kommenden fünf Jahren jeweils bis zu drei Millionen Euro bereitstellt.

Wachsender Einfluss …

Bundesweit gilt, dass gemeinnützige Stiftungen an Schulen eine stetig wachsende Rolle spielen. Die Robert-Bosch-Stiftung gründete im Frühjahr 2015 die Deutsche Schulakademie, die sich etwa um die Fortbildung von Schulleiterinnen und Schulleitern kümmert. Die Bertelsmann Stiftung (s. S. 13 f.), seit Jahren einflussreicher Player im Bildungswesen, gibt Studien in Auftrag, organisiert Konferenzen – und beeinflusst so den bildungspolitischen Diskurs. Die Vodafone-Stiftung bildet Streitschlichter an Schulen aus. Die Stiftung des Tchibo-Erben Joachim Herz stellt kostenlose Unterrichtsmaterialien ins Netz. Ob Schülerstipendien, Preise für innovative Lehrkräfte oder Gründung von Privatschulen – Stiftungen geben Geld, vermitteln Know-how und Kontakte. Jede siebte Stiftung, also rund 3 000, engagiere sich im Bildungswesen, berichtet Katrin Kowark vom Bundesverband Deutscher Stiftungen. „Das

Foto: dpa

Bund und Länder, kritisiert Lübecks Schulsenatorin Kathrin Weiher (parteilos), ließen die Kommunen beim Unterhalt städtischer Schulgebäude allein, während, wie das Beispiel Inklusion zeige, „die Schulen immer neue Aufgaben zu schultern haben“.

Engagement von Stiftungen gerade im Bereich Bildung ist bemerkenswert und hilfreich“, lobt Olaf Scholz (SPD), Hamburgs Erster Bürgermeister. „Es ist eine gute Ergänzung zu den Bildungsangeboten des Staates.“ Stiftungen seien unabhängig, vom Markt ebenso wie von der Politik, schreibt Martin Spiewak in der Wochenzeitung DIE ZEIT mit Blick auf eine aktuelle Studie. Stiftungen fungierten, so Spiewak, als „Sozialunternehmer, Brückenbauer, Institutionenbauer oder Risikoträger“.

… und Kritik

Doch ihr wachsender Einfluss stößt auch auf Kritik. Stiftungen seien undemokratisch, lautet etwa ein Einwand. Denn allein die Stifter, zumeist Wohlhabende und Unternehmen, entscheiden, wer von den Stiftungsmitteln profitiert. „Anstatt schnöde Steuern zu zahlen,

können die Reichen als Hausherr in der eigenen Stiftung wie absolutistische Fürsten selbst bestimmen, wem sie Gutes tun und wem sie es verweigern.“ So formuliert es der Journalist und Buchautor Christian Rickens. Entsprechend vertreten gemeinnützige Stiftungen mitunter eigene Interessen. So warnen Verbraucherschützer, die Stiftung MyFinance Coach propagiere mit kostenlosen Unterrichtsmaterialien einseitig die Sichtweisen von Banken und Finanzdienstleistern. Die GEW kritisierte bereits vor Jahren: Die Bertelsmann Stiftung verfolge mit Projekten à la „Selbstständige Schule“ und der Entwicklung von „SEIS“, einem Instrument zur Selbstevaluation von Schulen, ein ganz bestimmtes Ziel: Elemente des New Public Management (NPM) an öffentlichen Schulen durchzusetzen. NPM setzt auf Managementkonzepte privater Unternehmen sowie auf Wettbewerb und geht davon aus, dass sich die Leistungen von Schule messen lassen.

Fotos: Matthias Holland-Letz

Im Gebäude der Lübecker Konzern-Zentrale sitzt auch die Possehl-Stiftung: ein wichtiger Partner bei der Schulsanierung in der Region Lübeck – mit viel Einfluss.

Wenig transparent

Stiftungen sind zudem oft wenig transparent. Kein Gesetz zwingt sie offenzulegen, wie groß ihr Vermögen ist, wie hoch ihre Einnahmen sind und wie viel sie für welche Zwecke ausgeben. Auch die Lübecker Possehl-Stiftung verrät lediglich den sogenannten Buchwert ihres Vermögens. Der liege bei 30,6 Millionen Euro. Was lediglich ein Bruchteil des tatsächlichen Vermögens ist. Besitzt die Possehl-Stiftung doch 100 Prozent der Anteile am Lübecker Unternehmen Possehl, einem Mischkonzern (Edelmetallverarbeitung, Bau, Druckmaschinen), der weltweit 12 000 Menschen beschäftigt. Gewinn vor Steuern in 2015: 144 Millionen Euro.

Wir bleiben in Lübeck. Das städtische Gebäudemanagement berichtet im August 2015 von „eingeschränkten Nutzungen bzw. Teilsperrungen“ in 17 Schulgebäuden. In sieben weiteren Gebäuden lasse sich der Schulbetrieb nur durch „Sicherheitsgerüste provisorisch aufrechterhalten“. Es fehle an Geld und an Stellen, um den Sanierungsstau abzubauen, betont das Gebäudemanagement. Ende April 2016 hingegen besteht Grund zum Feiern: Die Umbau- und Modernisierungsarbeiten an der Mühlenweg-Grundschule im Stadtteil Moisling sind abgeschlossen. Rund 40 Gäste versammeln sich, es gibt Saft, Käsespieße und Schnittchen, die Klasse 3b singt ein Piraten-Lied. Schulleiterin Jeanette Burat dankt für die „überaus schönen Räume“. 2,6 Millionen Euro wurden verbaut – finanziert ohne Stiftungen. Doch beim anschließenden Rundgang zeigt sich: Auch in der Mühlenweg-Schule steckt ein Stück Possehl. Die Stiftung spendete 100 000 Euro für den Ganztagsbetrieb. Damit wurden ein Tonbrennofen angeschafft und Spielgeräte für den Schulhof. Bei der Besichtigung der schulischen Bibliothek deutet Schulleiterin Burat auf das schicke neue Sofa: „Die Möbel hat die Possehl-Stiftung finanziert.“

Die Lübecker Großstiftung schüttete 2014 rund 28 Millionen Euro aus, auch für Denkmalschutz, Kultur und Soziales. Entsprechend selbstbewusst tritt sie in der Stadt auf. Renate Menken, die langjährige Chefin der Possehl-Stiftung, verriet bei einem Gespräch 2014, wie sie sich gegenüber Vertretern der Stadt verhält: „Wo ist der Missstand? Bitte strukturiert das und arbeitet das ab.“ Nach Ansicht von Menken arbeite die Stadt aber nicht gründlich genug: „Da hakt es allerdings noch sehr. Es kann sein, dass

Fach- und Ganztagsräume sind an der Albert-Schweitzer-Schule in Containern auf dem Schulhof untergebracht – auch in Lübeck fehlt das Geld für Neubauten an allen Ecken und Enden. Die Kommune hofft auf eine Finanzspritze aus der Possehl-Stiftung. Übernehmen Stiftungen (immer mehr) öffentliche Aufgaben?

ich mich dahinterklemmen und den Bürgermeister darauf ansprechen muss.“ Seit Anfang 2016 leitet der Unternehmer Max Schön die Possehl-Stiftung.

Politisch gewollter Aufschwung

Der bundesdeutsche Stiftungsboom startete nach 1999. Damals gab es bundesweit rund 8 000 gemeinnützige Stiftungen. Heute liegt die Zahl bei über 21 000, die Schätzungen zufolge ein Vermögen von 100 Milliarden Euro besitzen. Ein politisch gewollter Aufschwung. Die rot-grüne Bundesregierung unter Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) gab vor, die „Zivilgesellschaft“ stärken zu wollen. 2000 verabschiedete Rot-Grün deshalb das „Gesetz zur weiteren steuerlichen Förderung von Stiftungen“. Die Große Koalition, geführt von Kanzlerin Angela Merkel (CDU), legte 2007 nach – mit dem „Gesetz zur weiteren Förderung des bürgerschaftlichen Engagements“. Noch nie genossen Stifter und Stiftungen so viele Steuervorteile wie heute (s. Kasten). Gleichzeitig sorgten Schröder und Merkel dafür, dass der Fiskus Großunternehmen und Reiche entlastete: Senkung der Körperschaftsteuer (2000) sowie des Einkommensteuer-Spitzensatzes (2005), Einführung der Abgeltungssteuer für Kapitaleinkünfte (2009), Verzicht auf Wiedereinführung der Vermögensteuer.
Fatale Folge: Länder und Kommunen ächzen seit Jahren unter einer Schuldenlast, trotz aktuell sprudelnder Steuereinnahmen. Ende 2015 standen die Bundesländer mit 617 Milliarden Euro in der Kreide. Die Kommunen hatten 145 Milliarden Euro Schulden. Hinzu kommen derzeit Mehrausgaben, um geflüchtete Menschen zu versorgen und unterzubringen. Politikerinnen und Politiker, Lehrkräfte, Schulleitungen und Eltern sehen daher kaum Alternativen, wenn Stiftungen ihre Hilfe anbieten. Frage an die Lübecker Schulsenatorin: Es ist Aufgabe des Staates, für den Unterhalt der städtischen Schulgebäude zu sorgen, oder? „Da haben Sie grundsätzlich recht“, antwortet Weiher. „Aber was der Staat in den letzten Jahren gemacht hat, war unzureichend.“ Nach Einschätzung der Politikerin lassen Bund und Länder die Kommunen allein – während die Schulen immer neue Aufgaben zu schultern haben. Beispiel Inklusion. „Hier geht es nicht nur um breitere Türen und Rampen in den Schulgebäuden“, erklärt die Schulsenatorin. „Wir brauchen auch kleine Differenzierungsräume.“ Also Räume, um Kinder einzeln oder in kleinen Gruppen zu unterrichten. „Da werden die Kommunen alleingelassen und können diese Pflicht nicht erfüllen.“
Auch in der Vergangenheit griff die Possehl-Stiftung der Stadt Lübeck im Schulwesen unter die Arme. Etwa als die alten Dampfheizungen in 21 Schulen ausgetauscht werden mussten. Die Possehl-Stiftung habe mit einer Spende von sieben Millionen Euro „den entscheidenden Anstoß“ für das Sanierungsprogramm gegeben, so die Tageszeitung „Lübecker Nachrichten“. Seit Jahren hilft die Stiftung zudem, Schultoiletten zu sanieren. „Wir halten es nicht aus, wenn die Kinder sieben Stunden nicht aufs Klo gehen können, weil die sanitären Anlagen einfach unerträglich sind“, begründete die damalige Stiftungschefin Menken das Engagement.
Fest steht: Stiftungen finden sich selten dort, wo die Not am größten ist. Sie entstehen vor allem in den wohlhabenden Regionen, zumeist in den Großstädten der alten Bundesländer. Hessen meldet 31 Stiftungen pro 100 000 Einwohner, in Bayern sind es 30, im Stadtstaat Hamburg gar 78. Da können die neuen Länder, in denen die Kaufkraft geringer und die Arbeitslosigkeit höher ist als in der alten Bundesrepublik, nicht mithalten. In Sachsen und Sachsen-Anhalt gibt es lediglich 13 Stiftungen pro 100 000 Einwohner. In Brandenburg sind es sogar nur acht. Warum das zählt? Weil viele Stiftungen, vor allem kleinere und mittlere, nahezu ausschließlich ihre Heimatregion fördern. Auch etliche Großstiftungen denken nicht daran, ihren Geldsegen andernorts niedergehen zu lassen. So hat die Possehl-Stiftung laut Satzung den Zweck, allein in Lübeck Wohltaten zu verteilen. Die Stiftung des SAP-Milliardärs Dietmar Hopp, mit Sitz nahe Heidelberg, fördert lediglich die Region Rhein-Neckar. Die Stiftung „Polytechnische Gesellschaft“ zielt darauf, den Standort Frankfurt am Main zu stärken. Wer dort nicht zuhause ist, hat Pech gehabt. Schöne neue Stiftungswelt.

Matthias Holland-Letz,
freier Journalist

Fiskus hilft Stiftern

Das Finanzamt greift Stiftern kräftig unter die Arme: Wer als Spitzenverdiener eine Million Euro in eine Stiftung investiert, bekommt fast 50 Prozent vom Fiskus zurück. Kann er doch bis zu einer Million Euro, verteilt auf zehn Jahre, bei der Einkommensteuer geltend machen. Hätte ein Großverdiener zehn Jahre lang jeweils zusätzlich 100 000 Euro zu versteuern, müsste er – bei einem Spitzensteuersatz von 45 Prozent plus Solidaritätszuschlag – jeweils fast 50 000 Euro ans Finanzamt zahlen. Diese Zahlung bleibt dem Stifter erspart. (Ehepaare haben die Möglichkeit, bis zu zwei Millionen Euro bei der Steuer anzugeben.) Zusätzlich darf der Stifter bis zu 20 Prozent seines Jahreseinkommens einer Stiftung spenden. Auch dies senkt seine Steuerlast. Unternehmen haben ebenfalls das Recht, Spenden zugunsten einer Stiftung steuerlich geltend zu machen. Doch nicht nur der Stifter, auch die Stiftung genießt zahlreiche Steuerprivilegien. Ihre Einnahmen (Mieten, Pachten, Dividenden, Zinsen u. a.) muss sie nicht versteuern, weder Einkommen- noch Abgeltungs- oder Körperschaftsteuer werden fällig. Wenn die Stiftung erbt, ist sie von der Erbschaftsteuer befreit. Die Steuerprivilegien greifen allerdings nur, wenn die Stiftung als gemeinnützig anerkannt ist. Darüber zu entscheiden, fällt in die Zuständigkeit des Finanzamtes am Sitz der Stiftung. Wie das Finanzamt zu seinem Urteil gekommen ist, erfährt die Öffentlichkeit nicht. Grund: Steuergeheimnis. M.H.-L.

Bundesverband Deutscher Stiftungen: www.stiftungen.org/

Website zum 2015 im Backstein Verlag Köln erschienenen Buch „Scheinheilige Stifter“ des E&W-Autors Matthias Holland-Letz: www.scheinheilige-stifter.de/

„Wir profitieren langfristig davon …“

// Der Schulunterricht in Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik – den sogenannten MINT-Fächern – wird gerne von industrienahen Stiftungen gefördert. Völlig uneigennützig? //

Tatsächlich, der Luftballon am Ende des T-förmigen Reagenzglases füllt sich mit Gas. Und wenn noch mehr Kohlendioxid in den Ballon strömen würde? „Dann platzt der irgendwann“, antwortet die zwölfjährige Lucy. Sie und die übrigen Sechstklässler haben soeben eine Mini-Produktionsanlage gebaut, aus Reagenzgläsern, Verbindungsmuffen und dünnen Röhrchen. Damit stellen sie Brause-Limonade her. Dabei entsteht Gas, das Kohlendioxid. „Warum darf die Öffnung der Anlage nicht zugeschraubt sein?“, fragt Chemielehrer Frank Lommerzheim. „Das könnte explodieren“, weiß ein Schüler. Die Klasse 6c soll lernen: Der Luftballon dient als Ventil, für den Notfall.

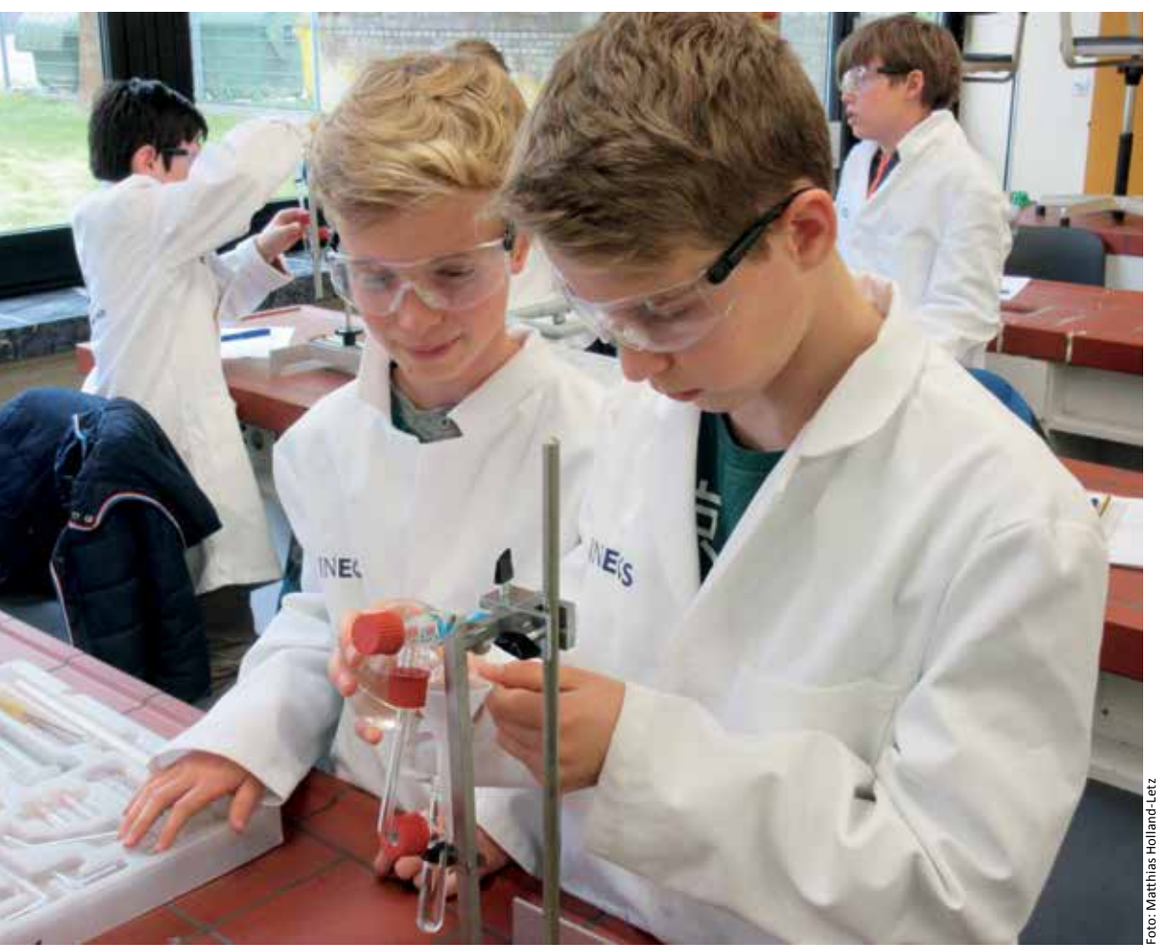


Foto: Matthias Holland-Letz

Sechsklässler des Norbert-Gymnasiums Knechtsteden, einer katholischen Privatschule in Dormagen bei Köln: Sie experimentieren im Chemie-Unterricht mit Baukästen, die Versuche mit Kleinstmengen an Chemikalien ermöglichen. Die Baukästen hat die Stiftung Bayer Science & Education Foundation mit 9 900 Euro gesponsert.

Lucy und ihre Mitschüler besuchen das Norbert-Gymnasium Knechtsteden, eine katholische Privatschule mit 1 400 Schülerinnen und Schülern, gelegen in Dormagen bei Köln. Die Sechstklässler nehmen teil am Projekt „Chemical Engineering for Kids“, also „Chemie-Ingenieurwesen für Kinder“. Hier werden Baukästen eingesetzt, die Versuche mit Kleinstmengen an Chemikalien ermöglichen. So entfallen strenge Sicherheitsvorgaben. Vorteil für den Unterricht: „Es werden mehr Experimente gemacht“, freut sich Chemielehrerin Natalie Zerulla, am Norbert-Gymnasium für das Projekt verantwortlich. Ihr sei wichtig, „dass man die Schülerinnen und Schüler für großtechnische Probleme sensibilisiert“, erklärt Zerulla.

„Chemical Engineering for Kids“ wird von der gemeinnützigen Stiftung Bayer Science & Education Foundation gesponsert. 9 900 Euro zahlte die Stiftung für die Anschaffung von neun Baukästen plus Lehrerfortbildung. „Allein hätten wir das Geld nicht aufbringen können“, betont die Chemielehrerin.

Die Bayer Science & Education Foundation hat ein Stiftungsvermögen von 19,6 Millionen Euro. Ihre Ausgaben lagen 2014 bei 2,4 Millionen Euro. Laut der Website „bayer-stiftungen.de“ sponsert die Bildungsstiftung Schulprojekte, vergibt wissenschaftliche Stipendien und zeichnet Forscher in den Bereichen Medizin und Chemie aus. Der Weltkonzern Bayer (Pharma, Agrarchemie) beschäftigt 116 000 Menschen, etwa ein Drittel davon arbeitet in Deutschland.

Die Homepage informiert auch darüber, dass die Bayer-Stiftung an Schulen Lehrkräfte fördert, „die den naturwissenschaftlichen Unterricht durch innovative Projekte attraktiver machen möchten“. Gemeinsam mit der Berliner Humboldt-Universität betreibt sie

Große Wünsche – kleine Raten!

[1)] Konditionen freibleibend, bonitätsabhängig, die Gesamtkosten beinhalten die Mitgliedschaft und die Summe der Sollzinsen. Voraussetzung: Gehalts-/Bezügekonto; Genossenschaftsanteil von 15,– Euro/Mitglied. Beworbene Kondition: Nettodarlehensbetrag: 10.000,– Euro, Sollzinssatz p. a. (fest): 2,79 %, Effektiver Jahreszins: 2,89 %, Gesamtbetrag: 10.760,24 Euro, Vertragslaufzeit: 60 Monate, Monatl. Rate: 179,09 Euro, Anzahl Raten: 60. Repräsentatives Beispiel: Nettodarlehensbetrag: 10.000,– Euro, Sollzinssatz p. a. (fest): 5,53 %, Effektiver Jahreszins: 5,74 %, Gesamtbetrag: 11.527,24 Euro, Vertragslaufzeit: 60 Monate, Monatl. Rate: 191,85 Euro, Anzahl Raten: 60

Finanzieren Sie Ihre Wünsche zu **aktuell besonders niedrigen Zinsen – mit dem BBBank-Wunschkredit[1)].**

B-Tarif:
Für Beschäftigte im öffentlichen Dienst zusätzlicher Zinsrabatt möglich.

Mehr Informationen? Gerne!

In Ihrer Filiale vor Ort, unter Tel. 0 800/40 60 40 184
oder www.bbbank.de/wunschkredit

BB Bank

Die Bank für Beamte
und den öffentlichen Dienst

das „Humboldt-Bayer-Mobil“, ein fahrendes naturwissenschaftlich-technisches Labor, das bundesweit Schulen anfährt. Sie ermöglicht zudem, dass Schülerinnen und Schüler an naturwissenschaftlichen Sommercamps in den USA teilnehmen („Science Teens“). 2015 förderte die Bayer-Stiftung laut eigenen Angaben 57 Schulen und Bildungseinrichtungen. Allein mit dem „Humboldt-Bayer-Mobil“ habe sie über 20 000 Schülerinnen und Schüler erreicht.

Unterricht in den MINT-Fächern zu fördern, darum kümmern sich auffallend viele Stiftungen, die von Industrie-Unternehmen oder Industrie-Arbeitgeberverbänden ins Leben gerufen wurden. Beispiel Deutsche Telekom Stiftung in Bonn. Zu ihren Projekten zählt die „Junior-Ingenieur-Akademie“ (JIA). Der JIA geht es um Studien- und Berufsorientierung für die Klassen 8 und 9 an Gymnasien. Zu den MINT-Förderern zählen ferner die Siemens-Stiftung (München), die Stiftung des Maschinenbau-Konzerns Körber (Hamburg) sowie die Stiftung des Informatik-Unternehmens Vector (Stuttgart). Auch die MINT-Stiftung Ruhr/Vest, gegründet vom Bochumer Metallarbeitgeberverband, gehört dazu. Sie finanziert Projekte in Schulen, aber auch in Kindergärten und an Hochschulen. „Profitieren können davon nicht zuletzt die Mitgliedsunternehmen des Arbeitgeberverbandes“, heißt es auf der Stiftungs-Website*.

Gezielte Nachwuchsförderung?

Die Bayer Science & Education Foundation stellt klar: Längst nicht alle Schulen haben Chancen, in den Genuss einer Förderung zu kommen. Sie erklärt auf ihrer Website, dass sie lediglich Schulen „im Umfeld der Bayer-Standorte“ unterstütze. Also etwa im Raum Dormagen, in Wuppertal, Leverkusen oder Kiel. Da liegt der Verdacht nahe, der Stiftung gehe es um Nachwuchsförderung zugunsten des Chemiekonzerns, finanziert auch mit Steuergeldern. Im Projektantrag, den das Norbert-Gymnasium an die Bayer-Stiftung richtete, heißt es: „Gerade im Hinblick auf den Fachkräftemangel“ sei es wichtig, Kinder möglichst früh für die Naturwissenschaften, „insbesondere für Fächer wie Chemie und Prozesstechnik zu begeistern“. Begleitend zum Chemie-Unterricht gelte es, „wichtige technische Fragestellungen“ zu bearbeiten. Diese „Kompetenzerweiterung der Schüler“, so der Antrag, „ermöglicht im späteren Berufsleben eine wesentlich vielschichtigere und breitere Problemlösungsstrategie“.

Gezielte Einflussnahme?

Den Aktivisten von der „Coordination gegen BAYER-Gefahren e. V.“ (CBG) liegt ein weiterer Punkt schwer im Magen. Das Unternehmen wolle mit Hilfe der Stiftung „gezielt Kritik bei Themen wie Gentechnik, Pestizid-Einsatz und Störfall-Risiken begegnen“, so Philipp Mimkes, Vorstandsmitglied der CBG. Mimkes zählt auf: Die Realschule in Dormagen erhielt 5 000 Euro für das Projekt „Genetik Schüler-orientiert“. Das Gymnasium in Brunsbüttel bekam 19 500 Euro „zur Ausstattung eines Gen-Labors“. An der Lisa-Meitner-Realschule in Monheim bei Düsseldorf wurde eine „Unterrichtseinheit zur Nanotechnologie“ mit 4 000 Euro unterstützt. Der CBG-Mann spricht von „Einflussnahme auf Bildungseinrichtungen“.

Wir fahren nach Leverkusen, in die Konzernzentrale von Bayer. Ein imposanter Glasbau, im großzügigen Foyer Designermöbel, ein schickes Café, nahezu geräuschlos bewegt sich der gläserne Aufzug. Im ersten Stock liegt das Büro von Thimo Valentin Schmitt-Lord, verantwortlich für die Bayer Science & Education Foundation. Erste Frage: Welche Vorteile hat das Unternehmen Bayer durch die Stiftung? „Keinen unmittelbaren betrieblichen Vorteil“, sagt der 45-Jährige. „Wir profitieren aber langfristig davon, wenn wir Menschen für Naturwissenschaft und Fortschritt begeistern.“ Betreibt die Stiftung an den Bayer-Standorten Nachwuchsförderung zugunsten von Bayer? „Wenn wir früh gute Leute finden, Talente entwickeln, dann ist das nicht zum Nachteil von uns.“ Aber die Personalplanung bereits bei Sechsklässlern anzusetzen, „das wäre weit hergeholt“. Dass diese Schülerinnen und Schüler später einen naturwissenschaftlichen Beruf wählen, wäre zwar „begrüßenswert, aber am Ende doch völlig offen“. Und was sagt er zum Vorwurf, die Stiftung solle Kritik an der Bayer-Unternehmenspolitik abwehren? „Das ist schlicht aus der Luft gegriffen“, entgegnet Schmitt-Lord. „Wir machen das ja gerade nicht, Themen in den Unterricht zu bringen.“ Es seien die Lehrkräfte, die Projektthemen formulierten. Welche Projekte gefördert werden, „darüber entscheidet unsere unabhängige Experten-Jury“. Geprüft werde, „welche Idee ist qualitativ gut, didaktisch gut, innovativ und transportiert Erfindergeist“. Letzte Frage: Wie unabhängig ist die Stiftung gegenüber dem Unternehmen? „Wir sind gegründet von Bayer, wir arbeiten eng mit Bayer und den Netzwerken des Konzerns zusammen.“ Bayer sei zudem „Hauptförderer“, zum einen durch das Stiftungsvermögen, zum anderen durch „Programmspenden“. Doch sei die Stiftung rechtlich unabhängig und ausschließlich gemeinnützig tätig. „Das wird durch Vergabekriterien und durch unabhängige Experten-Juries sichergestellt.“ Und wer ist Arbeitgeber der Stiftungsmitarbeiter? Schmitt-Lord antwortet: Lediglich einige wenige Großstiftungen seien selbst Arbeitgeber. Laut Homepage beschäftigt etwa die Robert-Bosch-Stiftung 140 Menschen, die Bertelsmann Stiftung hat 349 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Schmitt-Lord hingegen stellt klar: Er und seine Kolleginnen und Kollegen seien bei Bayer beschäftigt – „so wie bei unternehmensverbundenen Stiftungen üblich“. Ist das tatsächlich üblich? Eine Kurzumfrage ergibt: Die beiden Vorstandsmitglieder der Commerzbank-Stiftung sind bei der Commerzbank angestellt. „Darüber hinaus“, so die Pressesprecherin der Bank, „unterstützen Mitarbeiter der Bank die Stiftung in ihrem operativen Geschäft.“ Andere Stiftungen treten jedoch auch als Arbeitgeber auf: Deutsche Bank Stiftung (sieben Beschäftigte), Schering Stiftung (fünf), Siemens Stiftung (33), RWE Stiftung (5) und Deutsche Telekom Stiftung (25).

Matthias Holland-Letz,
freier Journalist

www.mint-stiftung.de/

Trojanisches Pferd

// Die Bertelsmann Stiftung wirbt intensiv für die Digitalisierung in Schulen und Hochschulen. Das passt perfekt in die Strategie des gleichnamigen Konzerns: Das Bildungsgeschäft ist seine neue „Cash-Kuh“. //

Paul ist 15 Jahre alt und wundert sich. „Wieso steht unsere Schule plötzlich auf einer Homepage der Bertelsmann Stiftung?“, fragt sich der Elftklässler der Evangelischen Schule in Berlin. „Wir machen jetzt ja praktisch Werbung für die.“

So schnell geht das. Im November veranstaltete die Schule mit der Gütersloher Stiftung ein Lern-Lab über „digitales Lernen an der Schule“. Die Schule hatte kaum etwas davon – aber die Stiftung vermarktet es groß im Netz. „Wir sehen in der Digitalisierung das Potenzial“, sagt ein Stiftungsmitarbeiter im Werbevideo, „das große Versprechen des Bildungssystems einzulösen: für Chancengerechtigkeit zu sorgen.“

Kleiner geht´s beim Thema Digitalisierung in der Bildung wohl nicht. Mit digitalen Medien, so heißt es oft, könne endlich Wilhelm von Humboldts Idee – die „vollkommene Persönlichkeit“ – Wirklichkeit werden. Bei Bertelsmann aber schwingt noch etwas anderes mit: Geld. In der Tat verwandelt die Digitalisierung Bildungseinrichtungen in einen gigantischen Markt.

Von diesem Markt will ein Unternehmen profitieren, das ebenfalls den Namen Bertelsmann trägt. Die Bertelsmann S.E., der milliardenschwere Medienkonzern aus Gütersloh. „Bildung ist eine neue Säule für Bertelsmann“, betont Vorstandschef Thomas Rabe seit drei Jahren bei jeder Bilanzpressekonferenz. Bildung soll das dritte Standbein des 20-Milliarden-Umsatz-Konzerns neben Medien und Dienstleistungen werden. Daher ist Rabe weltweit auf Einkaufstour, damit digitale Lernangebote bald Profit liefern können. Bertelsmann hat „Relias“ gekauft, ein großes Portal für Online-Weiterbildungen im Gesundheitswesen. Der Konzern besitzt zudem mit „HotChalk“ ein Unternehmen, das Universi-

Fotos: imago

Jörg Dräger, Sprecher der Bertelsmann Stiftung

Thomas Rabe, Vorstandsvorsitzender des Bertelsmann-Konzerns

AKUTKLINIK URBACHTAL
PRIVATKLINIK FÜR PSYCHOSOMATIK UND PSYCHOTHERAPIE

Burnout
Lebenskrisen
Depressionen
Angststörungen
Chronische Schmerzen
Traumafolgestörungen

* Hochfrequente Therapie
* Herzlichkeit und Mitgefühl
* Individualität in familiärem Kreise
* 60 Betten / 30 Therapeuten

NM.FK 1327

Psychosomatisches Privatkrankenhaus beihilfefähig

88339 Bad Waldsee
0 75 24 990 222
www.akutklinik.de

rehaKIND®

rehaKIND begleitet Sie auf Ihrem individuellen Weg zu einer inklusiven „Kita oder Schule für Alle“ – sprechen Sie uns an !

Die individuelle Hilfsmittelversorgung von Kindern mit Behinderungen und chronischen Krankheiten ist unser Arbeitsschwerpunkt.

www.rehaKIND.com

Cartoon: Freimut Woessner

täten hilft, Vorlesungen als Weiterbildungsangebot online zur Verfügung zu stellen – und zu kommerzialisieren. Der größte Coup aber ist dem Konzern mit der Beteiligung an „Udacity“* gelungen. Udacity ist die wahrscheinlich vielversprechendste Online-Universität, die es derzeit gibt. Ihr Gründer, der deutsche Super-Professor Sebastian Thrun aus Stanford, will mit der virtuellen Hochschule sage und schreibe eine Milliarde Menschen erreichen. Und Bertelsmann möchte an diesem Geschäft mitverdienen.

Schöne neue Uni-Welt

Udacity aber ist nicht nur ein aufregender Anbieter auf dem universitären Weltmarkt. Die Online-Uni ist zugleich das Unternehmen, das Jörg Dräger stets in höchsten Tönen lobt. Für ihn ist Udacity der Prototyp der schönen neuen Universitätswelt. Interessant ist, welche Funktion Dräger ausübt: Er ist Vorstandsmitglied und Sprecher der gemeinnützigen Bertelsmann Stiftung.
Wenn er spricht, weiß man freilich nie genau, für wen er das eigentlich tut. Der Stiftungsvorstand hat ein Band über „Die digitale Bildungsrevolution“** veröffentlicht – in einem Verlag des Bertelsmann-Konzerns. In dem Buch bedankt sich Dräger wiederum – bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stiftung, weil die das Buch ermöglicht hätten. Für die PR hat die Stiftung sogar einen eigenen Vorstandsbereich samt Blog eingerichtet, damit die „Digitalisierung der Bildung“ vorankommt.

Perfektes Zusammenspiel

Sieht man sich die Strategie von Stiftung und Konzern genauer an, entdeckt man ein perfektes Zusammenspiel: Die Stiftung wirkt wie ein Türöffner. Sie war immer die erste Adresse bei der Beratung von Schulen und Hochschulen. Mit der digitalen Bildung haben die bislang ungleichen Schwestern aus Gütersloh jetzt ein gemeinsames Betätigungsfeld: Die eine bewirbt und verbreitet die Idee digitalen Lernens; die andere ist in der Lage, ein Geschäft daraus zu machen. Bertelsmann besitzt die komplette Verwertungskette für digitale Lern-Produkte. Mit der Stiftung hat der Konzern nun eine Organisation im Vorfeld, die zielgerichtet inmitten seines neuen Marktes steht – der Bildung.
Beispiel Hochschule: Stiftungsvorstand Dräger referiert in seinen Vorträgen unermüdlich, dass bisherige Vorlesungen über neue Distributionskanäle an Hörerinnen und Hörer weltweit geliefert würden. „Massification“ nennt Dräger das. Die Hälfte der Universitä-

ten gehe bei diesem Prozess Bankrott, schätzt er. Konzernvorstand Rabe stellt fest: An Hochschulen werde noch wie vor 100 Jahren unterrichtet. „Das ist nicht mehr nötig.“ Daher habe der Konzern neue Geschäftsideen entwickelt, so Rabe, „zum Beispiel das Bildungsgeschäft“. Noch in diesem Jahr wird Udacity in Deutschland starten.

Beispiel Schule: Das größte Geschäft winkt auch hier mit Lehrvideos. In Hongkong bieten Bildungsunternehmen bereits Filme von Lehrkräften an, die Schülerinnen und Schüler zuhause angucken können. Einige Pädagogen sind dabei Stars geworden, die bis zu vier Millionen Euro verdienen – pro Jahr. Klar ist: Wenn ein Konzern Erfahrung mit der Vermarktung von Videos hat, dann ist es Bertelsmann. 2015 hatte seine RTL-Group sagenhafte 105 Milliarden Videoabrufe. Das sind, noch, keine Lehrfilme. Aber Bertelsmann hat mit RTL das „Trash-TV“ erfunden. Warum sollte es nicht in der Lage sein, sein Know-how in die Produktion von Billig-Lehrfilmchen zu stecken? Eigentlich müssten Konzern und Stiftung streng getrennt agieren. Die Reden der Repräsentanten des Gemeinwohls – Dräger – und des Profits – Rabe – sind aber in puncto Bildung kaum auseinanderzuhalten. Es gibt lediglich einen Unterschied: Dräger flicht in seine „Wir-müssen-die-Bildung-digitalisieren“-Rede stets ein paar kritische Bemerkungen ein. Am liebsten über Datenschutz und „Big Data“.

Freilich enden selbst die kritischsten Sätze des Stiftungssprechers im Unverbindlichen. In einem seiner jüngsten Beiträge etwa warnt er vor „dem gläsernen Lerner“. Aber wie lauten seine Konsequenzen? „Ein digitalisiertes Bildungssystem lebt von der Bereitschaft, persönliche Daten preiszugeben“, schreibt er und stellt fest: „Wir brauchen mehr Datensouveränität, nicht mehr Datenschutz.“

Wir wissen heute, dass sich die Digitalisierung der Schulen nicht vermeiden lässt. Inzwischen sind aber auch eine ganze Reihe von Risiken und Nebenwirkungen bekannt – vom Suchtpotenzial bis zum veränderten Leseverhalten der Schülerinnen und Schüler, von „Hate Speech“ gegen Lehrkräfte bis hin zum Online-Grooming, dem Anbahnen pädosexueller Übergriffe auf Kinder im virtuellen Raum. Von dieser hässlichen Seite der Digitalisierung findet sich bei Dräger und seiner Stiftung so gut wie nichts. Zufall? Oder würde echte Digital-Kritik womöglich dem Geschäft schaden?

Neue Mission

Bertelsmann ist aber nur das markanteste Beispiel für die Arbeit von Stiftungen im Bildungsbereich. Deren Rolle verändert sich gerade. Früher engagierten sich viele von ihnen gegen Bildungsarmut. Mit der Digitalisierung aber haben vor allem die Stiftungen mit Technologieunternehmen im Hintergrund eine völlig neue Mission: Sie rollen unter den großen Überschriften „Teilhabe“ und „Kooperation“ ein großes Trojanisches Pferd in die Schulen – das digitalisierte Lernen samt Endgeräten. Das wird den öffentlichen und nicht-profitablen Charakter von Schulen verändern. Noch nie in der Geschichte stand so viel privates Kapital bereit, den Bildungsbereich zu überschwemmen. Um es mit einem Werbefilm des neuen Konzernarms „Bertelsmann Education“ zu sagen: „Der weltweite Bildungsmarkt hat ein Volumen von über fünf Billionen US-Dollar.“

Christian Füller,
freier Journalist

***Programm und Aufbau der Online-Kurse siehe: www.udacity.com**
****Jörg Dräger/Ralph Müller-Eiselt: „Die digitale Bildungsrevolution. Der radikale Wandel des Lernens und wie wir ihn gestalten können.“ Verlagsgruppe Random House 2015, 240 Seiten, 17,99 Euro**

„Als Erzieher bei FRÖBEL bin ich Kreativgärtner.“

Samer S., FRÖBEL-Kindergarten Highdechsen

Künstlerische Ideen brauchen Raum zum Wachsen. Bei FRÖBEL schaffen unsere Teams die richtige Grundlage, um die Kreativität schon früh zu fördern. Dabei können Sie Ihre Fähigkeiten voll einbringen – und Ihren grünen, roten und blauen Daumen.

Bei FRÖBEL entwickeln sich nicht nur die Kinder weiter. Kommen Sie zu uns und profitieren Sie von unserem umfangreichen Fortbildungs- und Qualifizierungsprogramm – mit fachlichen Schwerpunkten, die zu Ihnen passen.

www.meine-kitakarriere.de

IHR GRUPPENHOTEL
im Herzen von Berlin

aletto HOTEL KUDAMM

Mit dem Promotion Code **„EW2016“** erhalten Sie *kostenfrei leckere Lunchpakete* zur Abreise für Ihre Gruppe*

WLAN kostenfrei im gesamten Hotel

Exzellente Ausstattung

Zahlreiche Freizeitangebote

Dachterrasse mit Blick über Berlin

**Gültig für alle neuen Anfragen für den Reisezeitraum: 01.06.16 – 31.12.17, Anfragen über www.aletto.de , Email: gr@aletto.de oder Tel. 030 233 214 200*

Hardenbergstraße 21 · 10623 Berlin · www.aletto.de · /aletto.hotels

Ein groß

// Nicht alle Angebote staatlicher Lehrerfortbildung treffen Geschmack und Bedürfnis der Lehrerinnen und Lehrer. Private Stiftungen haben das erkannt und bieten heute vielerlei an – nicht immer frei von eigenen Interessen. //

Die Themenpalette ist so breit wie der Kreis privater Anbieter. Eine „Bundesweite Lehrerfortbildung zur Astronomie“ bietet beispielweise die Heraeus-Stiftung an. Mehrfach im Jahr organisiert die Wüstenrot Stiftung für Lehrkräfte, Referendare und Lehramtsstudierende Seminare über Baukultur – in Verbindung mit dem Deutschen Architekturmuseum in Frankfurt am Main. Und die Bertelsmann Stiftung lockt ständig mit Weiterbildungsangeboten zu Inklusion, Heterogenität, Diagnosefähigkeit und Ganztagsunterricht

Die Zahl privater Anbieter in der Lehrerfortbildung ist kaum noch zu überblicken. Auch die Arbeitgeberverbände mischen kräftig mit. Die Nordmetall-Stiftung des Verbandes der Metall- und Elektroindustrie zum Beispiel wirbt in Hamburg und in Mecklenburg-Vorpommern mit „maßgeschneiderten“ Fortbildungskursen für Lehrkräfte in den MINT-Fächern. Im Süden der Republik lädt die „SCHULEWIRTSCHAFT Akademie“ zusammen mit dem Bildungswerk der Bayerischen Wirtschaft zu Seminaren mit Themen wie „Bionik – Lernen von der Natur“ ein oder bietet Lehrerinnen und Lehrern von Mittel- und Realschulen Fortbildungen in Sachen Berufsorientierung der Schülerinnen und Schüler an.

Ekkehard Winter, Geschäftsführer der Deutschen Telekom Stiftung, lässt an der Lehrerfortbildung klassischer Art kein gutes Haar: „Die Lehrerin oder der Lehrer kommt beseelt von einem Tagesseminar zurück, versucht vielleicht noch, im Kollegium darüber zu sprechen – aber dann kommt gleich wieder der Alltagsstress. Der Lehrer steht dann wieder allein vor der Klasse und es geht weiter wie bisher.“ Das gesamte Kollegium müsse für Fortbildungen angesprochen werden, die Lehrkräfte müssten sich im Team gegenseitig motivieren. Winter: „Aber dafür fehlen an den Schulen häufig Freiraum und auch die Ressourcen.“

Viel investiert

Rund elf Millionen Euro hat die Telekom Stiftung nach Angaben Winters in den vergangenen Jahren in Lehrerbildung bzw. -fortbildung investiert. Finanziert wird derzeit die Entwicklung neuer didaktischer Konzepte für die MINT-Lehrerausbildung. Es gibt einen „MINT-Lehrerpreis“ für Hochschuldozenten, die sich besonders in der Lehrerbildung engagieren. Und künftig sollen Hochschulen unterstützt werden, die bei der Lehrerausbildung MINT-Fachdidaktiken, Fachwissenschaft, Pädagogik und die Vermittlung von Medienkompetenz stärker miteinander verzahnen. „Der Lehrerberuf muss für Schulabgänger wieder attraktiver werden. Wir ermutigen daher die Hochschulen, sich stärker um die Lehrerbildung zu kümmern“, sagt der Telekom Stiftungsgeschäftsführer.

„Nicht in Gegnerschaft“

Winter sieht das Engagement seiner Stiftung wie auch anderer privater Institutionen bei der Lehrerbildung „nicht in Gegnerschaft zu staatlichen Angeboten“. Die Stiftungen könnten die Arbeit der Landesämter oder anderer öffentlicher Träger keinesfalls ersetzen. „Wir können nur Impulse geben.“

GEW-Vorstandsmitglied Ilka Hoffmann appelliert an die Länder, ihre Verantwortung für die Weiterbildung der Lehrerinnen und Lehrer wahrzunehmen. Dort, wo es noch Landesinstitute gibt, seien sie zu schlecht ausgestattet, um die qualifizierte Weiterentwicklung von Schule und Unterricht voranzubringen. „Dabei sind unsere Lehrkräfte fortbildungsmotiviert. Doch die Angebote, zum Beispiel zur Inklusion, reichen quantitativ nicht, häufig sind sie auch nicht auf die Bedürfnisse der einzelnen Schule bezogen.“ Qualität und Ausrichtung privater Angebote seien hingegen häufig nicht einfach zu durchschauen. Hoffmann: „Hier ist zunächst der Staat gefordert.“ Die Politik habe haushaltspolitisch und ideologisch Türen aufgestoßen, durch welche die Privaten jetzt „durchmarschieren“. Oder Lücken gerissen, die diese jetzt füllten. Wie viel Raum und Verantwortung private Stiftungen und Konzerne im Schulwesen wahrnähmen, sei stets eine Frage politischen Handelns, Entscheidens oder Nichtstuns. Nicht zuletzt auch eine Frage der Finanzierung öffentlicher Bildung.

„Keine Einflussnahme“

Die Heinz Nixdorf Stiftung unterstützt mit ihrem Engagement die Lehrerbildung vor allem an der Hochschule. Für die „School of Education“ der Technischen Universität (TU) München finanzierte sie für fünf Jahre den Stiftungslehrstuhl „Didaktik der Mathematik“. Die Förderung lief Ende 2014 aus. Die Professur wird inzwischen ganz aus dem bayerischen Landeshaushalt finanziert. Gleichwohl werden von der Stiftung noch einzelne Projekte an der Uni gefördert. Lehrstuhlinhaberin Kristina Reiss lobt die inhaltliche Zurückhaltung der Stiftung. „Nein, eine Einflussnahme gab es nicht.“

er Markt

Schwerpunkt ihres Lehrstuhls in der pädagogischen Fakultät ist die Entwicklung neuer Didaktik, um Mathematik besser zu erklären. Weiterbildung der Lehrkräfte wird vom Studiengang allerdings nicht systematisch betrieben – und wenn, dann vor allem mit Schulleitungen und Lehrkräften aus den Schulen, zu denen die Hochschule ihre Studierenden für Praktika schickt – oder an denen diese später auch ihr Referendariat absolvieren. Das sind vor allem Gymnasien und Berufsschulen in der Umgebung von München und in Oberbayern. „Unsere Kernaufgaben als Hochschullehrende sind Lehre und Forschung. Wir können die Arbeit der Landesinstitute nicht ersetzen“, betont Reiss.

„Natürlich gibt es auch noch Lehrerinnen und Lehrer, die glauben, man müsse Mathematik in der Schule nicht erklären, weil doch Mathematik logisch ist“, lacht die Wissenschaftlerin. Aber der Kreis dieser Pädagoginnen und Pädagogen werde heute immer kleiner. Und: Jüngere seien für Fortbildung offener als Ältere. „Wichtig ist, dass wir bei den Fortbildungen mit den Teilnehmerinnen und Teilnehmern auf Augenhöhe reden.“

An der „School of Education“ – vergleichbar mit einer universitären erziehungswissenschaftlichen Fakultät – engagieren sich weitere Stiftungen, so auch die Carl Friedrich von Siemens Stiftung. Auch mit dieser Stiftung habe sie beste Erfahrungen gemacht und keine inhaltliche Einmischung erlebt, versichert Reiss. An der Fakultät hat zudem die Unternehmerin Susanne Klatten einen Stiftungslehrstuhl für Empirische Bildungsforschung anfinanziert, die Friedl

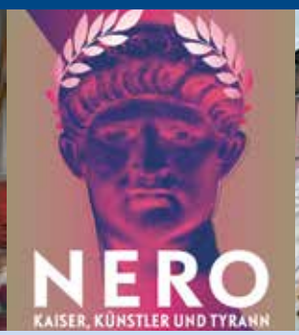
STAMM Verlag E&W Verlagsreisen

Kaiser Nero — Große Sonderausstellung in Trier

Nero zwischen Größe und Größenwahn

01.10. - 03.10.2016 — 3-tägige Kulturreise

ab € 398,-
p. P. im DZ
EZ-Zuschlag € 50,- p. P.



Das Rheinische Landesmuseum Trier, das Stadtmuseum Simeonstift Trier und das Museum am Dom widmen sich mit einer großen Sonderausstellung dem römischen Kaiser Nero, der bis heute wie kein anderer polarisiert. Drei Museen zeigen die unterschiedlichen Facetten des Herrschers, der zu den bekanntesten römischen Imperatoren gehört: Das Rheinische Landesmuseum präsentiert „Nero – Kaiser, Künstler und Tyrann”, das Museum am Dom „Nero und die Christen” und des Stadtmuseum Simeonstift „Nero – Tradition und Mythos”. Hochrangige internationale Leihgaben und Darstellungen aus Antike und Mittelalter sowie Gemälde, Grafiken, Fotografien und Filme machen die wandlungsreiche Rezeptionsgeschichte erlebbar. Außerdem steht ein Besuch der Kaiserthermen auf dem Programm (UNESCO-Welterbe), die zu den größten Badeanlagen des römischen Reiches gehörten.

Das beinhaltet unsere Reise

- ✓ Bahnreise (2. Klasse) ab/bis gewünschtem Abfahrtort nach Trier und zurück (bis 400 km, darüber hinaus zzgl. € 50,- p. P.)
- ✓ 2 Übernachtungen inklusive Frühstück im Hotel Park Plaza Trier (****), oder gleichwertig
- ✓ Stadtführung Trier
- ✓ Eintritt Ausstellungen „Nero – Kaiser, Künstler und Tyrann”, „Nero und die Christen”, „Nero – Tradition und Mythos” inkl. Führung
- ✓ Eintritt Kaiserthermen
- ✓ ts|medialog – Reisebegleitung (ab 20 Teiln.)

Wunschleistungen

- ✓ 1 x Abendessen in einem Restaurant vor Ort (3-Gänge-Menü) € 34,- p. P.
- ✓ Sitzplatzreservierung (Bahnhin- und Rückfahrt) € 10,- p. P.
- ✓ Zuschlag 1. Klasse bei Bahnentfernung bis 400 km € 49,- p. P. darüber hinaus € 80,- p. P.

Fotos: Tourist Information Trier/yaph; K. Gehrmann

Reiseverlauf, Buchungsformular und Reisebedingungen unter www.gew.de/verlagsreisen
Informationen und Buchung ☎ 0521 / 96768-0
Veranstalter: tslmedialog GmbH, Detmolder Str. 78, 33604 Bielefeld

Cartoon: Freimut Woessner

Schöller-Stiftung einen weiteren für Unterrichts- und Hochschulforschung.

Die Möglichkeiten inhaltlicher Einflussnahme bei der Lehrerausbildung sind an den Hochschulen für Stiftungen wie auch für andere private Institutionen jedoch eher begrenzt – anders als bei konkreten Fortbildungsangeboten für Lehrkräfte vor Ort. Die Bundesarbeitsgemeinschaft „SCHULEWIRTSCHAFT“ wird von der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) und dem arbeitgebernahen Institut der deutschen Wirtschaft (IW) in Köln gemeinsam getragen. Die Bundesarbeitsgemeinschaft mit Ablegern in fast allen Bundesländern und zum Teil auch regionalen Gruppen will nach eigenem Bekunden auch mit Hilfe der Lehrerfortbildung stärker „ökonomisches Know-how“ in die Schulen tragen. Unternehmer und Unternehmen seien zum Teil in Schulbüchern wie Unterrichtspraxis noch „eine wirtschaftliche und gesellschaftliche ‚Blackbox‘, in deren Wirkungsweise nur sehr selten hineingeleuchtet wird“, bedauert der IW-Mitarbeiter Helmut E. Klein in einer Schulbuchanalyse des Instituts.

Auch parteinahe politische Stiftungen bieten bisweilen im Rahmen ihrer Bildungsarbeit Fortbildungsseminare für Lehrkräfte an – zwar nicht primär zu parteipolitischen Themen, aber zu gesellschaftlichen und anderen aktuellen Fragestellungen, so die Rosa-Luxemburg-Stiftung der Linken, die Konrad-Adenauer-Stiftung der CDU und die Friedrich-Ebert-Stiftung der SPD. Das angebotene Themenspektrum ist breit gefächert: von der „Multikulturellen Gesellschaft“ bis hin zur „Neuen Rechten“ oder praktischer Gewaltprävention an Schulen.

Das Passende finden

Für interessierte Lehrkräfte ist es oft nicht leicht, angesichts der zahlreichen Angebote und der vielen Anbieter Passendes zu finden, das auch Qualität verspricht. Es gibt kleine, klassische Privatstiftungen wie die „daetz-stiftung“ im sächsischen Lichtenstein, die mit Seminaren oder praktischen Projekten Lehrende wie Schülerinnen und Schüler „interkulturell“ sensibilisieren und zur „Empathie für andere Kulturen“ führen will. Andere Privatstiftungen wie etwa die Haniel-Stiftung in Duisburg engagieren sich neben ihrer Stipendienvergabe für Studierende im Zwischenbereich von Lehrerfortbildung und konkreter Schulunterstützung vor Ort. Mit ihrem Projekt „Bildungschancen“ versucht die Stiftung unter anderem, die Zahl der Schulabbrecher in Duisburg zu reduzieren. Zusammen mit mehreren anderen Privatstiftungen unterstützt Haniel auch das Projekt „Teach First Deutschland“, das in der GEW nicht unumstritten ist. Der deutsche Ableger der internationalen Initiative organisiert den zweijährigen Einsatz besonders erfolgreicher Hochschulabsolventen in Brennpunktschulen – quasi als Hilfslehrkräfte im Unterricht, bei der Hausaufgabenhilfe, sozialen Betreuung und Elternarbeit. Während ihres Einsatzes erhalten diese ein kleines Gehalt vom jeweiligen Landesministerium.

Unter den kleineren privaten Anbietern von Lehrerfortbildung findet man auch so ungewöhnliche Institutionen wie die „TÜV SÜD Stiftung“. Diese ist in Hessen, in der Oberpfalz sowie im Rhein-Neckar-Kreis aktiv und will technisches Interesse schon bei Grundschulkindern wecken. Dazu bietet die Stiftung Pädagoginnen und Pädagogen Seminare für die Gestaltung des Unterrichts an.

Eine sticht hervor

Unter den Stiftungen, die sich in der Lehrerfortbildung engagieren, sticht sicherlich die Robert Bosch Stiftung besonders hervor. „Manche Landesinstitute machen ja gute Sachen, aber die Arbeit der Bosch Stiftung ist das Beste, was ich bei der Lehrerfortbildung je

erlebt habe“, lobt die Potsdamer Erziehungswissenschaftlerin Marianne Horstkemper. Seit vielen Jahren schon ist die Lehrerfortbildung ein Schwerpunkt der Stiftungsarbeit. Zusammen mit der Deutschen Kinder- und Jugendstiftung (DKJS), der Bielefelder Laborschule und der Helene-Lange-Schule in Wiesbaden hat sie ein Fortbildungsmodell entwickelt, bei dem verschiedene Lehrerkollegien voneinander lernen – nach dem Motto: „Schulen lernen am besten von Schulen“. Lehrkräfte aus verschiedenen Schulen nehmen an insgesamt vier kompakten Blöcken teil, in denen sie für ihre jeweiligen Probleme gemeinsam Lösungsvorschläge entwerfen, die sie dann in der Praxis erproben. Anschließend bringen sie diese Erfahrungen in den nächsten Block wieder ein. Horstkemper: „Weder die Robert Bosch Stiftung noch die DKJS haben auf die Inhalte dieser Fortbildung in irgendeiner Weise Einfluss genommen.“

Aber nicht nur renommierte Reformschulen stehen im Fokus der Stiftungsarbeit. „Ja, wir haben uns anfangs zunächst um Exzellenz gekümmert“, gibt Dagmar Wolf von der Bosch Stiftung zu. „Aber auch Schulen in kritischer Lage, Schulen, die am Rande ihrer Leistungsfähigkeit stehen, brauchen Hilfe.“ Vor gut zehn Jahren hat die Stiftung den Deutschen Schulpreis ausgelobt und in Folge eine „Deutsche Schulakademie“ als „unabhängige Institution für Schulentwicklung und Lehrerfortbildung“ ins Leben gerufen (E&W berichtete). Die Akademie stellt Materialien über gute Schulpraxis zur Verfügung, lädt zum Erfahrungsaustausch ein. Namhafte Erziehungswissenschaftler und engagierte Schulleitungen unterstützen die Arbeit. Erfolgreiche Konzepte der preisgekrönten Schulen werden aufgearbeitet und fließen in konkrete Fortbildungsprojekte ein. Neu sind Stipendien für Hospitationen an den Preisträgerschulen. Angesprochen werden dafür Schulleitungsmitglieder, Lehrkräfte und pädagogische Mitarbeiter. Bewerbungen für eine Hospitation sind nur im Tandem möglich – also immer zwei Lehrkräfte aus einer Schule. Die Hospitanten sollen den Schulalltag in den Preisträgerschulen kennenlernen – durch Mitarbeit am Unterricht, Gespräche mit Kolleginnen und Kollegen sowie Teilnahme an Konferenzen. Auch Wolf versichert: „Wir als Stiftung können nicht die Aufgabe des Staates bei der Lehrerfortbildung ersetzen. Wir können aber Impulse geben.“

Wenig empirische Daten

Über Erfolg und Wirksamkeit von Lehrerbildung wie -fortbildung liegt bisher wenig empirisches Material vor. Es gibt weder bundesweite Daten, wie viele Lehrerinnen und Lehrer pro Jahr insgesamt eine Fortbildung absolvieren, noch sind Nachfrage und Bedarf erfasst. Ebenso wenig die tatsächlichen Kapazitäten von Landesämtern, Bezirksregierungen und privaten Stiftungen. Auch über die jährlichen finanziellen Aufwendungen der Länder für Lehrerfortbildung lassen sich aufgrund unterschiedlicher statistischer Erhebungsverfahren der Ministerien keine konkreten Aussagen machen. Ältere Schätzungen noch aus den 1990er-Jahren der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung (BLK) gehen davon aus, dass nicht einmal jede zweite Lehrkraft regelmäßig an Weiterbildung teilnimmt – oder teilnehmen kann, auch wenn in einigen Landesschulgesetzen eine Art Fortbildungspflicht ausgewiesen ist.

Licht ins Dunkel soll jetzt ein mehrjähriges Projekt des Deutschen Vereins zur Förderung der Lehrerinnen- und Lehrerfortbildung bringen. Neben einer Bestandsaufnahme wird auch ein Mustertreferenzrahmen für Qualitätsstandards angestrebt. Das Projekt wird ebenfalls von der Bosch-Stiftung unterstützt.

Karl-Heinz Reith,
Bildungsjournalist

Deutsch als Zweitsprache

Deutsch als Zweitsprache

... in Vorbereitungsklassen

Unser Topseller aus der Praxis von der VKL-Lehrerin Rena Thormann.

Schnellkurs Grundwortschatz	11 421	19,80 €
Wortschatzerweiterung / Teil 1	11 422	19,80 €
Wortschatzerweiterung / Teil 2	11 562	21,80 €
Wortschatzerweiterung / Teil 3	11 589	22,80 €
Wortschatzerweiterung / Teil 4	11 652	22,80 €
Wortschatzerweiterung / Teil 5	11 837	23,80 €

Kreuzworträtsel DAZ

Grundwortschatz anwenden & trainieren

Einfache Wörter werden anhand von leichten Sätzen aus dem Alltagsbereich ins Kreuzworträtsel eingesetzt. Sätze wie z.B.: „Ich fahre mit dem … (Auto).“ bieten den sprachlichen Bezug zum Alltagsgeschehen der Lernenden.

Nomen	11 932	12,80 €
Verben	11 933	12,80 €
Adjektive	11 934	12,80 €

Multi-Kulti

Das effektive Sprach- & Lesetraining

Wortbedeutungstraining im aufsteigenden Schwierigkeitsgrad. Arbeitsblätter mit Rechtschreib-, Grammatik- und Wortschatzübungen

Schreiblehrgang	19 032	14,80 €
Anfängerkurs	19 033	14,80 €
Fortgeschrittene	19 034	14,80 €
Die Zeitformen	19 030	13,80 €

BESTELLEN SIE JETZT!

Portofreie Lieferung

Wir liefern Ihre Bestellung bis 31. Juli 2016 komplett portofrei und schnell aus!

VERSAND KOSTENFREI

www.kohlverlag.de

Schule für alle gelingt

// Die Nachricht, die im April aus der Berliner Bildungsverwaltung kam, bringt Schwung in die Debatte um die GEW-Forderung nach einer „Schule für alle“: Das Modell Gemeinschaftsschule verzeichne „gute Erfolge“, ihre Schülerinnen und Schüler „bemerkenswerte Lernzuwächse“ – insbesondere, wenn sie aus eher bildungsfernen Elternhäusern kommen. //

Bescheinigt hat die erfolgreiche Arbeit der Berliner Gemeinschaftsschulen ein Team um die Hamburger Bildungsforscher Johannes Bastian und Ulrich Vieluf, das seit 2008 regelmäßig an den Pilotschulen zu Gast war, um Lernstände zu erheben, Lehrkräfte zu befragen oder Interviews mit Schülern zu führen.* So lange haben Projekt und wissenschaftliche Begleitung gedauert, dass man sich noch einmal explizit daran erinnern muss, was die rot-rote Koalition da 2007 auf den Weg gebracht hatte: den bundesweit mutigsten Versuch, eine inklusive Schule für alle Wirklichkeit werden zu lassen. In den Gemeinschaftsschulen – ein Pilotversuch mit anfangs elf und heute 24 Schulen – lernen Schülerinnen und Schüler ab der ersten Klasse ohne jede äußere Differenzierung. Es gibt weder A-, B- und C- noch FE-/GA-Kurse, kein Probehalbjahr und auch kein Sitzenbleiben. Erst in der neunten Klasse bekommen die Jugendlichen eine Prognose für den Schulabschluss. Sie können an den Gemeinschaftsschulen auch das Abitur erwerben.

Größere Fortschritte

Mit ihrer Mitteilung, dass die Gemeinschaftsschüler in Deutsch mehr dazulernten als eine Kontrollgruppe aus Schulen des gegliederten Systems, die der Zusammensetzung der Gruppe der Berliner Gemeinschaftsschule entsprach, hatten die Forscher bereits im Zwischenbericht vor vier Jahren Aufsehen erregt. Nun haben sich die Ergebnisse bei der zweiten Lernentwicklungsüberprüfung zwischen der siebten und neunten Klasse noch einmal verbessert. In Deutsch, Englisch, Mathe und Naturwissenschaften lernten die mithilfe des KESS-Tests** geprüften Mädchen und Jungen zwischen 2013 und 2015 deutlich mehr dazu als die Schülergeneration drei Jahre vor ihnen. Verglichen mit den jungen Menschen aus der getesteten Gruppe der Hamburger Schulen des gegliederten Systems (einer Kontrollgruppe aus 62 vergleichbaren Schulen, die an der KESS-Studie teilgenommen hatten) machten die Berliner größere Fortschritte in Lesen, Mathe und Englisch; nur in Orthografie und Naturwissenschaften verzeichneten die Forscher kaum Unterschiede.

Und auf diese Meldung wartet das deutsche Bildungssystem seit der ersten PISA-Studie aus dem Jahr 2000: Besonders viel lernten Schülerinnen und Schüler in sozial benachteiligten Stadtteilen hinzu. „Was den Lernzuwachs angeht, ist das Ziel, die notorisch enge Bindung von Lernerfolg und sozialer Herkunft zu entkoppeln, erreicht“, sagt Bildungsforscher Vieluf, „und zwar ohne, dass die Leistungsstarken zu wenig gefördert werden. Individualisierung nützt allen.“

Die individuelle Förderung wurde mithilfe einer Vielzahl differenzierter Unterrichtsmethoden erreicht, am Ende floss der inhaltliche Austausch in einen „Praxisleitfaden“*** ein. Als weiteren zentralen Grund für den Lernerfolg bislang schwächerer Mädchen und Jungen sieht Vieluf ein System der Rückmeldung, das die Lernfortschritte jedes Einzelnen wertschätzt und in den Mittelpunkt stellt. „Wenn Schüler das Gefühl haben, sie kommen voran, ist das offenbar hochwirksam.“ Weil das System nur funktioniert, wenn Lehrkräften mehr Möglichkeiten als lediglich sechs Ziffern für die Rückmeldung zur Verfügung stehen, verzichten alle an der Untersuchung beteiligten Schulen bis zur neunten Klasse auf Noten.

Enorm wichtig sind auch motivierte Lehrkräfte. Alle Gemeinschaftsschulen mussten sich mit einer Zwei-Drittel-Mehrheit in der Schulkonferenz für den Pilotversuch entscheiden. Für ihr Engagement erhielten die elf Schulen des Startjahrgangs in den ersten drei Jahren Unterstützung: Ein Qualifizierungsteam betreute die Schulen in Fragen von individueller Förderung, Leistungsbeobachtung, Schulentwicklung und Teamarbeit. Zudem gab es für die ersten Jahre einen Etat für Fortbildung und eine halbe zusätzliche Stelle pro Schule. Die anderen Schulen hatten kein spezielles Qualifizierungsteam.

Die Umsetzung wirkt offenbar nachhaltig. Man habe „viel des einstigen Reformeifers wiedergefunden“, erklärt Vieluf. Statistisch legten nach wie vor 800 von 1 000 befragten Lehrkräften eine „positive Einstellung“ zur Gemeinschaftsschule an den Tag. Noch mehr,

Fotos: privat

Die Hamburger Bildungsforscher Johannes Bastian (links) und Ulrich Vieluf bescheinigten den Berliner Gemeinschaftsschulen eine erfolgreiche Arbeit.

Foto: imago

Berliner Gemeinschaftsschulen: „Das Ziel, die notorisch enge Bindung von Lernerfolg und sozialer Herkunft zu entkoppeln, ist erreicht“, so Bildungsforscher Ulrich Vieluf.

nämlich neun von zehn, lobten die dort übliche Arbeit in Jahrgangsteams.

Die Berliner GEW fordert auch angesichts anstehender Wahlen im Stadtstaat und einer drohenden Verschleppung des Themas baldige und deutliche Konsequenzen: „Der Schwebezustand muss beendet werden“, sagt Ko-Landesvorsitzender Tom Erdmann. Die Gemeinschaftsschule solle „als eigenständige Schulform in das Berliner Schulgesetz aufgenommen werden“, also weder in Form einer Verlängerung des Modellversuchs noch als Sonderform der Sekundarschule. Schulsenatorin Sandra Scheeres (SPD) hatte sich demgegenüber dafür ausgesprochen, das Angebot als „besondere Ausprägung der Integrierten Sekundarschule“ zu verstetigen.

Ein verstärkter Einsatz der GEW für die „Schule für alle“ sei wichtig, so Erdmann: „Wir müssen die zusätzlich notwendigen Schulplätze für Geflüchtete im Zusammenhang mit Inklusion denken. Dafür brauchen wir dringender als je zuvor eine Schule, die allen gerecht wird.“

Die GEW Berlin hat das Projekt Gemeinschaftsschule intensiv begleitet: Bereits seit 2006 debattiert ein von ihr mit gegründeter Runder Tisch Gemeinschaftsschule regelmäßig mit Pädagoginnen und Pädagogen, Bildungsforschern und -politikerinnen. Auch die Initiatorin des Runden Tisches Marliese Seiler-Beck hofft durch die Forschungsergebnisse auf neuen Schwung für die Debatte: „Es ist möglich, einen Unterricht zu machen, der allen gerecht wird. Sollte es noch eines Beweises bedurft haben: Jetzt ist er da.“

Jeannette Goddar,
freie Journalistin

***Abschlussbericht „Wissenschaftliche Begleitung der Pilotphase Gemeinschaftsschule“: www.berlin.de/sen/bildung/schule/bildungswege/gemeinschaftsschule/**
****KESS-Untersuchungen: http://bildungsserver.hamburg.de/bildungsqualitaet/**
*****Praxisleitfaden „Gemeinschaftsschule gestalten“: www.berlin.de/imperia/md/content/sen-bildung/bildungswege/gemeinschaftsschule/gms_praxisleitfaden.pdf**

Jede Sprache ist es wert, gesprochen zu werden

// Was wissen wir über mehrsprachig aufwachsende Kinder? Wie können Eltern deren Spracherwerb fördern? Sollen sie so früh wie möglich Deutsch lernen oder erst sicher in ihrer Muttersprache werden? //

Deutsch lernte Kajetan erst in seinem zweiten Lebensjahr – von seiner Tagesmutter. Seine Eltern redeten nur Polnisch mit ihm. Das hat ihm nicht geschadet. Grammatik, Wortschatz und Aussprache des Zweitklässlers unterscheiden sich nicht von anderen Kindern seiner Grundschule in einem Bremer Mittelschichtsviertel. Und doch: Immer, wenn der heute Neunjährige zu Beginn seiner Schulkarriere etwas nicht verstand, fragte seine Lehrerin, ob es nicht doch an mangelnden Deutschkenntnissen liegen könne, erinnert sich Kajetans Mutter Ewa Dysarz.

Sie konnte das verstehen. Weil sie sich Sorgen gemacht hatte, dass ihr Sohn in der Schule Probleme bekommen würde, hatte die 37-Jährige vor seiner Geburt überlegt, mit ihm von Anfang an nur Deutsch zu sprechen. Schließlich lebte sie seit 15 Jahren in Deutschland, ihr Deutsch war perfekt. Ihr Nachbar, ein Pädagogik-Professor, riet davon ab: „Macht das nicht, das wird künstlich!“ Die Familie folgte seinem Rat. Ewa Dysarz und ihr ebenfalls aus Polen stammender Mann reden mit ihren mittlerweile drei Kindern Polnisch.

Nicht alle Eltern haben das Glück, wie die Dysarz‘ eine kompetente Sprachberatung zu erhalten. Dabei ist der Bedarf groß: Bereits 2014 hatten nach Angaben des Statistischen Bundesamtes 34,6 Prozent der Kinder, die jünger als fünf Jahre waren, einen Migrationshintergrund. In Ballungsgebieten können es 60 Prozent und mehr sein.

„Es gibt zu wenig systematisch verbreitetes Wissen über Mehrsprachigkeit“, findet Tülay Altun, Lehrerin für Deutsch als Zweitsprache (DaZ) in Köln, die an der Universität Duisburg-Essen zu mehrsprachigem Unterricht forscht und lehrt. Als Gewerkschafterin setzt sie sich im GEW-Bundesausschuss „Migration, Diversity, Antidiskriminierung“ (BAMA)

für durchgängige Sprachbildung und Mehrsprachigkeit ein (s. Kasten).
„In Nordrhein-Westfalen (NRW) ist sehr viel passiert“, berichtet Altun. Hier gehören DaZ-Kenntnisse seit 2010 zum Lehramtsstudium – fachunabhängig. Das gibt es nach einer Studie des Mercator-Instituts* sonst nur noch in Berlin und Bremen.

„Gift für den Spracherwerb“

Doch auch im fortschrittlichen NRW müssten, so Altun, Lehrkräfte durchsetzen, dass in der Schule nur Deutsch gesprochen wird. Und in ihren Fortbildungen trifft die DaZ-Lehrerin immer noch auf Pädagoginnen und Pädagogen, die Eltern empfehlen, zu Hause Deutsch zu sprechen, auch wenn es sich für sie um eine Fremdsprache handelt. Dabei sei „ein schlechter Sprach-Input Gift für den Spracherwerb“, sagt Altun. Je sicherer und besser Kinder in ihrer Erstsprache seien, desto leichter falle es ihnen, Deutsch zu lernen (s. Schwerpunkt Mehrsprachigkeit in E&W 10/2013).
Beratung könnten aber auch manche Eltern ohne Migrationshintergrund gebrauchen. Denn während Türkisch auf Schulhöfen oft nicht erwünscht ist, gilt der frühe Erwerb einer prestigeträchtigen europäischen Sprache als Karrierevorteil. Deshalb gibt es in allen größeren westdeutschen Städten Englisch-Kurse für Babys und Kleinkinder, deshalb sind bilinguale Kindergärten besonders nachgefragt. Und auf Spielplätzen ist zu hören, wie sich Mütter und Väter mit ihren Kindern in einer Fremdsprache unterhalten. Mal mit mehr, mal mit weniger Akzent und Fehlern.
Annick De Houwer, Professorin für Spracherwerb und Mehrsprachigkeit an der Universität Erfurt, rät von solchen Experimenten ab – aus denselben Gründen wie Tülay Altun. „Eltern sollten die Sprache sprechen, die sie intuitiv benutzen“, sagt die Sprachwissenschaftlerin und Psycholinguistin. Denn Sprache bedeute viel mehr als Vokabeln und Grammatik. Sie transportiere Kultur, Mimik, Gestik, Gefühle. Wer nicht authentisch mit seinem Kind spreche, schaffe eine Distanz, die sich auch auf die Beziehung auswirken könne.
Davon kann auch Martina Fette berichten. Fast ihr halbes Leben hat sie als Erwachsene in England und den USA verbracht. Deshalb sprach sie Englisch mit ihrem Sohn. Doch je älter dieser wurde, desto anstrengender fand sie es. Zudem verstand Tim sie oft nicht mehr. Als seine Schwester geboren wurde, hielt Fette noch zehn Monate durch – dann „schaltete sie um“. Tim war zu dem Zeitpunkt fünf Jahre alt. Die 39-Jährige wusste sofort, dass sie richtig entschieden hatte. „Es war eine große Erleichterung, nicht mehr zwischen zwei Sprachen switchen zu müssen.“ Und: „Ich schäkere jetzt mehr mit Tim, wir sind uns näher.“
Wahrscheinlich werden beide Kinder das Englische später neu lernen müssen. Denn anders als Anbieter von Early-English-Kursen behaupten, führe der „frühe Kontakt mit einer Fremdsprache“ nicht dazu, dass sich „neue Nervenbahnen im Gehirn des Kleinkindes“ bilden, sagt Wissenschaftlerin De Houwer. Wohl aber könne das Lernen leichter fallen, wenn Kinder früh ein Verständnis für Sprache entwickelt haben. Eine „Deadline“ dafür gebe es entgegen der verbreiteten Vorstellung nicht. „Das Fenster schließt sich nicht mit drei Jahren.“
Es stimme auch nicht, dass die Jüngsten Fremdsprachen ohne Aufwand so nebenbei lernten, erklärt De Houwer. Immerhin ein Viertel aller Kinder, die zweisprachig aufwachsen, verlieren die Kenntnisse der Sprache wieder, die außerhalb ihrer familiären Umgebung nicht gesprochen wird, hat sie in einer Studie** mit über 5 000 Mädchen und Jungen aus 2 250 Familien herausgefunden. Entscheidend sei nicht, ob jeweils ein Elternteil konsequent in nur einer Sprache mit den Kindern geredet hat, sondern diese häufig im Alltag gesprochen wird.
Großen Einfluss auf einen erfolgreichen Spracherwerb, das betont DaZ-Expertin Altun, habe letztlich die Motivation der Lernenden. Und die könnten sowohl Eltern als auch Lehrkräfte fördern: Indem sie vorleben, dass jede Sprache es wert ist, gesprochen zu werden – ob Deutsch oder Arabisch.

Eiken Bruhn,
Redakteurin der taz

Foto: imago

Bildung in der Migrationsgesellschaft paradox: Während Türkisch auf Schulhöfen oft nicht erwünscht ist, hört man schon auf Spielplätzen immer öfter Englisch. Der frühe Erwerb einer prestigeträchtigen europäischen Sprache gilt als Karrierevorteil für die Sprösslinge.

Das fordert der BAMA:

- Sprachprogramme für Kitas, Aus-, Fort- und Weiterbildung der Teams
- Deutsch als Zweitsprache als verpflichtender Bestandteil der Lehramtsausbildung in allen Schularten und Fächern
- Rechtsanspruch auf Unterricht in Herkunftssprachen
- Aufnahme aller in Deutschland gesprochenen Sprachen in die (sozial-)pädagogischen Studiengänge

***www.mercator-institut-sprachfoerderung.de/forschung/lehrerbildung/daz-lehrerbildung/**
****www.uni-erfurt.de/va/sprachwissenschaft/mehrsprachigkeit/**

Dialog

1/2016

Cartoon: Karl-Heinz Brecheis

INHALT:

Titel
Aufbruch in ein neues Leben Seiten 1 – 3

Kommentar
Vielfalt ermöglichen Seite 2

Kurzporträts
Ingrid Küster, Ilona Grübl, Karl Manderla Seite 2 – 3

Interview
Zuhause alles altersgerecht?
Infos und Fragebogen Seite 4

Aufbruch in ein neues Leben

// Nie gab es mehr Möglichkeiten, selbstbestimmt im Alter zu wohnen, als heute. Damit dies gelingt, sollten Ältere genau überlegen, welche Wohnform zu ihnen passt. //

Johanna Lattemann weiß noch, es war an einem Montag im April 2015. Beim Frühstück sagte sie zu ihrem Mann: „Heute wird es sich entscheiden, das spüre ich.“ Werden wir in unserem Eigenheim im nordrhein-westfälischen Warstein bleiben? Oder brechen wir auf und ziehen in ein Mehrgenerationenhaus der Maro-Genossenschaft in Weilheim? Große Chancen auf einen Neuanfang in Bayern rechnete sie sich nicht aus. „Einheimische und langjährige Genossenschaftsmitglieder werden bevorzugt“, hatte ihr der Maro-Geschäftsführer gesagt. Kurz vor zwölf Uhr lag tatsächlich eine Mail im Postfach – eine Zusage.

Drei Tage später schickten die Lattemanns den Vertrag unterschrieben zurück. „Wir haben oft darüber gesprochen, wie wir im Alter wohnen wollen“, erzählen beide. Die Söhne leben seit langem in München und Zürich, für zwei ist das Haus zu groß. Vor sechs Jahren schon hatte sich das Paar daher Wohnprojekte in Wiesbaden und Bonn angesehen. Doch gesucht wurden vor allem junge Familien. Dann stieß das Paar im Internet auf einen Artikel über Maro-Chef Martin Okrslar, der in Oberbayern Mehrgenerationenhäuser errichtet. Sie telefonierten mit ihm, fuhren zu Versammlungen, stiegen in die Genossenschaft ein. Vieles sprach für den Süden: die Nähe zu den Jungs, zu den Bergen, „dort haben wir oft Urlaub gemacht“, der Wunsch, nochmal etwas anzupacken. Lattemann: „Ich bin 65 Jahre, mein Mann 70 – wenn nicht jetzt, wann dann?“

Wie wollen wir im Alter wohnen? Die meisten Menschen jenseits der 65 entscheiden sich für die Klassiker: Die große Mehrheit will zu Hause bleiben, so lange es geht, die anderen wählen ein Zimmer im Altenwohnheim. Doch zu diesen Modellen kommen zunehmend neue. Für den Schweizer Altersforscher François Höpflinger liegt das unter anderem daran, „dass die Leute allmählich realisieren, dass sie mit 60 statistisch gesehen noch 20 beschwerdefreie Jahre oder mehr vor sich haben“. Und dass sie dieses neue Zeitfenster nutzen können – auch um sich nochmal auf etwas komplett Neues einzulassen.

Gemeinschaft ist wichtig

Sicher: Eine vertraute Umgebung ist wichtig. Aber Selbstbestimmung, Geselligkeit und Leben in der Gemeinschaft auch. Eine selbstgewählte Gemeinschaft versteht sich, keine notgedrungene, wenn es nicht mehr anders geht. Doch eine Seniorenresidenz mit Hotelcharakter können sich die meisten nicht

leisten – so sie es überhaupt wollen. Im Kommen sind neue Modelle: Die einen ziehen in Neubausiedlungen mit barrierefreien Wohnungen, in denen für den Fall der Fälle ein Pflegedienst angesiedelt ist. Die anderen machen ihr Haus barrierefrei oder bauen es um, um ihre zu groß gewordene Heimat mit Jüngeren zu teilen – das Wohnen wird billiger, neue Gemeinschaft kann entstehen. Wieder andere suchen auf Online-Plattformen wie seniorenwg-gold.de oder senioren-wg-finden.de nach Gleichgesinnten. Schließen sich der Initiative „Wohnen gegen Hilfe“ an und stellen einem Studierenden ein Zimmer kostenlos zur Verfügung, der sie im Alltag falls nötig unterstützt. Pro Quadratmeter eine Stunde, so der Deal. Oder sie engagieren sich wie die Lattemanns in einer Genossenschaft oder einem Verein, der sich für nachbarschaftliches Wohnen stark macht.

„Für keine ältere Generation vorher gab es so viele Möglichkeiten, sich zu verwirklichen“, sagt die Münchner Wirtschaftspsychologin Christa Lippmann. Sie spürt den Wandel deutlich. Schon vor 25 Jahren hat sie den Münchner Verein „Nachbarschaftlich leben für Frauen im Alter“ gegründet, der günstige Wohnprojekte für Seniorinnen mit kleiner Rente auf die Bei-

>> **Fortsetzung auf Seite 3 Dialog**

Kurzporträt:

„Wir passen aufeinander auf“

Foto: privat

Ingrid Küster, 73, wohnt seit neun Jahren in einem Wohnprojekt für Frauen in München.

„Seit 2005 bin ich Mitglied im Verein ‚Nachbarschaftlich leben für Frauen im Alter‘. Als ich dann in ein Wohnprojekt des Vereins einziehen konnte, war das für mich wie Weihnachten. Acht Frauen, jede eine eigene Wohnung plus Gemeinschaftsraum, mitten in München – ein Traum. Jede lebt für sich – und doch passen wir aufeinander auf. Wenn es mir mal nicht so gut geht, weiß ich, da ist jemand, den ich anrufen kann und der etwas für mich besorgt. Umgekehrt bin ich da, wenn eine meiner Nachbarinnen Hilfe braucht. Vor dem Alter habe ich keine Angst. Ich bin in Köln geboren, ‚wat kütt dat kütt‘ – es kommt wie es kommt.“**

Vielfalt ermöglichen

Foto: Kay Herschelmann

FRAUKE GÜTZKOW

// GEW-Kommentar //

Ein Patentrezept für altersgerechtes Wohnen gibt es nicht. Auch das Alter besteht aus unterschiedlichen Lebensabschnitten, für die es unterschiedliche Antworten braucht. Zwei Kriterien jedoch sind für alle Phasen maßgeblich: Selbstbestimmung und eine gute Lebensqualität. Ältere Menschen müssen ein selbstbestimmtes Leben in einem altersgerechten Wohnumfeld führen können. Wir müssen Vielfalt ermöglichen.

In der Tat treibt die Frage „Wie wollen wir im Alter wohnen?“ viele ältere GEW-Mitglieder um. In den Landesverbänden und auf den Seniorentagen wird oft über das Thema diskutiert, Workshops über Wohnformen im Alter sind auffallend gut besucht. Die Kolleginnen und Kollegen informieren sich über altersgemischte Wohnprojekte, über Wohngemeinschaften, den Seniorenstift oder den Umbau des eigenen Hauses. Die GEW sieht es als ihre Aufgabe, zu diesem Austausch beizutragen, damit Entscheidungen bewusster getroffen werden können – und sei es die, alles so zu lassen, wie es ist.

Damit Ältere so wohnen können, wie sie es wollen, brauchen wir bezahlbaren Wohnraum. Wohnformen, die auf Ältere zugeschnitten sind, sollten ebenso mit öffentlichen Mitteln gefördert werden wie der barrierefreie Umbau des eigenen Hauses. Und: Es bedarf einer guten, lebendigen Altersdurchmischung in den städtischen Quartieren, damit Ältere nicht isoliert leben. Das geht nur mit einer besseren Infrastruktur: Lebensmittelgeschäfte im Wohnumfeld, Sitzbänke in Einkaufzentren, barrierefreie Bordsteine, Bushaltestellen mit Stehhilfen, einen ausgebauten öffentlichen Nahverkehr vor allem auf dem Land. Und wir brauchen nicht zuletzt mehr ambulante Pflegedienste und gut ausgestattete Pflegeheime.

Studierende der Architektur und Stadtplanung sollten schon in der Ausbildung lernen, altersgerechtes Bauen und Planen von Beginn an mitzudenken. Seniorinnen und Senioren müssen intensiver bei der Stadtplanung eingebunden werden. Es gilt, ihre Mitwirkungsrechte in den Kommunen zu stärken. Davon profitieren alle. Denn was Älteren nutzt, hilft auch anderen: Aufzüge und Rampen kommen nicht nur gehbehinderten Senioren zugute, sondern auch Eltern mit Kinderwagen oder Einkaufstaschen auf Rollen. Gut beleuchtete Wege und Treppenhäuser dienen nicht nur dem Sicherheitsbedürfnis der Älteren, sondern dem aller Bürgerinnen und Bürger in der Stadt.

Frauke Gützkow,
im Geschäftsführenden Vorstand der GEW
verantwortlich für Seniorenpolitik

>> **Fortsetzung von Seite 2 Dialog**

ne stellte. „Damals sind ältere Frauen nicht mal alleine in die Kneipe gegangen. Die Idee, sich mit anderen Frauen solidarisch zu verbinden, war fast revolutionär.“ Frau hat sich auf Familie und Ehemann konzentriert. Wenn er starb, blieb sie allein zu Hause oder zog ins Heim. Heute klingelt das Telefon mehrmals am Tag. Es sind zunehmend auch „finanziell abgesicherte Frauen“, oft Akademikerinnen, die keine Lust haben, wie Lippmann sagt, „anonym in ihrer Wohnung zu sitzen“.

Kurzporträt:

„Ich komme allein zurecht“

Ilona Grübl, 77, wohnt alleine in ihrem Einfamilienhaus in Erding (bei München).

Foto: privat

„Der Gedanke, ins Altenwohnheim zu gehen, ist mir nie gekommen. Auch nicht, als es mir nach dem Tod meines Mannes vor vier Jahren sehr schlecht ging. Ich komme gut allein zurecht. Ein Verwandter mäht den Rasen und trägt mir Wasserkästen. Wenn ich später Hilfe brauchen sollte, hole ich mir vielleicht eine Pflegekraft ins Haus. Ich habe genug Platz. Zum Glück kann ich mich gut alleine beschäftigen. Im Garten, im Haus, Kreuzworträtsel machen, eine Radtour. Ganz wichtig ist mein Kegelverein. Vor 36 Jahren habe ich damit angefangen – und bin gottseidank dabei geblieben. Wir trainieren, fahren zu Wettkämpfen und unternehmen privat viel miteinander. Man sollte sich schon mit 40, 50 Jahren etwas suchen, das einem im Alter Halt gibt. Meine Kontakte zu den Kegelfreunden sind so eng, dass sie bestehen bleiben, auch wenn ich selbst mal nicht mehr kegeln kann.“**

Drei Projekte hat der Verein bislang realisiert. Acht Frauen leben in einem Mehrparteienhaus mit Gemeinschaftsraum, jede in ihrer eigenen Wohnung. In ihrem Buch „Wohnen im Alter“* beschreibt Lippmann eindrucksvoll, wie schwierig es mitunter war, Investoren, Architekten, Baugesellschaften zu überzeugen. Doch auch hier tut sich etwas. Noch vor ein paar Jahren musste sie sich anhören: „Ein Projekt nur für alte Frauen? Da riecht es doch im Gang.“ Heute weiß man sie als Mieterinnen, „die pünktlich zahlen und den Fahrstuhl nicht verkratzen“ zu schätzen. Im Moment plant Lippmann ein viertes Projekt im Osten der Stadt, Bewerberinnen hätte sie genug.

Kompromisse finden

Wer sich für ein Wohnprojekt entscheidet, sollte nicht zu lange warten, sagt Jana Wallrath. Die Psychologin aus Hamburg hat für ihre Dissertation mehrere Häuser besucht. Manchmal vergehen von der Idee bis zum Einzug zehn Jahre. „Das erfordert viel Ausdauer.“ Gemeinsam planen, Rückschläge wegstecken, Kompromisse finden. Wenn man dann endlich zusammenwohnt, geht es auch nicht ohne Konflikte. „Deshalb sollte man sich von vornherein die Frage stellen: Will ich das, bin ich zu Kompromissen bereit?“ Ihr Rat: Sich zeitig informieren und herausfinden, was zu einem passt. Altersforscher Höpflinger bringt es auf den Punkt: „Die ältere Gruppe ist alles andere als homogen. Dementsprechend sind alle Lebens- und Wohnprojekte, die von einem einheitlichen Typ älterer Menschen ausgehen, zum Scheitern verurteilt.“

Lattemanns Freunde hätten nicht gedacht, dass die beiden das wirklich durchziehen. Eigenheim aufgeben, fern der Heimat in eine Mietwohnung ziehen, Geräusche von oben, von unten – verrückt. „Aber genau das wollten wir“, so Lattemann. Raus aus der Komfortzone, sich einlassen, Hilfe anbieten und Hilfe bekommen – vor allem wenn es nicht mehr so gut geht. Noch lässt sich nicht sagen, ob aus den zwölf Parteien eine richtige Gemeinschaft wird. Ende März sind alle eingezogen, Singles, Pärchen, Alleinerziehende, Familien. „Wir müssen uns erst kennenlernen“, sagt Lattemann. Und noch vieles regeln: Wo kommt das Müllhäuschen hin, wer fegt den Flur? Es gibt keinen Verwalter, „wir machen alles selbst“. Wenn es nicht klappt? Oder irgendwann mal einer von ihnen zu gebrechlich wird? „Dann überlegen wir neu“, sagt Lattemann. „Wir sind hier nicht angekettet – nur weil dieses Modell für uns im Moment super passt.“

Kurzporträt:

„Es geht mir gut im Heim“

Karl Manderla, 90, wohnt seit vier Jahren im Margarete Blarer Seniorenzentrum, Konstanz.

Foto: privat

„Nach einer Erkrankung konnte ich nicht mehr selbstständig den Haushalt führen. Also habe ich mich entschieden, ins Heim zu gehen. Mein Sohn hat mir bei der Suche nach dem richtigen Haus geholfen. Er fand die Einrichtung des Diakonischen Werkes in Konstanz, nicht weit von Bodensee und Altstadt. Es geht mir gut hier. Auch wenn sich das Heimleben in den vergangenen Jahren verändert hat. Die Zahl der Rollstuhlfahrer und Demenzerkrankten hat merklich zugenommen. Als ich in das Haus einzog, trafen sich Mitbewohner zur munteren Schachpartie, heute wird bestenfalls noch ‚Mensch ärgere dich nicht‘ gespielt.“**

Heike Littger,
freie Journalistin

***Christa Lippmann: Wohnen im Alter. Dokumentation über ein alternatives Wohnprojekt. Eigenverlag, München 2010, 24,90 Euro**

****Die Kurzportraits hat Heike Littger aufgezeichnet.**

Zuhause alles alterstauglich?

// Ein Gespräch mit Katrin Hodler von der Niedersächsischen Fachstelle für Wohnberatung. //

Dialog: Frau Hodler, die meisten Menschen möchten im Alter nach wie vor so lange wie möglich zuhause bleiben. Was raten Sie ihnen?

Katrin Hodler: Sie sollten ihre Wohnung einem genauen Check unterziehen: Ist sie wirklich geeignet, um in ihr alt zu werden? Ist sie barrierefrei? Sind alle wichtigen Räume ohne Stufen zu erreichen? Sind die Türen breit genug für Rollator oder Rollstuhl, ist die Duschtasse flach? Anschließend sollte man gemeinsam mit einem Experten schauen, was sich, wenn nötig, umbauen lässt.

Dialog: Gibt es da große Unterschiede?

Hodler: Oh ja, in manchen Wohnungen ist zum Beispiel der Estrich nicht dick genug, um Rohre für eine flache Dusche zu verlegen. Einige Maßnahmen lassen sich nur mit hohen Kosten umsetzen. Zu schmale Türen verbreitern etwa. Man sollte sich deshalb frühzeitig mit der Alterstauglichkeit seines Heims beschäftigen. Wer schon mit Ende 50 erste Umbauten macht, hat weniger Belastungen in der Zeit, wenn er in Rente ist. Oft bringen auch kleine Maßnahmen viel. Wer nicht mehr gut gehen kann, muss nicht gleich über einen Treppenlift nachdenken. Es hilft manchmal schon, Handläufe oder Haltegriffe anzubringen.

Dialog: Sind Einfamilienhäuser besser für den Umbau geeignet als Wohnungen?

Hodler: Nicht unbedingt. Zudem liegen sie oft außerhalb der Stadt. Im Alter aber muss der Wohnraum verkehrsgünstig liegen. Wer nicht mehr Auto fahren kann, ist auf Bus oder Bahn angewiesen. Ein Supermarkt sollte fußläufig zu erreichen, die Nachbarschaft aktiv und am besten altersgemischt sein. Es ist wichtig, dass zuverlässige Bekannte ab und an vorbeischauen. Ist alles in Ordnung? Läuft es mit dem Pflegedienst rund – falls man irgendwann einen braucht?

Foto: privat

Katrin Hodler

Dialog: Und wenn der kritische Home-Check ergibt: nicht alterstauglich?

Hodler: Dann rate ich: so bald wie möglich umziehen, damit man Zeit hat, sich einzugewöhnen. Viele ältere Menschen können sich allerdings einen Umzug nicht ohne weiteres leisten. Eine bezahlbare, altersgerechte Wohnung zu finden, ist nicht leicht und auch ein Einfamilienhaus muss erst mal verkauft werden.

Interview: Anja Dilk,
freie Journalistin.

Infos

Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnanpassung (bag): Über Finanzierung und Fördermittel beim altersgerechten Umbau von Wohnung und Haus informieren die regionalen Wohnberatungsstellen. Einen Überblick über die Anlaufstellen bietet die bag-Website: www.bag-wohnungsanpassung.de/wohnberatungsstellen.html

Onlineportal Wohnen im Alter: Informationen rund um altersgerechtes Wohnen – von der Förderung beim barrierefreien Umbau des Hauses über Altenheime bis zu ambulanten Diensten und betreutem Wohnen: www.wohnen-im-alter.de

Was bewegt …

// Angelika Ley, 63, Lehrerin an der Graf-Ludwig-Gemeinschaftsschule im Warndt, Völklingen-Ludweiler, Saarland. //

Wie ich meinen Tag beginne.
Ohne meine zwei Tassen Kaffee und die Zeitung am Frühstückstisch geht morgens nichts. Der Wecker klingelt meist um sechs Uhr, da bin ich noch nicht sehr gesprächig. Ich lese lieber ein wenig und löse die Rätsel in der Zeitung. Dann geht es in die Schule.

Was mich bildungspolitisch umtreibt.
Wir bräuchten in Deutschland flächendeckend Gesamtschulen und echte Ganztagsschulen. Es ist wichtig, dass Lehrkräfte auch außerhalb der Unterrichtssituation eine Beziehung zu Schülerinnen und Schülern aufbauen. So viele Kinder haben Erziehungsdefizite jeder Couleur, da müssen Lehrkräfte gegensteuern. Das geht nur an einer Ganztagsschule.

Welche Erfahrung ich nicht missen möchte.
Das Beglückendste ist meine neue Schulleiterin. Sie hat gezeigt, was eine Einzelne gegen alle Widerstände bewegen kann. Innerhalb weniger Jahre hat sie die Schule auf den Kopf gestellt. Eine Ganztagsklasse eingeführt, Leselounge, Schulgarten, Gewächshaus, bewegte Pause, Smartboards. Besser geht es nicht. Gegen sie hatten die nörgelnden Schultaschen-in-die Ecke-Steller im Kollegium keine Chance.

Was ich mir vorgenommen habe.
2018 gehe ich in Pension. Dann will ich mehr Zeit mit meinen vier Enkeln verbringen. Ich höre mich jetzt schon nach einem Ehrenamt um. Mein Mann ist in der GEW aktiv, ich möchte mich um ältere Senioren in der Region kümmern.

Fragebogen: Anja Dilk,
freie Journalistin

Kennenlernen und Vorurteile abbauen

// Die Hamburger Stadtteilschule Stellingen bietet einen Willkommenstag für geflüchtete Mädchen und Jungen an. Damit ist sie Teil der bundesweiten Aktion „Schüler helfen Flüchtlingen“ des Fördervereins „Das macht Schule“. //

Rijan blickt interessiert zu seinem Mannschaftskapitän Tamsir empor. „Seid ihr gut?“, fragt der Elfjährige den Klassensprecher der 9e. Der lächelt und stellt dem jungen Albaner langsam und in einfachen Sätzen die Qualitäten seiner Klassenkameraden am Ball vor. Alle tragen eine grüne Schärpe. Zum heutigen Fußballturnier treten Tamsir und seine drei Mitschüler aus Stellingen in einem Team mit drei jungen Flüchtlingen an. „Ich freue mich so, dass ich heute hier sein darf und neue Freunde finden kann“, sagt Rijan und strahlt.

Das Fußballturnier ist eine von rund 30 Aktivitäten, die Stellinger Schülerinnen und Schüler aller Altersgruppen für die Kinder und Jugendlichen aus den drei benachbarten Erstaufnahmeeinrichtungen organisiert haben. Sie nähen gemeinsam Federtaschen, bemalen den Schulhof mit Flaggen, kochen, essen oder spielen Fußball. Der Aktionstag steht unter dem Motto „Willkommen in Stellingen“. Die rund 130 Flüchtlingskinder wurden von Tamsir und anderen Freiwilligen vormittags von ihren Unterkünften abgeholt. Sie sind erst wenige Monate in der Stadt und lernen direkt in den Unterkünften Deutsch in kleinen Lerngruppen. Geflüchtete Mädchen und Jungen, die im Quartier wohnen bleiben, sollen im nächsten Schuljahr an die Stadtteilschule wechseln. „Mit diesem Aktionstag möchten wir unsere neuen Mitschülerinnen und Mitschüler willkommen heißen“, so Schülerratsmitglied Elizabeth Yeboah. „Außerdem hoffen wir, dass das persönliche Kennenlernen hilft, Ressentiments abzubauen.“ Vorurteile, so die Abiturientin, fänden sich auch in der Schülerschaft der Stadtteilschule, obwohl diese sehr gemischt sei. Deshalb startet jede Klasse mit einem interkulturellen Training in den Tag. Die Idee für einen Willkommenstag hatte der siebenköpfige Schülerrat bereits im vergangenen Herbst entwickelt. In den Folgemonaten sammelte er gemeinsam mit den Klassensprechern Ideen, arbeitete ein Konzept aus, sprach es mit dem Schulleiter ab und brachte schließlich den Antrag in die Lehrerkonferenz ein. Der wurde mit großer Mehrheit angenommen. „Die Schüler haben verstanden, wie sie sich in einer Demokratie einmischen können“, berichtet Schulleiter Bernd Mader stolz. „Das braucht unsere Einrichtung und genau das müssen wir unterstützen.“

Was die Stellinger Mädchen und Jungen auf die Beine gestellt haben, soll „Schule machen“, hofft auch Bernd Gebert, Gründer und Vorstand der bundesweiten gemeinnützigen Initiative „Das macht Schule“. „Häufig werden z. B. Themen wie Flucht und Asyl von engagierten Lehrkräften in die Klassenzimmer geholt. Die versuchen dann, die Schülerinnen und Schüler zu beteiligen“, erzählt Gebert. „Hier ist es umgekehrt.“ Mit einem kleinen Team initiiert und begleitet Gebert Praxisprojekte an Schulen, die Selbstständigkeit, Persönlichkeitsentwicklung, Sozial- und Handlungskompetenzen fördern sollen.

Hilfe einholen

Seit dem Start des Projekts „Schüler helfen Flüchtlingen“ vor einem halben Jahr haben rund 80 Schulen um Unterstützung für eigene Projekte gebeten. Angeboten werden Tipps zur Finanzierung oder Unterrichtsmaterialien zum Thema Flüchtlinge. Vom Know-how der Initiative hat auch die Stadtteilschule Stellingen profitiert.

Der Willkommenstag dort endet mit einer Einladung zum Essen in der neuen Mensa. Tamsir aus der 9e zeigt sich sehr zufrieden. „Wir wussten erst nicht, wie gut wir uns verständigen können“, erklärt er. „Aber alle waren sehr offen und interessiert. Und außerdem: Sport und Essen verbinden.“

Michaela Ludwig,
freie Journalistin

Projekt „Schüler helfen Flüchtlingen“:
www.das-macht-schule.net/willkommen

Foto: Babette Brandenburg

Willkommenstag an der Hamburger Stadtteilschule Stellingen: Die Schülerinnen und Schüler haben ein Fußballturnier für geflüchtete Kinder aus den benachbarten Erstaufnahmeeinrichtungen organisiert.

Lehrkräfte protestieren gegen

// Der ungarische Nationalfeiertag am 15. März verlief diesmal nicht so harmonisch, wie es sich die rechtskonservative Regierung vorgestellt hatte: Während sich Viktor Orbáns FIDESZ-Partei bei einer Parade in Ungarns vergangener Größe sonnte, gingen in Budapest Zehntausende Menschen gegen deren Bildungspolitik auf die Straße. //

Die Proteste kamen nicht unerwartet. „Die Regierung hat ein Bildungssystem geschaffen, das schlecht für die Kinder, die Pädagogen, die Eltern und das Land ist“, kritisiert Piroska Galló vom Gewerkschaftsverband der Pädagogen (PSZ). Nach Ansicht der Vorsitzenden der größten ungarischen Lehrergewerkschaft – in ihr ist ein Fünftel der etwa 100 000 Lehrkräfte an staatlichen Schulen organisiert – steht das Bildungswesen am Rande des Abgrunds: „Das System funktioniert nicht. Es muss von Grund auf reformiert werden.“
Umstritten war Orbáns Bildungspolitik von Anfang an. Denn: Welche Bücher gelesen werden, welche Themen die Lehrkräfte im Unterricht behandeln sollten, wollte die Regierung entscheiden. Wiederholt gab es öffentliche Kritik gegen überbordende Lehrpläne, übermäßige Bürokratie und Zentralisierung, politische Bevormundung und die schlechte Ausstattung der Schulen. Doch am 15. März erreichte der Unmut einen neuen Höhepunkt.

Der Widerstand von Lehrkräften, Schülern und Eltern gegen den Umbau des Bildungssystems in Ungarn unter der Regierung Viktor Orbáns hat sich im März und April zu Massenprotesten ausgeweitet.

Foto: imago

Umbau des Bildungssystems

Zum Hintergrund: Die Regierung von Ministerpräsident Orbán hat das ungarische Bildungssystem seit 2012 grundlegend umgebaut. Den Kommunen entzog sie die Zuständigkeit, bisherige Freiheiten bei der Gestaltung des Unterrichts – bis hin zur Wahl von Lehrbüchern – gab es fortan nicht mehr. Die Aufsicht über das staatliche Schulwesen und die Lehrkräfte übertrug die Regierung einem neuen Institut: dem „Klebelsberg-Zentrum“, kurz KLIK genannt. Es ist für sämtliche Personalangelegenheiten zuständig, erarbeitet Lehrpläne, beschafft Unterrichtsmaterialien.
„Die seit Sommer 2010 unternommenen Schritte in Gesetzgebung und Regierungspraxis bedeuten nicht weniger als eine fundamentale Transformation von Staat und Politik“, so Kai-Olaf Lang von der Stiftung „Wissenschaft und Politik“. Damals hatte FIDESZ im Verbund mit einer kleinen christdemokratischen Gruppe bei den Parlamentswahlen einen triumphalen Erfolg errungen und sah sich hinreichend legitimiert, einen weitreichenden Umbau von Staat, Gesellschaft und Wirtschaft einzuleiten. Im Zentrum der „Erneuerung“ stünden Werte, die sich unter der Überschrift „konservativ und patriotisch“ zusammenfassen ließen, sagt Lang: „Das Bekenntnis zur Familie, die Betonung von Nation und Heimat, die positive Bezugnahme auf Religion und Christentum als identitätsstiftende Basis für Ungarn und Europa.“

Chaotische Verhältnisse

Nach Auffassung der Lehrergewerkschaften haben Orbáns „Reformen“ im Bildungsbereich zu chaotischen

Orbán

Verhältnissen geführt. „Vielen Schulen fehlt es an den einfachsten Dingen: Büchern, Papier oder Kreide“, bemängelt Galló. Die Gewerkschafterin mahnt an, Ausstattung und Verfassung der Schulen zügig zu verbessern. Gleichzeitig müssten die Schulpflicht bis zum 18. Lebensjahr wieder eingeführt und der Unterrichtsstoff abgespeckt werden. Außerdem stellten die aktuellen Pläne zu hohe Anforderungen an Schülerinnen, Schüler und Lehrkräfte: „Die Kinder müssen zwischen 35 und 38 Schulstunden pro Woche belegen. Hinzu kommt noch die Zeit, in der sie zuhause lernen müssen. Unterm Strich verbringen sie mehr Zeit mit Lernen als Erwachsene bei der Arbeit.” Galló hält unter solchen Bedingungen eine qualifizierte Bildung nicht für möglich.

Die Lehrergewerkschaften hatten nach den Demonstrationen im Februar 25 Forderungen an die Regierung gerichtet. Das KLIK müsse aufgelöst, die Schulstruktur entbürokratisiert und dezentralisiert werden. Außerdem verlangen sie, die administrative und finanzielle Autorität der Schulleitungen wieder herzustellen sowie Pflichtstunden und Verwaltungsaufgaben der Lehrkräfte zu reduzieren. Sollte sich die Regierung unnachgiebig zeigen, seien weitere Kampfmaßnahmen vorprogrammiert. Die empörten Lehrkräfte wissen sogar viele FIDESZ-Anhänger hinter sich. In Umfragen haben laut ungarischen Medien drei Viertel der Befragten Verständnis für die Wut der Pädagoginnen und Pädagogen geäußert.

Die Regierung Orbán hatte bis zur jüngsten Protestwelle gegenüber den Lehrkräften eine Politik von Zuckerbrot und Peitsche betrieben. So stockte sie die Gehälter der meisten Pädagoginnen und Pädagogen 2013 auf einen Schlag um ein Drittel auf. Quasi als Gegenleistung erwartete sie, dass diese sich auf inhaltliche Vorgaben der Partei verpflichteten und dem „Nationalen Pädagogenkorps“ beitreten. Die neue Organisation sollte künftig als Ansprechpartner der Regierung bei Tarifverhandlungen sowie arbeitsrechtlichen Belangen fungieren.

Viele Aktionen

Die Massenkundgebungen zum Nationalfeiertag leiteten eine Reihe von Aktionen unterschiedlicher gesellschaftlicher Organisationen ein, die aber zunehmend unkoordiniert erfolgten. Tausende schlossen sich etwa Ende März dem Aufruf der Bewegung „Ich will unterrichten!“* an und bildeten auf Plätzen Menschenketten. Für Mitte April hatte die Demokratische Gewerkschaft der Pädagogen (PDSZ) zu einem Warnstreik aufgerufen – an dem sich der PSZ aber nicht beteiligte. Am 20. April traten mehrere Tausend Lehrkräfte nach einem Aufruf aller Lehrergewerkschaften ganztägig in den Ausstand.

Bereits nach dem 15. März hatte die FIDESZ-Regierung Vertreter der Lehrergewerkschaften zu Gesprächen eingeladen. Unter anderem kündigte sie dabei an: Schuldirektoren sollten künftig kleinere Ausgaben eigenständig verwalten können. Und: Sie wolle sich einer Schulleiterkonferenz stellen und das KLIK auflösen. Nach Ansicht von Galló wird es wohl bei einer Umstrukturierung des Instituts bleiben. Doch so oder so: „Die Lehrerbewegung hat das Wesen des Orbánismus ins Visier genommen“, kommentiert das linksliberale Magazin „Magyar Narancs“. Man werde sich noch im Wahljahr 2018 an sie erinnern.

Norbert Glaser,
freier Journalist

***Aufruf einer gewerkschaftsunabhängigen Basisbewegung, die die zunehmende Bürokratisierung des Lehrerberufs kritisiert**

Beamtenkredite für Beamte auf Lebenszeit, Beamte auf Probe und Tarifbeschäftigte im Öffentlichen Dienst

www.kredite-fuer-beamte.de

oder fordern Sie Ihr persönliches Angebot telefonisch an unter 0800-500 9880

„Ich habe mein Leben zurück“

// Für geflüchtete Menschen mit wissenschaftlichen Qualifikationen ist es schwierig, im hiesigen Hochschulbetrieb Fuß zu fassen. Neue Initiativen und Programme sollen die Integration erleichtern. //

Von außen ist es nur ein Schreibtisch mit Internetanschluss. Für Awad Aljidi ist es jedoch sehr viel mehr. „Ich habe mein Leben zurück“, sagt der Syrer, der seit einem halben Jahr als Flüchtling in Gießen wohnt. Sein Leben, das ist die Wissenschaft: forschen und sich mit Kolleginnen und Kollegen fachlich austauschen. An diesem Schreibtisch in einem Doktorandenraum im Institut für Geographie der Universität Gießen finde er alles, erzählt Aljidi, was ihm wichtig sei. Auch wenn ihm die Erwerbstätigkeit noch untersagt ist – zu forschen kann ihm niemand verbieten.

Der 53-jährige Geograph und Agrarwissenschaftler hat an der Universität in Aleppo gelehrt. Mit Ehefrau und drei Kindern floh er aus der umkämpften Millionenstadt über das Mittelmeer nach Griechenland und schlug sich auf der Balkanroute – teils mit dem Bus, teils zu Fuß – nach München durch. Seit der Ankunft in Gießen lebt die Familie in Flüchtlingsunterkünften.

Wie hoch die Zahl der Wissenschaftler unter den Asylsuchenden genau ist, weiß niemand. Auch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) oder der Deutsche Akademische Austauschdienst (DAAD) machen dazu keine Angaben. In Deutschland angekommen, haben geflüchtete Hochschullehrkräfte wenig Möglichkeiten, sich mit Fragen ihres Fachgebietes auseinanderzusetzen. Ihr Leben dreht sich um den Asylantrag, die Suche nach einer Wohnung und das Zurechtfinden in der Fremde.

Auch Aljidi wartet auf die Aufenthaltserlaubnis und die Anerkennung seiner Studienabschlüsse – wesentliche Voraussetzungen, um sich auf eine Forschungsstelle oder um ein Stipendium zu bewerben. Dass er schon jetzt am Institut seine wissenschaftliche Arbeit fortführen darf und bereits ein Praktikum am benachbarten Zentrum für Internationale Entwicklungs- und Umweltforschung absolvieren konnte, verdankt er einem „unglaublichen Zufall“. In Gießen traf er seinen ehemaligen Kollegen aus Aleppo, Hussein Almohamad, ebenfalls Geograph, wieder. Über den Landsmann kam er in Kontakt mit Professor Andreas Dittmann, der ihm die Möglichkeit verschaffte, an der Uni zu forschen.

Auch der 38-jährige Almohamad ist mit seiner Familie vor den Schrecken des Bürgerkriegs geflohen. Nach Gießen kam er jedoch nicht als Flüchtling, sondern als Gastprofessor. Hier hatte er studiert und promoviert, bevor er nach Syrien zurückkehrte. Über die Jahre pflegte Almohamad enge Kontakte zur Hochschule. Da lag es auf der Hand, die deutschen Kollegen nach seiner Flucht in die Türkei um Unterstützung zu bitten. „Uns war sofort klar, dass wir ihn hierher holen werden“, erzählt Dittmann. Die Finanzierung seiner Stelle war schnell und unbürokratisch geklärt: Der „Scholar Rescue Fund“*, eine internationale Organisation für gefährdete Wissenschaftler mit Sitz in New York, sagte eine Teilfinanzierung für zwei Jahre zu, die Gießener Universität versprach, für den Rest aufzukommen. Trotz Einladungsschreiben und Beschäftigungsgarantie dauerte es Monate, bis Almohamad das Visum in der Hand hielt und ausreisen durfte. Vor Ort unterstützte ein gut eingespieltes Netzwerk den neuen Gastprofessor und seine Familie bei der Wohnungssuche und der Regelung anderer Formalitäten. „Wir wurden sehr gut aufgenommen“, betont der syrische Wissenschaftler.

„Trotz der Umstände ist es schön, wieder hier zu sein.“
Die zweijährige Förderung seiner Gastprofessur läuft im Sommer aus. Für eine Anschlussperspektive soll die Philipp Schwartz-Initiative der Alexander von Humboldt-Stiftung** sorgen. Sie ist das erste deutsche Programm, das Stipendien für gefährdete Wissenschaftler sowie finanzielle Unterstützung für die aufnehmenden Hochschulen gewährt. Almohamad: „Wir warten täglich auf die Zusage.“

Unis bauen Hilfen aus

Viele deutsche Hochschulen arbeiten derzeit am Ausbau ihrer Hilfen für asylsuchende Studierende und Wissenschaftler. „Die Universitäten verfügen mittlerweile über viel Erfahrung mit der Beschäftigung und Integration ausländischer Forscherinnen und Forscher. Aber auf die spezielle Situation der Flüchtlinge, etwa aufenthaltsrechtliche Fragen oder eine mögliche Traumatisierung durch Krieg und Flucht, sind sie weniger vorbereitet“, berichtet die Programmverantwortliche Barbara Sheldon. Die Initiative will strukturbildend wirken und verknüpft die Stipendienvergabe mit der Auflage an die Universitäten, Konzepte für die Aufnahme geflüchteter Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler zu entwickeln. Auf die erste Ausschreibung im Frühjahr sind 40 Anträge eingegangen, aus denen 16 Universitäten mit rund 20 Stipendiaten ausgewählt werden. Angesichts der insgesamt rund 90 forschungsstarken deutschen Hochschulen sei das eine gute Resonanz, findet Sheldon: „Wir hoffen, mit dem Projekt ein stärkeres Bewusstsein dafür zu schaffen, dass in ihren Heimatländern gefährdete Wissenschaftler eine wichtige Rolle für Hochschulen in Deutschland spielen können.“ Eine zweite Förderrunde sei im Juli geplant.
Die Philipp Schwartz-Initiative wird ihre Stipendiaten für zwei Jahre unterstützen. „Wir bauen darauf, dass die Universitäten durch ihre guten Netzwerke und die persönliche Unterstützung Hilfe zur Selbsthilfe leisten werden und die Stipendiaten darüber einen Weg in den Wissenschaftsbetrieb oder in die Wirtschaft finden – in Deutschland, einem anderen Land oder vielleicht sogar dem Herkunftsland“, sagt die Stiftungsmitarbeiterin. Dass die Beschäftigung in der Heimat bedrohter Forscherinnen und Forscher alles andere als ein Charity-Projekt ist, darüber sind sich Sheldon und Dittmann einig. „Die Hochschulen profitieren in gleichem Maße wie die Wissenschaftler“, bestätigt der Geograph. „Für unseren thematischen Schwerpunkt Syrien ist es ungeheuer wertvoll, einen Kollegen mit dem Hintergrund und den Erfahrungen wie Aljidi zu gewinnen“, betont er und fügt hinzu: „Almohamad ist für die Universität ein sehr preiswerter Gastprofessor.“

Die Wissenschaftler Hussein Almohamad (links) und Awad Aljidi (rechts) sind mit ihren Familien aus dem Bürgerkriegsland Syrien nach Deutschland geflüchtet. Dank der Hilfe von Prof. Andreas Dittmann (Mitte) und anderen Unterstützern können sie an der Uni Gießen forschen.

Foto: Dorothea Hamilton

Bruch in der Karriere

Für die meisten Wissenschaftler bedeutet die Flucht einen Knick, wenn nicht sogar einen Bruch in ihrer Karriere. „In Deutschland angekommen sind sie nur noch geflüchtete Menschen – nicht mehr Physiker, Wirtschafts- oder Politikwissenschaftler“, stellt Merle Becker, Gründerin des Frankfurter Vereins „academic experience Worldwide“*** fest. „Sie werden als Hilfebedürftige behandelt und man traut ihnen nicht mehr viel zu.“ Deshalb unterstützt der Verein zufluchtsuchende Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus Frankfurt, Berlin und München, indem er sie mit Studierenden vernetzt sowie Vortrags- und Seminarreihen organisiert. „Es geht darum, sie wieder als Forschende sichtbar zu machen“, so Becker. „Es ist zermürbend, so lange auf die Anerkennung der Abschlüsse warten und in der Zeit auf einen geistigen Austausch verzichten zu müssen. Insbesondere für Wissenschaftler ist es wichtig, am Ball zu bleiben“, fügt die Wirtschaftsprofessorin Carmen Bachmann von der Universität Leipzig hinzu. Um geflüchtete Hochschullehrkräfte mit hier lebenden Kolleginnen und Kollegen in Kontakt bringen, hat ihr Team ehrenamtlich die Online-Plattform „Chance for Science“**** entwickelt und im vergangenen Herbst freigeschaltet. Bis heute haben sich 400 Interessierte angemeldet, darunter 50 Asylsuchende.
Aljidi hat inzwischen ein kleines Netzwerk in Gießen aufgebaut und hofft auf eine Postdoktorandenstelle am Institut. Für ihn und seinen Kollegen Almohamad steht fest, dass sie in ihre Heimat zurückkehren wollen – wenn der Krieg in Syrien beendet ist. „Ich möchte mich am Aufbau meines Landes und vor allem der Universitäten beteiligen“, so Gastprofessor Almohamad. „Meine guten Kontakte nach Deutschland werden dabei helfen.“

Michaela Ludwig,
freie Journalistin

***www.scholarrescuefund.org/**
****Philipp-Schwartz-Initiative: www.humboldt-foundation.de/web/philipp-schwartz-initiative.html**
*****academic experience Worldwide: www.aeworldwide.de/**
******Plattform Chance for Science: https://home.uni-leipzig.de/~chanceforscience/**

Initiative der Europäischen Kommission: http://ec.europa.eu/euraxess/index.cfm/jobs/science4refugees

Deutliche Lohnerhöhung erkämpft

// Am Ende schnürten Gewerkschaften und Arbeitgeber von Bund und Kommunen ein umfangreiches Tarifvertragspaket. Seine wichtigsten Bestandteile: eine deutliche Lohnerhöhung für die Beschäftigten, die Sicherung der Betriebsrenten aus der Zusatzversorgung und eine neue Entgeltordnung (EGO) für den gesamten kommunalen Bereich. //

Foto: GEW

Etwa 4 000 Beschäftigte des öffentlichen Dienstes bei Bund und Kommunen beteiligten sich am Warnstreik in München. Mit ihrer Aktionsbereitschaft sorgten bundesweit Kolleginnen und Kollegen für einen guten Tarifabschluss.

Als „ordentliches Ergebnis“ wertete die GEW den Tarifabschluss im öffentlichen Dienst für die bei Bund und Kommunen Beschäftigten. „Die Reallöhne der Kolleginnen und Kollegen werden deutlich steigen. Und: Es ist den Gewerkschaften gelungen, den Angriff der Arbeitgeber auf die Betriebsrenten der Beschäftigten der Kommunen abzuwehren: Es wird keine Kürzungen bei den Leistungen der Zusatzversorgung geben“, machte GEW-Vorsitzende Marlis Tepe nach Abschluss der Verhandlungen in Potsdam Ende April deutlich.

Reallohnzuwachs

Rückwirkend zum 1. März 2016 steigen die Gehälter der Beschäftigten um 2,4 Prozent. Weitere 2,35 Prozent gibt es zum 1. Februar 2017. Der Gehaltstarifvertrag läuft zwei Jahre. Unmittelbar nach der Einigung kündigte Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) an, dass der Bund das Ergebnis auf die Beamtinnen und Beamten übertragen wolle.

Zusätzlich schlossen Gewerkschaften und Arbeitgeber weitere Baustellen: Die Betriebsrenten aus der Zusatzversorgung der Beschäftigten werden nicht angetastet. Und mehr als zehn Jahre nach Einführung des Tarifvertrags für den öffentlichen Dienst (TVöD) gibt es jetzt endlich eine Entgeltordnung, die für den gesamten kommunalen Bereich gilt. Zudem werden die Altersteilzeitregelungen beim Bund und in den Kommunen um zwei Jahre verlängert.

Besonders das Thema Betriebsrente war hart umkämpft. Hier mussten die Arbeitgeber ihre Positionen Stück für Stück räumen. Zuerst wollten sie die Renten für alle kürzen, dann deren Sicherung den Arbeitnehmern allein aufbürden. Ihre Behauptung, alle 15 Zusatzversorgungskassen (ZVKen) würden – spätestens mittel- bzw. langfristig – finanzielle Probleme mit der Zahlung der Betriebsrenten bekommen, konnten sie nicht belegen. Damit war auch das Ziel der kommunalen Arbeitgeber, eine pauschale, für alle Kassen geltende Regelung zu finden, vom Tisch. Die Lösung, auf die sich Gewerkschaften und Arbeitgeber jetzt verständigt haben, ist sachgerecht: Wenn eine ZVK nachweisbar finanzielle Probleme hat, werden die Arbeitnehmerbeiträge um insgesamt 0,4 Prozentpunkte angehoben (um 0,2 Prozent zum 1. Juli 2016, zudem jeweils 0,1 Prozent zum 1. Juli der beiden Folgejahre). Die Arbeitgeber müssen bis zum Ende der zehnjährigen Laufzeit des Vertrages den gleichen finanziellen Beitrag wie die Beschäftigten leisten. Diese Vereinbarung trifft weniger als 40 Prozent der kommunalen Arbeitnehmer. Sie gilt für die ZVKen Baden-Württemberg, Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Sachsen-Anhalt und Wiesbaden. Bei den ZVKen Sachsen und Kassel wird die Finanzlage noch geprüft. Bei den anderen Kassen ändert sich erst einmal gar nichts. Zusätzlich vereinbarten Arbeitgeber und Gewerkschaften: Sollte einmal zu viel Geld in einer Kasse sein, werden die Beitragssenkungen ebenfalls geteilt.

Neue EGO – mehr Gehalt

Die neue EGO bringt vielen Kolleginnen und Kollegen, die bei den Kommunen arbeiten, mehr Geld. Der Grund: Sie sind jetzt besser eingruppiert als bisher. Von diesen Verbesserungen profitieren beispielweise Angestellte in Pflege- und Betreuungseinrichtungen, Krankenhäusern sowie Schulhausmeister. Die Arbeitgeber wollten diese – aus ihrer Sicht – zusätzlichen Kosten nicht alleine tragen. Sie bestanden auf einer Kompensation durch die Arbeitnehmer. Am Ende der Debatte stand

– Betriebsrente verteidigt

ein Kompromiss. Den größeren Teil der Mehrkosten tragen die Arbeitgeber. Alle Arbeitnehmer übernehmen solidarisch einen Anteil an den Kosten der neuen Entgeltordnung. Dafür wird die Jahressonderzahlung, die die Beschäftigten erhalten, von 2016 bis 2018 „eingefroren“, also nicht erhöht. Zusätzlich wird sie ab 2017 um vier Prozentpunkte gesenkt. Diese moderate Kürzung des Weihnachtsgeldes haben die Gewerkschaften unter dem Strich als weniger belastend eingeschätzt, als die Monatsgehälter für alle weniger zu erhöhen.

Arbeitgeber blieben stur

Damit es keine Missverständnisse gibt: Die neue EGO gilt nicht für die im kommunalen Sozial- und Erziehungsdienst (SuE) Beschäftigten. Für diese Berufsgruppe gibt es bereits seit 2009 eine eigene Entgeltordnung, die sogenannte S-Tabelle. 2015 haben die Kolleginnen und Kollegen nach wochenlangen Streiks für viele SuE-Berufsgruppen bessere Eingruppierungen mit einem Gesamtvolumen von fast vier Prozent durchgesetzt (s. E&W 11/2015).

Nicht verschwiegen werden soll, dass sich die Gewerkschaften beim Thema Befristungen nicht durchsetzen konnten: Sie hatten eine tarifliche Regelung gefordert, um sachgrundlose Befristungen zu begrenzen. In diesem Punkt blieben die Arbeitgeber jedoch stur. Sie woll(t)en nichts gegen das Befristungsunwesen tun. Die Arbeitgeber sehen in Befristungen kein Problem. Im Gegenteil: Sie nutzen das Instrument der sachgrundlosen Befristung, um damit die Probezeit faktisch zu verlängern. Dabei zeigt eine aktuelle Studie, die das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) im Auftrag von Arbeitgebern und Gewerkschaften nach der Tarifrunde 2014 erstellt hat, dass die Arbeitgeber im öffentlichen Dienst nicht nur öfter befristen, sondern auch seltener entfristen als in der Wirtschaft. Hier ist für die Gewerkschaften also noch viel zu tun!

Ulf Rödde,
Redaktionsleiter der „Erziehung und Wissenschaft“

Alle Infos zum Abschluss und die Mitgliederdiskussion zur Tarifrunde im öffentlichen Dienst für Bund und Kommunen finden Sie auf der GEW-Website unter: www.gew.de/troed2016/

STAMM Verlag E&W Verlagsreisen

Der Medicus — Musical-Sommer in Fulda

Vom Weltbestseller zum Musical

27.08. - 28.08.2016 — 2-tägige Musikreise

ab € 295,-
p. P. im DZ
EZ-Zuschlag € 20,- p. P.

England vor über 1.000 Jahren – ein junger Christ macht sich auf eine gefährliche Reise um die halbe Welt. Er muss sich als Jude ausgeben, um unter Arabern die Geheimnisse der Medizin zu studieren und findet dabei nicht nur die Liebe seines Lebens, sondern auch zu sich selbst. Erleben Sie die packende Geschichte über die Koexistenz der Kulturen und die Macht von Wissen und Liebe: „Der Medicus – Das Musical” nach dem Weltbestseller von Noah Gordon im Rahmen des Musical-Sommers in Fulda. Am zweiten Tag Ihres Wochenendes steht eine Stadtführung auf dem Programm, die das Thema des Musicals mit der Stadtgeschichte verbindet. Unternehmen Sie eine Tour durch Fulda unter dem Motto „Medicus & Co.” auf den Spuren von Mönchen, Badern und Wunderheilern.

Das beinhaltet unsere Reise

- ✓ Bahnreise (2. Klasse) ab/bis gewünschtem Abfahrtort nach Fulda und zurück (bis 400 km, darüber hinaus zzgl. € 50,- p. P.)
- ✓ 1 Übernachtung inklusive Frühstück im Hotel Maritim am Schlossgarten (****), oder gleichwertig
- ✓ Taxiservice Bahnhof - Hotel - Bahnhof
- ✓ Karte für das Musical „Der Medicus” im Schlosstheater (Kategorie 1)
- ✓ 1-std. Stadtführung „Medicus und Co.”
- ✓ ts|medialog – Reisebegleitung (ab 20 Teiln.)

Wunschleistungen

- ✓ Sitzplatzreservierung (Bahnhin- und Rückfahrt) € 10,- p. P.
- ✓ Zuschlag 1. Klasse bei Bahnentfernung bis 400 km € 49,- p. P. darüber hinaus € 80,- p. P.

Musicalkarte inklusive

Fotos: Tourismus und Kongressmanagement Fulda

Reiseverlauf, Buchungsformular und Reisebedingungen unter www.gew.de/verlagsreisen
Informationen und Buchung ☎ 0521 / 96768-0
Veranstalter: tslmedialog GmbH, Detmolder Str. 78, 33604 Bielefeld

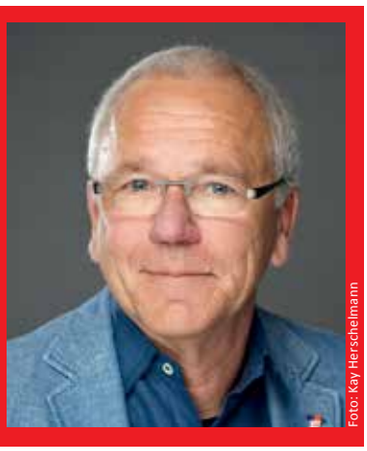


Foto: Kay Herschelmann

ANDREAS GEHRKE

Gesamtergebnis: gut!

Ende April haben Arbeitgeber und Gewerkschaften nach schwierigen Verhandlungen eine Einigung in der Tarifrunde 2016 für die Beschäftigten der Kommunen und des Bundes erzielt. Mit zahlreichen Aktionen, Demonstrationen und Warnstreiks haben wir uns ein gutes Ergebnis erkämpft. Die Entgelterhöhung wird angesichts einer um die Null liegenden Inflations- bzw. Deflationsrate zu einer deutlichen Steigerung der Realeinkommen führen. Für alle Beschäftigten der Kommunen ist nach elfjährigen Verhandlungen eine neue Entgeltordnung (EGO) vereinbart worden, die für viele Arbeitnehmer zum Teil zu deutlich höheren Eingruppierungen führt. Den Angriff auf die Leistungen der betrieblichen Altersversorgung haben wir abgewehrt. Erfolglos blieb allerdings leider unser Versuch, das Befristungsunwesen im öffentlichen Dienst durch einen Ausschluss sachgrundloser Befristungen im Tarifvertrag einzudämmen.

Im Vorfeld der Tarifrunde hatte eine wissenschaftliche Untersuchung ergeben, dass die Befristungsquote in den öffentlichen Betrieben und Verwaltungen höher ist als in der Privatwirtschaft. Die Weigerung von Bund und Kommunen, die ausufernden Befristungen einzuschränken, ist und bleibt skandalös. Sie trifft vor allem die jüngeren Kolleginnen und Kollegen, die aber gerade besonders auf eine sichere Berufs- und damit Lebensperspektive angewiesen sind. Der öffentliche Dienst verliert damit weiter an Attraktivität und wird das Nachsehen bei der Nachwuchswerbung haben. Vielleicht fällt das irgendwann einmal selbst den Arbeitgebern auf.

Ein großer Erfolg dagegen ist die Stabilisierung der betrieblichen Altersversorgung durch den Tarifabschluss. Die kommunalen Arbeitgeber wollten Eingriffe in das Leistungsrecht und höhere Eigenbeiträge der Beschäftigten. Selber wollten sie keinen Finger rühren. Die höheren Arbeitnehmerbeiträge sollten pauschal für alle Zusatzversorgungskassen gelten – unabhängig von deren wirtschaftlicher Lage. Eine Laufzeit für diese Regelung wollten die Arbeitgeber nicht vereinbaren. Damit hätte das Thema alle Jahre wieder in den Tarifverhandlungen auftauchen können. Die jetzt erzielte Regelung greift nicht in das Leistungsrecht ein. Sie sieht moderate Eigenbeiträge der Beschäftigten nur für die Zusatzversorgungskassen vor, bei denen Versicherungsmathematiker zusätzlichen Finanzierungsbedarf festgestellt haben. Die Arbeitgeber müssen einen eigenen Beitrag in gleicher Höhe wie die Beschäftigten leisten. Eine Laufzeit von zehn Jahren ist für den Vertrag vereinbart worden. Die Arbeitgeber konnten sich also an keinem Punkt durchsetzen.

Nach elfjährigen Verhandlungen gilt jetzt eine neue Entgeltordnung für die kommunalen Beschäftigten. Sie führt für viele zu höheren Eingruppierungen und damit zu mehr Einkommen. Damit steigen aber auch die Personalkosten der Arbeitgeber. Während der Verhandlungen zur Entgeltordnung war vereinbart worden, dass Arbeitgeber und Beschäftigte diese Kostensteigerung je zur Hälfte tragen. Die Beschäftigten „zahlen“ ihren Anteil, indem die Jahressonderzahlung befristet eingefroren wird. Die neue EGO muss also solidarisch auch von denen mitgetragen werden, die aktuell von der verbesserten Entgeltordnung nichts haben.

Die Gehaltserhöhung mag zwar mit der vereinbarten Prozentzahl geringer ausfallen als in einigen vergangenen Tarifrunden. Damals war allerdings die Preissteigerungsrate deutlich höher: Heute liegt sie kaum über null Prozent und sank im April erstmals auch unter Null. Damit führt der Verdienstzuwachs zu einer größeren Steigerung der Realeinkommen als manch früherer, in der Prozentzahl höherer Abschluss.

In der Gesamtschau also ein gutes Ergebnis. Dieses war nur möglich, weil sich wieder viele Kolleginnen und Kollegen engagiert für einen guten Tarifabschluss eingesetzt haben. Dafür einmal mehr vielen Dank. Gemeinsam sind wir stark!

Andreas Gehrke,
GEW-Vorstandsmitglied Tarif- und Beamtenpolitik

Protest und „Volkes Wille“

// Dem Umgang mit Populisten und rechtspopulistischen Strömungen hat sich die Tagung „Wut, Protest und Volkes Wille? Populismus, politische Kultur und politische Bildung“ der Bundeszentrale für politische Bildung (BpB) Ende April in Kassel gewidmet. //

Das Erstarken des Populismus äußert sich nicht erst seit den Wahlerfolgen der Alternative für Deutschland (AfD) und den Ergüssen ihrer Anhängerschaft. Diese Entwicklung ist bereits seit geraumer Zeit auf Pegida-Demonstrationen, bei Mahnwachen, im Internet und am Arbeitsplatz zu beobachten. Menschen verschaffen ihrem Ärger über Politiker, Asylbewerber oder die Presse, über Muslime oder ehrenamtliche Flüchtlingshelfer Luft und verunglimpfen diese.
Doch wann ist ein Politiker, eine Position, Bewegung oder Partei populistisch? Und wie sollte politische Bildung den wachsenden rechten Strömungen begegnen? Politikwissenschaftler Jan-Werner Müller plädiert während der Kasseler Konferenz grundsätzlich für eine differenzierte Betrachtung. Er warnt vor einer unreflektierten Ausweitung des Begriffs „Populismus“. Denn auch Politiker der Mitte agierten mit gezielter Rhetorik oft populistisch, seien jedoch keine Populisten. Müllers Definition: Populisten seien „antielitär“ – zumindest, solange sie in der Opposition seien – und „antipluralistisch“, sofern sie sich als die „wahren“ Vertreter des Volkes vermarkteten. Der Politikwissenschaftler sieht in rechtspopulistischen Strategien eine Gefahr für die Demokratie. Denn deren Protagonisten stellten als angebliche Repräsentanten einer „schweigenden Mehrheit“ politische Institutionen infrage. Destruktiv seien zudem deren „moralische Aufladung von Konflikten“ und „Ziehung der inneren Freund-Feind-Linie“, so Müller. Dabei gehe es stets darum, andere Gruppen, Werte und Orientierungen auszuschließen und abzuwerten. „Es kann keinen Populismus geben ohne Ausschluss“, betont der Forscher. Im Umgang mit Populisten plädiert er dafür, den Dialog mit ihnen aufzunehmen – und nicht ebenfalls Exklusionspolitik zu betreiben. Müller räumt ein, dass dies schwierig sei, da es sich bei vielen Themen um identitätsstiftende Ideologien handele und empirisch belegte Argumente meist kein Gehör fänden. Die Tagung zeigte: Das Grundprinzip der Vereinfachung und Zuspitzung gesellschaftlich relevanter Fragen stellt auch politische Bildung vor große Herausforderungen. Die Referentinnen Stefanie Beck von der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg und Carmen Karr vom Mannheimer Netzwerk für Demokratie und Courage e. V. sehen es allerdings als deren Aufgabe an, Minderheitenrechte gegenüber der vermeintlichen, von Populisten propagierten Mehrheitsmeinung zu verteidigen. „Unser Ziel muss sein, der Mehrheitsgesellschaft zu vermitteln, die Rechte gesellschaftlicher Minderheiten zu achten und zu stärken“, unterstreicht Karr. Denn zu Asylbewerbern, Muslimen, Homosexuellen formuliere die populistische rechte Propaganda klare Feindbilder.

Foto: Roland Sippel

Fachreferentin Stefanie Beck in Kassel: „Unser Ziel muss sein, der Mehrheitsgesellschaft zu vermitteln, die Rechte gesellschaftlicher Minderheiten zu achten und zu stärken.“

Kernaufgabe

Zur Kernaufgabe politischer Bildung gehöre, menschenverachtende Einstellungen offenzulegen, betont Beck. Doch Zukunftsängste, räumt die Wissenschaftlerin ein, verschwänden nicht mit dem Abbau von Vorurteilen. Zu unterscheiden sei zwischen „realer Marginalisierung, berechtigter Abstiegsangst und diffuser Angst vor dem Verlust kultureller Identität“. Politische Bildung könne nicht den Sozialstaat ersetzen, stellt Beck klar. Trotzdem sollte sie Themen aufgreifen, die Zukunftssorgen verursachen, und die Gesellschaft für soziale Ungerechtigkeit sensibilisieren. Und: Im Unterricht müssten Grundsätze des Sozialstaats erklärt sowie Möglichkeiten politischer Einflussnahme aufgezeigt werden – jenseits von Hasskommentaren im Netz.

Michaela Ludwig,
freie Journalistin

***Informationen zur Tagung:**
www.bpb.de/veranstaltungen/dokumentation/224565/populismus-politische-kultur-und-politische-bildung

„Deutsche Zustände“ ist eine über zehn Jahre hinweg angelegte Studie über den Zusammenhang zwischen sozialen und ökonomischen Verhältnissen und der Entwicklung von Ressentiments in der deutschen Gesellschaft. Die Langzeituntersuchung ist in der edition suhrkamp Frankfurt am Main von 2002 bis 2011 erschienen.

ANDREAS KELLER

Foto: Kay Herschelmann

Höchste Zeit für Kurswechsel

Im April haben Bund und Länder die Weichen gestellt, um die Exzellenzinitiative fortzusetzen. Wenn die Regierungschefs am 16. Juni grünes Licht geben, wird das umstrittene Elite-Programm zur Dauereinrichtung. Ironie der Geschichte: Erst 2014 hatten Bundestag und Bundesrat das Kooperationsverbot im Grundgesetz für die Hochschulen gelockert. Der Bund kann den Ländern jetzt in der Hochschulfinanzierung unter die Arme greifen – nicht nur über immer neue Projekte und Programme, sondern in der Fläche und auf Dauer. Stattdessen nutzen Bund und Länder das Kooperationsverbot aber, um die Exzellenzinitiative zu verstetigen. Jahr für Jahr sollen 533 Millionen Euro ausgegeben werden, um ausgewählte Elite-Unis aufzupäppeln – auf unbestimmte Zeit. Eine falsche Entscheidung.

Zum einen werden die Milliarden, die über Jahrzehnte in die Exzellenzförderung fließen sollen, dort fehlen, wo sie die Hochschulen am dringendsten bräuchten: in der Grundfinanzierung. Wir benötigen mehr Studienplätze und bessere Betreuungsrelationen – denn auch in Deutschland wird auf Dauer deutlich mehr als die Hälfte eines Altersjahrgangs ein Hochschulstudium aufnehmen. Zum anderen setzen Bund und Länder eine wichtige Errungenschaft des deutschen Hochschulsystems aufs Spiel. Ob jemand in Aachen, Dresden oder Flensburg seinen Abschluss gemacht hat, spielte in der Vergangenheit keine große Rolle: Studierende wie Arbeitgeber konnten bundesweit auf hohe Qualitätsstandards vertrauen. Die Exzellenzinitiative zielt hingegen auf ein Zweiklassensystem. Die Politik träumt von einer deutschen „Ivy League“ nach US-Vorbild. Was sie ausblendet: In den USA gibt es über 4 000 Hochschulen, nicht alle heißen Harvard, MIT oder Yale. Die Masse der Studierenden wird an drittklassigen Colleges ausgebildet. Getreu dem Motto aus dem Matthäus-Evangelium „Wer hat, dem wird gegeben“ werden im Exzellenzwettbewerb weiter vor allem jene Unis reüssieren, die bereits eine üppige Ausstattung mit Grund- und Drittmitteln vorweisen können. Ehrlicherweise will man in Zukunft darauf verzichten, einen offenen Wettbewerb vorzutäuschen: Wer einmal in den exklusiven Club der Elite-Unis aufgenommen wird, soll dies auf ewig bleiben. Auch an ihren eigenen Ansprüchen gemessen ist die Exzellenzinitiative kein Erfolgsmodell. Die vom Schweizer Physikprofessor Dieter Imboden geleitete internationale Expertenkommission ist im Januar 2016 zu einem ernüchternden Urteil gekommen: Es sei nicht nachgewiesen, dass die geförderten Spitzenuniversitäten tatsächlich bessere Forschungsleistungen erbracht hätten, heißt es im Evaluationsbericht (s. E&W 3/2016, S. 25). Ganz zu schweigen von der Lehre: Sie geht nicht nur per se in der Exzellenzförderung leer aus, sondern kann zusätzlich Schaden nehmen – wenn ausgerechnet die besten Professorinnen und Professoren von der Lehre freigestellt werden, um sich der Spitzenforschung zu widmen.

Auch der wissenschaftliche Nachwuchs schaut in die Röhre. Zwar hat die Exzellenzinitiative eine große Zahl junger Forscher ins System geholt. Da die Fördergelder jedoch befristet vergeben werden, verschöben viele Wissenschaftler ihre Entscheidung, eine akademische Karriere einzuschlagen, immer weiter nach hinten, kritisiert die Imboden-Kommission. Daran dürfte auch die geplante Verstetigung der Exzellenzinitiative wenig ändern. Zwar soll der Exzellenzstatus künftig auf unbestimmte Zeit vergeben werden, Grundlage dafür sind aber Exzellenzcluster, die jeweils auf sieben Jahre befristet gefördert werden. Es wird also höchste Zeit für einen Kurswechsel in der Hochschulfinanzierung. Ja, es muss mehr Geld ins Hochschulsystem. Bund und Länder sollten den erweiterten verfassungsrechtlichen Spielraum nutzen, um für mehr Dauerstellen und damit mehr Studienplätze sowie eine bessere Betreuungsrelation zu sorgen, bevor sie über eine Neuauflage des Exzellenzprogramms entscheiden.

Andreas Keller,
GEW-Vorstandsmitglied Hochschule und Forschung

Es gibt noch Nachholbedarf

// „Her mit der Milliarde!“ – Mit diesem Aufruf hatte die GEW Ende April zum 7. Follow-up-Kongress des „Templiner Manifest“ für gute Arbeit in der Wissenschaft nach Berlin eingeladen. Vertreterinnen und Vertreter aus Politik und Wissenschaft haben über die Zukunft der Beschäftigungsbedingungen an den Hochschulen diskutiert. Dabei ging es nicht nur ums Geld. //

GEW-Hochschulexperte Andreas Keller hob hervor, dass die Rechtsposition der Beschäftigten durch die Novelle des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes (WissZeitVG) gestärkt worden sei. Allerdings blieben viele Verbesserungen nach wie vor vage. Das Ziel, so Keller, sei also klar: Die Umsetzung des Gesetzes müsse aktiv begleitet werden.
Dazu hat die GEW ein Fünf-Punkte-Programm beschlossen. Es sieht unter anderem Unterstützung und Rechtsschutz für GEW-Mitglieder sowie Personal- und Betriebsräte vor. Zugleich fordert die Bildungsgewerkschaft Hochschulen und Forschungseinrichtungen auf, den von der GEW vorgelegten Herrschinger Kodex „Gute Arbeit in der Wissenschaft“ anzuwenden, um klare Berufsperspektiven zu schaffen und Befristungen einzudämmen. GEW-Vize Keller forderte: „Wir brauchen an den Universitäten zusätzlich 5 000 Tenure-Track-Professuren. Nur so können Bund und Länder einen wirksamen Impuls für die Schaffung verlässlicher Karrierewege geben.“ Auf einer Tenure-Track-Professur – dieses Instrument ist besonders im nordamerikanischen Raum verbreitet – können sich promovierte Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler für den Hochschullehrerberuf mit einer Professur auf Lebenszeit qualifizieren. Erreichen sie die mit der Universität vereinbarten Ziele in Forschung und Lehre, wird ihre Stelle entfristet. Keller bezifferte die Kosten für die Professuren inklusive Ausstattung auf rund fünf Milliarden Euro. Vier Milliarden Euro mehr als die eine Milliarde, die Bundesbildungsministerin Johanna Wanka (CDU) für den geplanten Nachwuchspakt von Bund und Ländern versprochen hat.
Basis für Kellers Forderungen sind Berechnungen von Anke Burkhardt vom Institut für Hochschulforschung an der Martin-Luther-Universität an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, die das Los vieler Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler belegen: „Der staatliche Auftrag zu forschen und zu lehren, wird zu 60 Prozent von Trägern und Dritten finanziert. Das schlägt sich in den Beschäftigungsverhältnissen nieder“, so Burkhardt. Die Forscherin kommt zu dem Schluss, dass die Zahl der Professuren an Universitäten von derzeit rund 24 000 bis 2026 auf rund 42 000 erhöht werden müsse. Nur so könnten die Zahl der befristeten Arbeitsverhältnisse reduziert und Perspektiven für junge Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler geschaffen werden.
Steffen Krach (SPD), Staatssekretär für Wissenschaft in Berlin, verteidigte hingegen den Nachwuchspakt von Bund und Ländern. „Das WissZeitVG ist sicher ein Schritt in die richtige Richtung, der Nachwuchspakt ist ein weiterer“, unterstrich Krach. Es gehe dabei nicht nur um Tenure-Track-Stellen, sondern auch um Personalentwicklung. Doch musste auch der Staatssekretär zugeben, dass bei den Kosten für die 1 000 geplanten Tenure-Track-Stellen nicht viel zusätzlicher Spielraum vorhanden sei, um das Befristungsunwesen einzudämmen.

Foto: Kay Herschelmann

Dauerstellen für Daueraufgaben – da war sich der wissenschaftliche Nachwuchs auf dem 7. Follow-up-Kongress zum „Templiner Manifest“ in Berlin einig.

Chancengleichheit fördern

Die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler machten während der Tagung eines besonders deutlich: Es kann nicht nur ums Geld gehen. An das von Bund und Ländern geplante Nachwuchsprogramm müssten vor allem qualitative Anforderungen gestellt werden. Zusätzliches Geld könne nur dann wirklich etwas verändern, wenn sich auch die Personalstruktur weiterentwickle. Dazu gehört nach Ansicht vieler Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter vor allem, die Chancengleichheit zwischen Frauen und Männern zu fördern.
An konkreten Ratschlägen für die Praxis mangelt es nicht. Juliane Brauer, Mitinitiatorin des Marbacher Manifests „Jung, weiblich, exzellent – ohne Perspektiven“, forderte vom Nachwuchspakt, Stellen strikt nach einer 50-Prozent-Quote für Frauen zu vergeben. Sahra Damus, Gleichstellungsbeauftragte an der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt (Oder), unterstützte Brauers Vorschlag, da Frauen insbesondere in gut bezahlten Positionen im Wissenschaftsbetrieb deutlich unterrepräsentiert seien. Und GEW-Hochschulexperte Keller resümierte: „Unser Wissenschaftssystem kann es sich dauerhaft nicht leisten, die Hälfte unserer Gesellschaft auszuschließen.“
Der 7. Follow-up-Kongress hat gezeigt: Das neue WissZeitVG macht vieles besser, aber nicht alles gut. Es gibt Nachholbedarf – die GEW bleibt mit ihrem Fünf-Punkte-Programm am Ball.

Stefan Brasse,
Internetredakteur, GEW-Hauptvorstand

Weitere Infos unter:
www.gew.de/5-Punkte-Programm-PDF
www.gew.de/templiner-manifest/
www.gew.de/wissenschaftszeitvertagsgesetz

„Unmut an den Schulen“

// Mit einem Blick auf Leiharbeit und prekäre Beschäftigungsverhältnisse an Schulen in Bremen setzt E&W die Serie „Prekäre Arbeit“ fort. Es geht um schwierige Rahmenbedingungen, in denen Kündigungsschutz häufig nicht vorkommt und geringe Stundenumfänge ohne Aufstockungsmöglichkeit keine Ausnahme sind. Im Zentrum stehen die Schulvereine, die in Bremen seit vielen Jahren als Arbeitgeber auftreten. Aber auch viele andere Träger beschäftigen pädagogische Fachkräfte außerhalb des öffentlichen Dienstes. //

Irmgard Ostersehlte arbeitet als Sozialpädagogin an einer Oberschule im Nordosten Bremens. Hier kümmert sie sich mit einer weiteren Kollegin um Kinder und Jugendliche, leitet Arbeitsgemeinschaften, übt in den Klassen soziales Lernen ein, bietet Beratungen an und vieles andere mehr. Mit anderen Worten: Sie hat in ihrer Schule eine wichtige Rolle. Doch ihr Arbeitgeber ist nicht die Bremer Bildungsbehörde, sondern der Schulverein der Oberschule. Dass pädagogische Fachkräfte nicht im öffentlichen Dienst angestellt sind, ist in Bremen keine Ausnahme. Nach Angaben der Bildungsbehörde sind rund 1 180 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Schulvereinen und freien Trägern an den Schulen in der Hansestadt im Einsatz (Stand Anfang 2016). „Wir empfinden es fachlich als Ohrfeige, dass wir nicht richtig zur Schule dazugehören, aber in die Löcher gestopft werden, die gefüllt werden müssen“, sagt Ostersehlte. Angesichts unterschiedlicher Arbeitgeber gebe es keine einheitlichen pädagogischen Konzepte: „Was ein gutes Ganzes werden sollte, wird durch die verschiedenen inhaltlichen Ansätze und die vertragliche Ungleichbehandlung der Kolleginnen und Kollegen auseinanderdividiert. Das erzeugt Unmut an den Schulen und ist für die Bildungslandschaft verheerend.“

Die Folgen für den Bildungsbereich sind das eine. Das andere: die prekären Arbeitsverhältnisse, denen die betroffenen Beschäftigten ausgeliefert sind. Viele arbeiten befristet und/oder in Teilzeit und haben nicht die Chance, ihre Stundenzahlen aufzustocken. Das gilt für die bekannten und zum Teil bundesweit tätigen großen freien Träger der Jugendhilfe, insbesondere aber für die als Arbeitgeber auftretenden

Foto: Anne-Katrin Wehrmann

Irmgard Ostersehlte, Sozialpädagogin an einer Oberschule in Bremen, stellt über die Rahmenbedingungen ihrer Arbeit fest: „Wir empfinden es fachlich als Ohrfeige, dass wir nicht richtig zur Schule dazugehören, aber in die Löcher gestopft werden, die gefüllt werden müssen.“

Schulvereine. Insgesamt gibt es in Bremen rund 60 – ursprünglich gegründet, um mit Hilfe von Spendengeldern und Mitgliedsbeiträgen kleinere Projekte, Schulveranstaltungen und Klassenfahrten zu unterstützen. Etwa seit der Jahrtausendwende, mit Einführung der verlässlichen Grundschule und der Ganztagsschule, stellten immer mehr Schulvereine – mit finanziellen Zuwendungen der Bildungsbehörde – eigenständig Personal ein, damit die Schulen die neuen Aufgaben bewältigen konnten.

„Wir haben der Bildungsbehörde vorgeworfen, dass sie über den Hebel des Outsourcens das komplette Arbeitgeberrisiko an Schulvereine und andere freie Träger abgibt“, so Christian Gloede, Vorstandssprecher der GEW Bremen. Im April vergangenen Jahres hatte die GEW der damaligen Bildungssenatorin Eva Quante-Brandt (SPD) 2 000 Unterschriften mit der Forderung überreicht, die bei freien Trägern beschäftigten Fachkräfte in den öffentlichen Dienst zu übernehmen. Damals waren laut Landesverband alle Schulvereine als Arbeitgeber aktiv – heute sind es nach Angaben der jetzigen Bildungssenatorin Claudia Bogedan (SPD) noch 24. Viele der Kolleginnen und Kollegen seien allerdings in den vergangenen Monaten nicht von der Bildungsbehörde angestellt worden, sondern von einem anderen Träger, berichtet Gloede. Das sei schon einmal ein Fortschritt, aber noch keine Lösung. „Bei einem großen Träger kann man sich zumindest innerhalb des Systems auf andere Stellen bewerben und hat eher die Chance, den Stundenumfang zu erhöhen“, meint der GEW-Sprecher. Ziel müsse es jedoch bleiben, für alle im Bildungsbereich Beschäftigten prekäre Arbeitsverhältnisse zu beenden.

Blick nach Niedersachsen

Auch in anderen Bundesländern ist die Frage der Anstellungs- und Beschäftigungsbedingungen ein Thema, das zeigt zum Beispiel ein Blick ins Nachbarland Niedersachsen. Dort hatte es einen jahrelangen Streit zwischen der Deutschen Rentenversicherung (DRV) und der früheren schwarz-gelben Landesregierung in der Frage gegeben, ob die in großem Stil als Honorarkräfte an Schulen eingesetzten Fachkräfte tatsächlich – wie vertraglich vereinbart – selbstständig oder doch eher weisungsgebunden tätig seien. Im Ergebnis erwies sich, dass die meisten der 23 000 Betroffenen fest in den Schulalltag eingebunden und damit nicht selbstständig arbeiteten (E&W berichtete).

Zurück nach Bremen. Je nach Größe der Schule können die Schulvereine

dort weniger als eine Handvoll oder auch mehrere Dutzend Angestellte haben. Da das Kündigungsschutzgesetz aber erst ab einer Zahl von zehn Mitarbeitern gilt, können sich kleinere Arbeitgeber leichter von ihrem Personal trennen. „Wir haben keine sicheren Arbeitsplätze, das ist immer wieder ein Thema in unserer Gruppe“, so Sozialpädagogin Ostersehlte, die sich in der GEW-Arbeitsgruppe Leiharbeit engagiert. Eine ganz reale Sorge: In ihrem Schulverein, berichtet sie, sei zum Beispiel vor einiger Zeit eine Angestellte aus dem Küchenbereich entlassen worden, die seitdem vor Gericht um ihr Recht kämpfe. „Die Realität ist: Wenn kein Geld mehr da ist, sind wir die ersten, die auf der Straße stehen.“

Bildungssenatorin Bogedan wehrt sich gegen die Kritik und verweist auf die „Dienstvereinbarung über Grundsätze zu Beschäftigungsbedingungen im Bereich der Bremer Schulen“, die ihre Behörde Anfang 2011 mit dem Bremer Personalrat Schulen geschlossen hat. Darin ist geregelt, dass alle Fachkräfte, die erzieherisch oder betreuend an einer Schule arbeiten, unabhängig vom Arbeitgeber die gleiche Bezahlung gemäß dem Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst der Länder (TV-L) erhalten sollen. Zudem sollten sie bei einer regelmäßigen Beschäftigung an der Schule einen unbefristeten Arbeitsvertrag sowie ein Angebot zur Aufstockung ihrer Stunden bekommen, bevor es eine Neueinstellung geben dürfe.

Derzeit ist wieder Bewegung in die Sache gekommen: Die Landesregierung überlege, die Beschäftigten der Schulvereine in den öffentlichen Dienst zu übernehmen, heißt es in einer aktuellen Antwort des Bremer Senats auf eine Große Anfrage der Fraktion Die Linke zum „Einsatz von nicht bei der Senatorin für Kinder und Bildung angestelltem Personal“. Ihr Ressort habe eine Stabsstelle zu diesem Thema eingerichtet, erklärt Bogedan und konkretisiert: „Änderungen sind bei der Entlastung der Schulvereine von der Aufgabe als Anstellungsträger für das Personal geplant. Für den Einsatz der übrigen freien und kirchlichen Träger gibt es keine Änderungen.“

„Stark benachteiligt“

Schuldirektor Friedrich-Karl Jostes kann die Argumentation der Senatorin nachvollziehen. Zumindest für seine Oberschule sehe er nicht, dass die über den Schulverein angestellten Fach- und Betreuungskräfte schlechter gestellt sind als die im öffentlichen Dienst Beschäftigten. Knapp 40 Kolleginnen und Kollegen seien es, die dafür sorgten, dass der an seiner Schule für alle Schülerinnen und Schüler verbindliche Ganztag an fünf Tagen die Woche mit Leben gefüllt wird. Ihre Stundenumfänge variierten zwischen zwölf Wochenstunden und Vollzeit. „Bei uns gibt es keine befristeten Verträge“, sagt Jostes. „Und viele unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wollen von sich aus nur wenige Stunden arbeiten. Wer aufstocken möchte, kann das tun.“ Er gestehe aber durchaus zu, dass die Situation an kleineren Schulen anders aussehen könnte.

Bei ihrem Arbeitgeber bemüht sich Ostersehlte gerade darum, ihren Stundenumfang um drei Wochenstunden zu erhöhen. „Das habe ich vor zwei Jahren schon einmal vergeblich versucht, und jetzt hakt es wieder. Da fühle ich mich doch stark benachteiligt: Wäre ich im öffentlichen Dienst angestellt, wäre das kein Problem.“ Aus der GEW-Arbeitsgruppe Leiharbeit wisse sie von einer Schule, deren Schulleiter vor einigen Monaten die Angestellten eines Schulvereins vor eine unangenehme Entscheidung gestellt habe: Weil er nicht mehr alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bezahlen könne, müsse entweder jeder seine Arbeitszeit um zehn Prozent reduzieren, oder der zuletzt gekommene Kollege werde wieder entlassen.

Solange es solche Fälle gibt, will sich der GEW-Landesverband weiter dafür einsetzen, dass die Bildungsbehörde ihren Ankündigungen Taten folgen lässt. Gloede verlangt, „dass die Kolleginnen und Kollegen vernünftige Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen haben“.

Anne-Katrin Wehrmann,
freie Journalistin

Foto: Anne-Katrin Wehrmann

Christian Gloede, Vorstandssprecher der GEW Bremen: „Wir haben der Bildungsbehörde vorgeworfen, dass sie über den Hebel des Outsourcens das komplette Arbeitgeberrisiko an Schulvereine und andere freie Träger abgibt.“

Jung, politisch – und in der GEW

// „Der Klassenkampf ist für die Jugend von gestern“, hat die Tageszeitung „Die Welt“ noch vor zwei Jahren getitelt. Im Gegensatz zu dieser steilen These steigen die Mitgliederzahlen der GEW – und es sind gerade junge Kolleginnen und Kollegen, die in die Organisation eintreten. Wofür sie sich einsetzen wollen, das machten mehr als 100 junge Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter über Pfingsten unter dem Motto „Unsere Zeit – unsere Fragen“ auf der Jugendkonferenz „GEWolution“ in Rotenburg an der Fulda deutlich. //

„Für junge Aktive in einer alten Organisation ist es wichtig, frische Ideen einzubringen“, betont Sven Lehmann von den GEW-Studis in seinem Abschlussplädoyer. Was aber sind die „frischen Ideen“ der Jungen und – noch wichtiger – wie können sie umgesetzt werden? Bereits vor vier Jahren hatten die beiden Jugendorganisationen Junge GEW und GEW-Studis Mitglieder zwischen 18 und 35 Jahren zum Dialog eingeladen, damit sie in der Organisation Themen setzen (E&W berichtete). Die Integration Geflüchteter wäre beispielsweise so ein Thema. „Ich biete nichts, ich suche nur“, steht auf dem braunen, mit roten Stecknadeln angehefteten Flipchartpapier eines Workshops zum Thema „Bildung in der Migrationsgesellschaft“. Die jungen Aktiven suchten hier vor allem Tipps und Expertise für die Praxis – von Rechtsberatung über Unterrichtsmaterialien bis hin zu Partnerinnen und Partnern für Sprachtandems. „Es gibt haufenweise Unterrichtsmaterial, das müssten wir mal sichten und bewerten“, findet eine der jungen Lehrerinnen in der Runde. Für viele ist es der erste Kontakt zur Gewerkschaft. Sie wollen herausfinden, wie sie ihre Ideen in die GEW hineintragen können. Am Ende steht die Verabredung, in Zukunft Best-Practice-Beispiele ihres Arbeitsbereiches auszutauschen und diese Ideen in die Gewerkschaft einzubringen.

Suche nach Gemeinschaft

Alberto, Erzieher aus Sachsen, sucht in der Gewerkschaft eine Gemeinschaft. Er will sich „regelmäßig mit Erzieherinnen und Erziehern vernetzen“. Bereits während der GEW-Jugendkonferenz vor vier Jahren hatte er versucht, ein Netzwerk zu gründen. Das sei aber nicht so gut gelaufen. „Wir wollten zu viel auf einmal“, erklärt er. Ein Ort, sich fachlich auszutauschen, könne die GEW aber sein, findet Mira, Erzieherin an einer Ganztagsschule. Wie Mira haben viele junge Kolleginnen und Kollegen im vergangenen Jahr für die Aufwertung des Sozial- und Erziehungsdienstes (SuE) gekämpft und sind in die GEW eingetreten. Sie wolle aber nicht nur gewerkschaftlich vertreten werden, sondern auch über Inhalte und Rahmenbedingungen ihrer Arbeit reden, z. B. über die Qualität in der Kindertagesbetreuung, fügt Mira hinzu. Die Erzieherin will sich mit Mitstreiterinnen und Mitstreitern für das Recht des Kindes auf hochwertige Bildung, Erziehung und Betreuung einsetzen. Dazu aber brauche es Raum, um über die Qualität der eigenen Arbeit diskutieren zu können. Einen Raum, den sich Mira von der GEW wünscht.

Natürlich geht es in den Workshops auch um handfeste tarifpolitische Ziele. Lehramtsstudent Marcel kritisiert in dem Zusammenhang die aus seiner Sicht ungenauen Ziele der Gewerkschaften. Er sehe auf Plakaten häufig Forderungen wie „Für bessere Arbeitsbedingungen“. „Aber was heißt das eigentlich?“, fragt er. „Das muss konkreter werden.“ Nur so könne sich beispielsweise die Lebensqualität vieler Beschäftigter in Teilzeit wirklich verbessern. Dabei gehe es gar nicht um die Aufstockung in Vollzeit, sondern mehr darum, einen Rahmen zu schaffen, in dem neben Beruf und Familie auch Zeit bleibe, politische Ämter zu bekleiden – etwa in der GEW.

Lebenswirklichkeiten

Spätestens hier prallen unterschiedliche Lebenswirklichkeiten der Generationen aufeinander. Denn die jungen Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter haben andere Vorstellungen von Arbeitswelt und Lebensqualität als ihre älteren Kolleginnen und Kollegen. Die Vollzeitstelle, für die viele Gewerkschaftsmitglieder so lange gestritten haben, strebt die Mehrheit der Jüngeren in der GEW offensichtlich nicht mehr an. Junge Lehrkräfte kritisieren etwa auch das enge Korsett der Verbeamtung. „Das passt einfach nicht mehr zu unserer Lebenswelt“, stellen sie fest. „Wir brauchen mehr Zeit, uns politisch zu engagieren“, ist auch Wiebke, Lehrerin aus Berlin, überzeugt. Sie alle wünschen sich, dass die GEW ihr Lebensmodell unterstützt: In Teilzeit arbeiten, Zeit für Familie haben und die Politik der GEW mitbestimmen. Passt das zu einer Gewerkschaft, die in Gremien ihre Entscheidungen trifft?

Wie schwierig Mitbestimmung sein kann, weiß Sarah Klug, Sprecherin der Jungen GEW. Auch wenn viele ältere

Foto: Stefan Brasse

Über 100 junge Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter haben während der Jugendkonferenz „GEWolution“ klargemacht, dass sie für „frischen Wind“ in der Organisation sorgen wollen. Nicht nur bei den Themen.

Aktive die Beteiligung junger Kolleginnen und Kollegen einforderten, so Klug, setze sich in der Gremienarbeit eher das Gewohnte und Bekannte fort. Auf neue Ideen ließen sich viele langjährige Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter gar nicht oder nur widerwillig ein. „Und das, obwohl die Innovationskraft ja da ist“, sagt Klug. Die Junge GEW Bayern etwa wurde erst vor einem Monat aus der Taufe gehoben. Für viele ihrer Mitglieder ist es nicht einfach, gemeinsame Termine für die Sitzungen mit den älteren Kolleginnen und Kollegen zu finden. „Mir wäre ein Samstag lieber, da kann ich die Kinderbetreuung viel leichter organisieren“, bekräftigt auch die Berliner Lehrerin Caroline. Viele ältere Aktive seien aber nicht dazu bereit, die herkömmlichen Sitzungszeiten zu verändern.

Den Takt vorgeben

Trotz allem, die Jungen wollen für ihr Lebensmodell kämpfen. Für Lisa Lewien, Mitglied im Bundesjugendausschuss des DGB, bedeutet das, die Zeiten für politische Partizipation – auch in der GEW – der Lebenswirklichkeit der Mitglieder anzupassen. „Wir müssen selber zu Taktgeberinnen und Taktgebern werden“, fordert sie. Doch was heißt das? Und wie lassen sich die unterschiedlichen Lebenswelten und Bedürfnisse der Generationen in der GEW miteinander vereinbaren? Was sich in Rotenburg gezeigt hat: Es fehlen gemeinsame Erfahrungsräume. Diese könnten sich z. B. durch mehr informelle Gespräche herstellen lassen, schlägt Tobias Cepok, Jugendbildungsreferent der GEW Hessen, vor.

„Muss die Jugend vielleicht konfrontativer werden?“, fragt David Jugel, stellvertretender Landesvorsitzender der GEW Sachsen. Für die GEW-Vorsitzende Marlis Tepe gibt es nur einen Weg – und der führt nicht über die Konfrontation, sondern über die Vertretung der Jugend in den GEW-Gremien. „Für mich war wichtig, dass in Arbeitsgruppen und Veranstaltungen mehr Mitglieder der Jugendorganisationen präsent sind. Das habe ich umgesetzt“, erklärt die GEW-Vorsitzende. Die eigentliche Arbeit aber sei vor Ort zu leisten. Das laufe nur leider nicht immer problemlos ab. „Viele Aktive wollen den Wechsel und verfallen dann doch wieder in alte Muster“, so Tepe. Die GEW-Landesverbände böten jedoch viele Fortbildungen an, um den Dialog zwischen Älteren und Jüngeren zu stärken. Dabei gehe es auch darum, gemeinsam Zeiten für die ehrenamtliche Arbeit festzulegen. Die Unterstützung der GEW-Chefin haben die jungen Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter: „Ich möchte, dass junge Kolleginnen und Kollegen in den Gremien vertreten sind“, betont sie. GEW-Spitze und -Jugendorganisationen wollen bei dem Generationen-Dialog am Ball bleiben. „Wir haben Wege aufgezeigt, unsere Fragen zu beantworten. Jetzt müssen wir diese Wege auch gehen“, fordert Lewien ihre Mitstreiterinnen und Mitstreiter auf. Dass sich Gewerkschaftsarbeit nicht von heute auf morgen verändert, weiß auch Tepe und resümiert: „Es braucht ein bisschen Hartnäckigkeit und Geduld.“

Stefan Brasse, Internetredakteur,
GEW-Hauptvorstand

Videos, Bilder und weitere Informationen finden Sie auf www.gewolution.de.

Brief und Siegel für saubere Mode

Das Bildungs- und Förderungswerk der GEW unterstützt die Stiftung „fair childhood – Bildung statt Kinderarbeit“.

// Drei Jahre nach dem Unglück von Rana Plaza kommt das Fairtrade-Siegel für Kleidung. Der neue Standard verlangt existenzsichernde Löhne. Und verbietet Kinderarbeit. //

Die Bilder erschütterten die Welt: Im April vor drei Jahren stürzte in Bangladesch die Textilfabrik Rana Plaza ein. Über 1 000 Näherinnen und Näher wurden getötet, 2 500 überlebten schwer verletzt. Sie hatten in dem Gebäude zu einem Hungerlohn Kleidung für westliche Modehäuser gefertigt – darunter Mango, Benetton, C&A und Primark.

Seit der Katastrophe machen sich viele Konsumenten über die Herstellung von Textilien Gedanken. Auf die wachsende Nachfrage nach anständig produzierten T-Shirts, Hemden oder Hosen reagiert nun TransFair. Der deutsche Ableger der Siegelorganisation Fairtrade International hat den ersten Standard für Textilfabriken weltweit vorgestellt. Nach Kaffee, Schokolade, Bananen oder Orangensaft soll es das Fairtrade-Siegel künftig auch für Mode geben.

Neu ist, dass erstmals die Lebens- und Jobbedingungen aller Arbeiterinnen und Arbeiter in der gesamten Lieferkette eines T-Shirts verbessert werden müssen – also die der Näherinnen ebenso wie die der Baumwollpflücker, Färber, Gerber und Konfektionäre. Sie sollen über das neue Textilprogramm erstmals einen existenzsichernden Lohn erhalten. Wie hoch dieser sein wird, ist offen – derzeit berechnen ihn Menschenrechtsorganisationen, Gewerkschaften und Fair-Handelsorganisationen für jedes einzelne Produktionsland. Momentan erhält ein Näher in Bangladesch umgerechnet 50 Euro im Monat, in Kambodscha 123.

Kinderarbeit verbietet der neue Standard. Die Markenunternehmen werden zu langfristigen Einkaufspraktiken verpflichtet. Und sie müssen ihren Zulieferern – den Nähfabriken in Asien oder Osteuropa wie auch den Besitzern von Baumwollplantagen – einen besseren Preis für die Ware bezahlen. „Nur dann können diese ihren Arbeiterinnen und Arbeitern einen höheren Lohn geben“, sagt Maren Sartory von TransFair.

Auch Umweltkriterien spielen beim Fairtrade-Textilstandard eine Rolle: „Der Einsatz von Chemikalien darf die Gesundheit der Arbeiter nicht beeinträchtigen“, so Sartory. Verboten sind Substanzen, die „krebserregend und hochgiftig sind“. Ob die Regeln eingehalten werden, kontrolliert – wie schon bei Lebensmitteln – die Zertifizierungsorganisation FLOCERT. Die Kosten trägt jeder Zulieferer selbst.

Das neue Fairtrade-Siegel für Kleidung

Sechs Jahre haben die beteiligten Firmen Zeit, die Löhne anzuheben. Diese Umstellungsphase sei wichtig, um die Textilerzeuger und die Beschäftigten vor Ort mitzunehmen. Nur dann könne man überhaupt Veränderungen erreichen, erklärt Siva Parti, Experte für Umwelt, Gesundheit und Arbeitssicherheit bei Sustainable Textile Solutions. Das Textilprogramm hole die Fabriken „an dem Punkt ab, an dem sie stehen, und hilft ihnen, die hohen Anforderungen des Standards zu erfüllen“. Dabei werden die Betriebe in Arbeitsrecht und Gesundheitsschutz geschult.

Mit dem neuen Siegel-Standard sollen die Lebens- und Arbeitsbedingungen aller Beschäftigten entlang der gesamten Lieferkette für Kleidung verbessert werden. Kinderarbeit ist verboten.

Ob ein Modeanbieter alle fairen Kriterien auf dem langen Produktionsweg vom Baumwollfeld bis zur Ladentheke tatsächlich erfüllt, erkennen Konsumenten am neuen „Fairtrade Textile Production“-Zeichen auf dem Anhänger am Kleidungsstück. Die Modekette oder Boutique darf aber erst damit werben, wenn die gesamte Lieferkette des T-Shirts zertifiziert ist und jede einzelne mitwirkende Arbeiterin bzw. jeder Arbeiter fair bezahlt wird.

Solange das Shirt noch nicht komplett fair produziert wird, darf auch kein Fairtrade-Siegel aufs Etikett. Das Unternehmen kann jedoch bereits in Berichten oder auf seiner Website auf sein soziales Engagement hinweisen. Und dem Kunden gegenüber kommunizieren, in welchem Stadium es sich auf dem Weg zu existenzsichernden Löhnen befindet.

14,82 statt 13 Euro fürs T-Shirt

Teurer muss fair produzierte Kleidung nicht zwingend werden: Die Arbeitskosten der Näherinnen und Näher machen derzeit in der Regel weniger als ein Prozent des Endpreises aus. Wenn sich die Löhne für die Beschäftigten entlang der gesamten Lieferkette des T-Shirts verdoppeln, erhöhe sich der Preis im Laden um maximal 14 Prozent – das ergab eine Studie der Fair Wear Foundation. Das T-Shirt würde also 14,82 Euro statt 13 Euro kosten. Doch was der Modekonzern letztendlich vom Kunden verlange, „liegt im Ermessen der Marken und Unternehmen, hier hat Fairtrade keinen Einfluss“, sagt Sartory. Die Anbieter müssten die höheren Produktionskosten auch gar nicht aufs T-Shirt aufschlagen – sie könnten einfach an Marketing oder Werbung sparen.

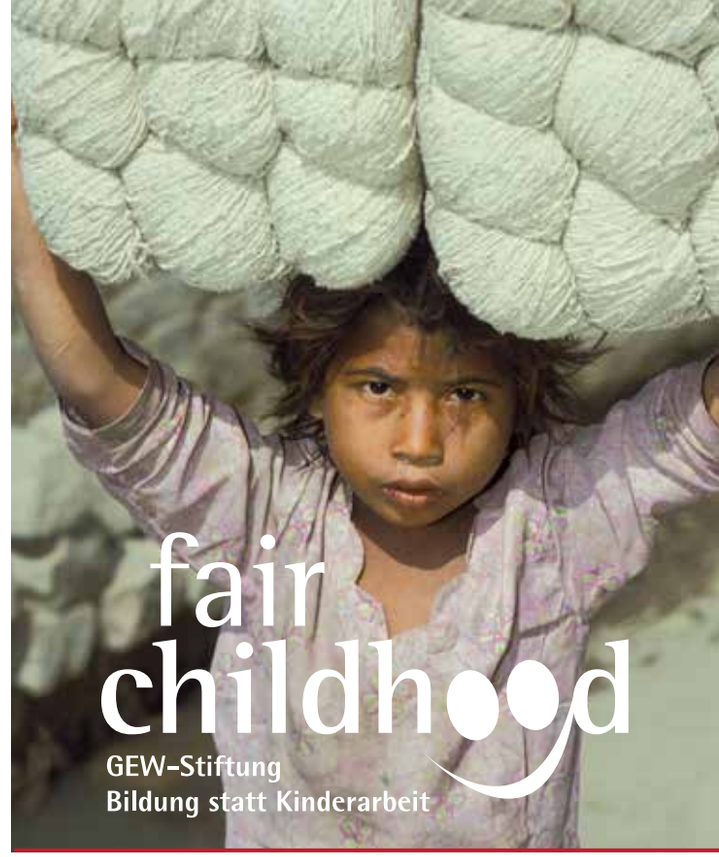
Foto: TransFair

Noch ist offen, wann Kunden die ersten fairen Teile im Handel finden und welche Unternehmen mitmachen – mit etlichen sei man im Gespräch, so die TransFair-Sprecherin. Angewendet werden kann der neue Standard ab Juni. „Das heißt, es wird noch einige Zeit dauern, bis es die erste Lieferkette gibt, die komplett nach dem Textilstandard zertifiziert ist.“

Menschenrechtsorganisationen wie der Kampagne für Saubere Kleidung (CCC) geht der neue Fairtrade-Textilstandard nicht weit genug. Schließlich könne eine Modekette auch dann mit fairem Engagement werben, wenn sie nur einen kleinen Teil der Kollektion umstellt – und das Gros des Sortiments weiter in Billigfabriken und unter menschenunwürdigen Zuständen nähen lässt. Das sei Fairwashing. CCC ist gegen ein Label für einzelne Produkte – und fordert, dass sich das gesamte Unternehmen fair aufstellen müsse. Kritiker monieren zudem, dass Fairtrade seinen Partnern nicht vorschreibe, wie das Personal der am Programm teilnehmenden Modehäuser in Deutschland entlohnt werden soll. TransFair entgegnet, Auftrag und Mandat des klassischen Fairen Handels liege in den Ländern des globalen Südens.

Auch die Bundesregierung fordert im Übrigen von der Textil- und Modeindustrie mehr soziale Verantwortung: Sie müsse endlich die Missstände abstellen und die Zulieferer besser bezahlen – sonst würde sie per Gesetz dazu verdonnert. Die Wirtschaft hingegen lehnt eine verbindliche Regulierung ab und setzt bei den Sozialstandards auf freiwillige Selbstverpflichtung.

Martina Hahn,
freie Journalistin



Kindern eine Kindheit geben

Machen Sie mit.
Unterstützen Sie *fair childhood* –
GEW-Stiftung Bildung statt Kinderarbeit
Spendenkonto: Bank für Sozialwirtschaft,
IBAN: DE16 7002 0500 0009 8400 00
BIC: BFSWDE33MUE

www.fair-childhood.eu

Ja, ich möchte mehr Informationen zu *fair childhood,* bitte senden Sie mir weitere Informationen

E&W 06/2016

Name, Vorname

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

E-Mail

Datum, Unterschrift

Bitte senden Sie diesen Coupon in einem ausreichend frankierten Umschlag an:

fair childhood
GEW-Stiftung „Bildung statt Kinderarbeit“
z. Hd. Susanne Hemmerling
Reifenberger Straße 21
60489 Frankfurt am Main

fair childhood
GEW-Stiftung
Bildung statt Kinderarbeit

„Argumente gegen Vorurteile“

Wie wichtig es ist, für eine offene Gesellschaft einzutreten und so vereinfachende wie diskriminierende Argumente zu hinterfragen, haben zuletzt die Debatten um die Wahlerfolge der Alternative für Deutschland (AfD) gezeigt (s. auch E&W 4/2016,

S. 38 ff.). Mit der neu erschienenen Argumentationsbroschüre „Für eine Pädagogik der Vielfalt – Argumente gegen ultrakonservative, neu-rechte und christlich-fundamentalistische Behauptungen“ zeigt die GEW Flagge. Die Materialie soll all jene bestärken, die sich für eine freiheitliche, gleichberechtigte, tolerante Gesellschaft und Pädagogik einsetzen. Lehrkräften und Elternvertretungen gibt sie konkrete Argumente und Informationen über pädagogische Aufgaben und Rechte an die Hand. Mehr zu der Broschüre unter www.gew.de.
Bestellungen bis neun Stück richten Sie bitte an broschueren@gew.de bzw. Fax: 069/78973-70161.
Bestellungen ab zehn Stück über GEW-Shop: www.gew-shop.de, Einzelpreis: zwei Euro zuzüglich Versandkosten.

Bundesweiter Demokratietag

Demokratie lernen und leben: Unter dem Motto „Meine Werte, deine Werte. Unsere Werte. Facetten der Demokratiepädagogik/Kinderrechte“ laden die Deutsche Gesellschaft für Demokratiepädagogik (DeGeDe) und die Schulen des „DemokratieErleben-Preises“ 2015 zum 2. Demokratietag am 12. September 2016 in die Heinrich-Böll-Stiftung nach Berlin ein. Gemeinsam mit demokratiefördernden Initiativen wollen die Veranstalter Jugendlichen und Erwachsenen aus Bildungseinrichtungen Einblicke in demokratisch gelebte (Schul-)Praxis vermitteln. Der Demokratietag soll ein Forum zum Austausch, Vernetzen und zum Diskurs über demokratiepädagogische Aktivitäten sein. Er bietet Teilnehmenden Anregungen zu demokratiefördernden Programmen und Bildungsinitiativen in der Kinder- und Jugendarbeit.

Mehr Informationen über: demokratietag@degede.de.
Anmeldung über: www.degede.de.

Umgang mit der AfD

Unter dem Titel „Nachfragen, Klarstellen, Grenzen setzen – Handlungsempfehlungen zum Umgang mit der AfD“ hat die Amadeu-Antonio-Stiftung eine aktuelle Broschüre herausgegeben: www.amadeu-antonio-stiftung.de/w/files/pdfs/afd-handreichung.pdf.
Argumentationshilfen gegen rechtspopulistische Strömungen vermittelt außerdem das Interview „Flüchtlingsfeindlicher Hetze in Sozialen Netzwerken entgegentreten“, das die Stiftung auf ihrer Website unter www.amadeu-antonio-stiftung.de/aktuelles/2016/interview-zu-hetze-in-sozialen-netzwerken/ zum Download bereitstellt.

„Inklusion als Ideologie“

Inklusionspädagogik hat Hochkonjunktur. Ausgabe 2015 des Jahrbuchs für Pädagogik nimmt die vorherrschenden inklusionspädagogischen Konzepte unter die Lupe, die der ausgrenzenden Gesellschaft überwiegend mit pädagogischen Mitteln begegnen wollen: Die Situation der Benachteiligten soll verbessert werden, aber ohne die strukturellen gesellschaftlichen Bedingungen anzutasten. Dabei wird suggeriert, dass die Probleme im Rahmen der gegebenen Verhältnisse gelöst werden könnten.
Hier setzt das Jahrbuch an und wagt einen ideologiekritischen Vorstoß, der die viel umworbenen Inklusionsvorstellungen mit den faktischen sozialen Gegebenheiten konfrontiert und nach den Interessen fragt, die mit der aktuellen Inklusionsrhetorik verbunden sind.

Kluge, S./Liesner, A./Weiß, E.: Jahrbuch für Pädagogik 2015. Inklusion als Ideologie. Frankfurt am Main

„Jedes Kind ist einzigartig“

Die knapp zweistündige Dokumentation „Jedes Kind ist einzigartig. Die inklusiven Schulen in Rheinland-Pfalz“ des Filmemachers Paul Schwarz beleuchtet anschaulich und vielschichtig inklusiven Unterricht an Grund- und weiterführenden Schulen. Sie zeichnet die Lehrkräfteausbildung in der ersten und zweiten Phase nach und schildert den Weg der einzelnen Schule hin zu einer inklusiven. Der Film zeigt Bilder des Gelingens, verschweigt aber auch Hürden und Schwierigkeiten nicht. Er ermutigt Schulen, sich auf den Weg zu machen. Die Dokumentation kann für 15 Euro direkt beim Filmemacher erworben werden.

E-Mail: schwarzpaul@t-online.de

Zahlen statt Sternchen

(E&W)

Ich verstehe nicht, warum in der E&W die Texte keine Fußnoten in Form von Zahlen haben, sondern diese merkwürdigen Sternchen, die man bei wirklichem Interesse zählen muss, um nicht durcheinanderzukommen. Wären Zahlen nicht einfacher?

Karin Ehler (per-E-Mail)

„Intellektueller Unsinn“

(E&W 3/2016, Interview Seite 17 f.: „Tabu Sexualität“)

Lale Akgüns Äußerungen über soziale Milieus, Männlichkeitsrituale, Ehrbegriffe und den Ehrenmord in muslimischen Gemeinschaften sind richtig, doch nicht neu. Interessant ist Akgüns Aussage, dass zwischen Patriarchat und Islam eine „unheilige Symbiose“ bestehe. Das trifft zu! Anders Akgüns Behauptung, in islamisch regierten Ländern interpretierten die an der Macht befindlichen Männer den Koran und „nehmen die Religion in Haftung“. Das ist keine Frage der Interpretation, sondern wortwörtlich Grundlage des Koran. Daran gibt es nichts zu deuten. Da hat die Publizistin Neçla Kelek wohl Recht, wenn sie die Frauenverachtung dort verankert sieht.

Denn: Religion wird nicht „in Haftung genommen“, sie ist Grundlage von Staat, Gesellschaft und Privatleben.

Wenn Akgün aber eingesteht, sie sei Anhängerin des Sufismus, wird ihre Betrachtungsweise noch suspekter. Muslima ja, also gottesgläubig, aber bitte ohne Scharia – das religiöse Gesetz im Islam –, dafür aber mystische Strömungen, asketische Tendenzen, spirituelle Orientierung – das ist konzentrierte Esoterik. Pardon, aber das halte ich für intellektuellen Unsinn.

Ich wundere mich, dass die E&W-Redaktion solche irrationalen Positionen veröffentlicht. Warum gab es zum Thema nicht deutliche religionskritische Stellungnahmen? Oder wäre das Rassismus? Recht gebe ich Akgün in folgender Hinsicht: Die unheilige Symbiose von Patriarchat und Islam gilt es aufzubrechen, wie es auch der syrische Lyriker Adonis in einem SPIEGEL-Gespräch (7/2016) gefordert hat: Nur die strikte Trennung von Staat und Kirche könnte die Konflikte in der arabischen Welt lösen.

Walter Peters (per E-Mail)

Unterordnung festgelegt

In allen islamisch regierten Ländern sei die Macht in der Hand von Männern, „die den Koran so interpretieren, dass Frauen möglichst wenig Rechte haben“, ist Lale Akgün überzeugt: Nein, so steht es auch im Koran. In Sure vier „Die Frauen“ wird die Unterordnung der Frau festgelegt, explizit heißt es hier in Vers 34: „Die Männer stehen über den Frauen, weil Gott sie (von Natur aus vor diesen) ausgezeichnet hat. [...] Und wenn ihr fürchtet, dass Frauen sich auflehnen, dann ermahnt sie [...] und schlagt sie!“

Ulrich Bald, Hagen

>> Fortsetzung auf Seite 46

Der Reise-Ratgeber
schulfahrt.de Klasse Reisen.
Planen und organisieren Sie ihre nächste Klassenfahrt mit unseren vielfältigen Themen unter
www.ratgeber.schulfahrt.de.
Von der Reiseplanung, Reisevorbereitung und Durchführung bis hin zur Reisenachbereitung stehen wir Ihnen mit unserer langjährigen Erfahrung hilfreich zur Seite.
Schulfahrt Touristik SFT GmbH · Herrengasse 2 · 01744 Dippoldiswalde
Ihr Reiseveranstalter · Tel.: 0 35 04/64 33-0 · www.schulfahrt.de
Service-Center Frankfurt 069/96 75 84 17

TimeTEX
So leben Lehrer/innen leichter
System-Schulplaner 2016/2017
Für jeden Anspruch der passende Planer. In verschiedenen Formaten + Bindungsvarianten erhältlich.
TimeTEX Hermedia Verlag GmbH · 93337 Riedenburg · Tel. 09442 92209-0 · www.timetex.de

Seit 1966
Friesland Charter
Gruppenfahrten auf traditionellen Segelschiffen
Auf IJsselmeer und Binnengewässer
8 bis 60 Personen
• Klassenfahrten
• Wochenendarrangements
Familie Koopmans
De Slinke 19, NL 9011 WV Jirnsum
Ruf 0031-566-631604
An Bord 0031-6-50681864
E-mail: info@frieslandcharter.nl
Internet: www.frieslandcharter.nl
Klipper DE HOOP****

• Berlin – Stadtführungen
• Schülertouren mit dem Rad, zu Fuß, im Bus
030-21805214
TRAVEL SITE
www.travelxsite.de

Rad- und Wanderreisen in Großbritannien
Cornwall (Coastal Path) - Cotswolds - Devon mit Dartmoor - Kanalinseln
www.sisu-aktivreisen.de

Gehörschutz SONDERPROGRAMM für Schulen
KiddyPlugs
www.kinder-gehoerschutz.de

Klassenfahrten Versailles
mit oder ohne Sprachkurs
ausgesuchte Gastfamilien, indiv. Programm
versailles@reichardt.eu, T: 06181 424830
www.reichardt.eu

ZARB Arbeitsblätter kreativ & schnell erstellen
Das unentbehrliche Basiswerkzeug für Lehrkräfte: Mit ZARB erstellen Sie differenzierte Lernaufgaben aus deutschen oder fremdsprachigen Texten, alltagstaugliche Arbeitsblätter, die fördern und fordern.
Direkt im Textprogramm erzeugen Sie neue Rätsel, Lücken- und Fehlertexte, Schüttel- oder Schlangentexte und mehr. Kompetenzorientierte Übungen zu Wortschatz, Rechtschreibung, Grammatik, Satzbau, Textaufbau und Inhalt entstehen mit wenigen Mausklicks.
Lösung 2 ZARB 4 IST 3 EINFACH 1 GENIAL
hans zybura software
Waldquellenweg 52 · 33649 Bielefeld · Fon 0521.45366590 · info@zybura.com · www.zybura.com

schulfahrt.de Klasse Reisen. Klasse Reisen. Weltweit.
z. B. Dresden 4 Tage inkl. Prog. Stadtrundgang uvm. ab 144,– €
z. B. Mailand Flugreise 4 Tage tolles Prog.-Angebot ab 172,– €
z. B. Hamburg 5 Tage inkl. Prog. & Ausflug n. Bremen ab 124,– €
Schulfahrt Touristik SFT GmbH
Herrengasse 2
01744 Dippoldiswalde
Ihr Reiseveranstalter
Tel.: 0 35 04/64 33-0
www.schulfahrt.de
Service-Center Frankfurt 069/96 75 84 17

>> Fortsetzung von Seite 45

Aktiv dagegenhalten

(E&W 3/2016, Seite 30 f.: „Davon kann ich nicht leben!“)

In Nordrhein-Westfalen muss die Schulkonferenz zustimmen, wenn eine Schule Offene Ganztagsschule werden will. Da haben sicher in den Konferenzen auch viele GEW-Mitglieder ihre Zustimmung erteilt, obwohl sie wussten, wie prekär die Arbeitsverhältnisse in der Nachmittagsbetreuung sind – oder, schlimmer noch, diese Bedingungen interessierten sie nicht!

Wo bleibt der Aufruf der GEW an ihre Mitglieder, solchen Anträgen auf keinen Fall zuzustimmen, solange sich die Bedingungen nicht gebessert haben? Wenn der GEW die in dem Artikel beschriebenen Arbeitsverhältnisse missfallen, muss doch überlegt werden, welche Möglichkeiten es gibt, aktiv dagegenzuhalten. Alles mitzumachen und hinterher zu jammern, wie schlecht es einem doch geht, ändert überhaupt nichts.

Jürgen Stanke, Velpke

Andere Seite der Medaille

(E&W 4/2016, Seite 22: „Personalräte beschränken E-Mail-Flut“)

Aus meiner Sicht als Schulleiter: leider ein sehr einseitiger Beitrag. Die Schulleitung erwarte, heißt es, dass ein Kollegium rund um die Uhr zu erreichen sei, sogar in den Sommerferien. Ständige Erreichbarkeit, sieben Tage die Woche – auch zu später Uhrzeit. Sogar von Teilzeit-Lehrkräften. Für die Personalräte war klar, dass sie das nicht akzeptieren konnten.

Als Schulleiter in Teilzeit und GEW-Mitglied möchte ich den strahlenden Bronzemedaillengewinnern des Personalräte-Preises entgegenhalten, dass es umgekehrt nicht anders aussieht.

Morgens 6.30 Uhr – Mobiltelefon: Von Freitag bis Sonntag ganztägig bis spätabends: „Ich bin krank“, „mein Kind ist krank“ oder „kann morgen nicht in der Schule sein“. Sommerferien: „Wie sieht es mit dem Stundenplan aus?“ Oder: „Wann sind die Pläne fertig, damit ich die Betreuung meines Kindes organisieren kann?“ Oder: „Welcher Tag eignet sich besser für einen freien Tag?“

E-Mail-Flut: Da fang ich erst gar nicht davon an. Nur dass ein Kollegium auch sehr sauer reagieren kann, wenn eine wichtige Information via Mail nicht weitergeleitet wird. Viele Schulleitungen verbringen täglich viel Zeit damit, Mails zu lesen und nur das wirklich Relevante weiterzuleiten.

Wünschenswert wäre gewesen: Der E&W-Artikel hätte auch die andere Seite der Medaille berücksichtigt, was auch von Schulleitungen alles erwartet wird und diese leisten müssen.

Andreas Tietzel (per E-Mail)

Danke für Erinnerung

(E&W 4/2016, Seite 28 f.: „Was heißt ‚Erziehung nach Auschwitz‘ heute?“)

Danke für die Erinnerung an Theodor W. Adornos pädagogische Überlegungen zur „Erziehung nach Auschwitz“. Sie bildeten auch schon während der internationalen Konferenz „Das Echo des Holocaust. Erkenntnisse und Ansprüche“ im Januar 1995 an der Universität Hamburg die Grundlage der Ausführungen von Prof. Ido Abram, dem Inhaber der ersten europäischen Professur für „Holocaust Education“ an der Universität Amsterdam. Er betonte die didaktisch effiziente Gestaltung von Erinnerungsarbeit – insbesondere als Einübung von Empathie gegenüber „Anderen“ und Erziehung gegen Diskriminierung und Rassismus im schulischen Alltag. Von nicht geringer Bedeutung ist in diesem Zusammenhang auch eine Reihe weltweit praktizierter reformpädagogischer Versuche um den Beginn des 20. Jahrhunderts zu nennen, u. a. Georg Kerschensteiner, Berthold Otto und Alfred Lichtwark in Deutschland, Maria Montessori in Italien, John Dewey in den USA und K’ang Yu-Wei in China. Sie alle verstanden sich als Wegbereiter einer glücklicheren Kindheit in friedlicherer Zukunft. Ihre pädagogischen Ansätze wurden allerdings durch den Zweiten Weltkrieg und die Perioden nationalsozialistischer und faschistischer Prägung zerstört. Mit anderen Worten: Besonders pädagogisch orientierte Friedenskonzepte im interdisziplinären und internationalen Kontext wären aufzufinden und neu zu untersuchen.

Eva König-Werner, Bremen

Keine Beschäftigungsfalle

(E&W 5/2016, Seite 28 f.: „Berliner Spar-Variante“)

In dem Beitrag wird die Regelung der „Personalkostenbudgetierungskräfte“ – abgekürzt PKB – kritisiert, die für das Land Berlin vor allem „finanziell attraktiv“ sei. Autor Jürgen Amendt stellt fest, dass die PKB-Kräfte unterbezahlt seien, macht sich aber nicht die Mühe, konkrete Zahlen zu vergleichen.

Weitere Schwachpunkte: Mitnichten sind PKB-Kräfte handlungsunfähige Subjekte. Sie entscheiden sich, ob sie an einer Qualifikation Interesse haben oder lieber weiterhin nach befristeten Stellen Ausschau halten wollen. PKB ist auch keine „Beschäftigungsfalle“, sondern eine großartige Gelegenheit, den Schulalltag kennenzulernen und die Zeit bis zur „Festanstellung“ flexibel hinauszuschieben. In Schulen, in denen beispielsweise eine Lehrkraft für zwei Monate ausfällt, ist die unbürokratische Einstellung einer PKB-Kraft sehr sinnvoll. Dass in diesem Fall keine „kontinuierliche pädagogische Arbeit“ möglich ist, versteht sich.

Hören Sie auf, ihre Leserinnen und Leser für dumm zu verkaufen und diesen unglaubwürdige Klientelargumente „vorzusingen“, deren recherchierte Faktengrundlage so dick wie die Ozonschicht über dem Südpol ist.

Kai Hanstein, RHG Karow, Studienrat (per E-Mail)

E&W-Briefkasten
Postanschrift der Redaktion:
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
Postfach 900409, 60444 Frankfurt a. M.
E-Mail: renate.koerner@gew.de
Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen. Anonym zugesandte Leserbriefe werden nicht veröffentlicht.

TOSCANA
Weingut zw. Florenz u. Pisa, Zi. mit HP, FeWos und Häuschen, gr. Pool. Ermäß. für GEW-Mitgl.
Tel. und Fax: 0039 - 0571 - 408041
info@aglioni.it, **www.aglioni.it**

Eine kleine Anzeige.
Für eine große Tat.
Werden Sie Lebensspender.
Kämpfen Sie mit uns gegen Blutkrebs. Lassen Sie sich jetzt als Stammzellspender registrieren. Alle Infos zur Stammzellspende finden Sie unter **www.dkms.de.**
DKMS
Deutsche Knochenmarkspenderdatei gGmbH
DKMS
Wir besiegen Blutkrebs.

WENDELSTEIN® KLINIK
Krankenhaus für Neurologie, Psychiatrie, Innere Medizin und Psychosomatik
- **Depressionen**
- **Schmerzstörungen**
- **Ängste**
- **Posttraumatische Belastungsstörungen**

Geben Sie nicht auf!
WIR HELFEN IHNEN WEITER
WENDELSTEIN KLINIK
Reutlinger Str. 20 · 72501 Gammertingen
0 75 74 - 845
www.wendelsteinklinik.de
beihilfefähiges privates Akut-Fachkrankenhaus

Klassenfahrten London
mit oder ohne Sprachkurs
ausgesuchte Gastfamilien, indiv. Programm
london@reichardt.eu, T: 06181 424830
www.reichardt.eu

Andalusien
Kleines Ferienhaus auf Finca im Olivenhain am Naturschutzpark bietet Ruhe und Erholung.
Für Wanderer ein Paradies.
T: 05171/16343 **www.la-ruca.de**

Die Wollmarshöhe
Klinik Wollmarshöhe
Akutfachkrankenhaus für psychosomatische Medizin
Kurzzeittherapie bei Burn-out und Stressfolgeerkrankungen
Für Privatversicherte, Beihilfeberechtigte, Selbstzahler
Stationär, teilstationär, ambulant
Therapeutisch-ganzheitliches Konzept - moderne Diagnostik und Therapieplanung
Neurologische und psychokardiologische Abklärung
Zeitgemäße Einrichtung und Ausstattung, schönes Ambiente, nähe Bodensee (Bodnegg)
Gerne senden wir Ihnen unser Exposé.
info@klinik-wollmarshoehe.de
Information / Auskunft:
07520 927-0
www.wollmarshoehe.de

AGARIA TOURS
Fachveranstalter für Pragreisen
PRAHA
Prag? Nur mit uns!
Keine Vorkasse: Sie zahlen die gesamte Reise erst nach der Fahrt.
das tschechische team
Infos: 040 / 280 95 90 • www.agaria.de • prag@agaria.de

Schul-Organisation
Lehrerkalender
groß oder klein, auch Tischkalender, alle für das Schuljahr.
Bei uns erhältlich!
www.schulorganisation.com
F&L SCHULORGANISATION
Verlage Flöttmann & Langenkämper

Behutsam die Welt entdecken
- ✓ Fernreisen weltweit
- ✓ Studien- und Begegnungsreisen
- ✓ preiswerte Flugtickets für Schüleraustausch

www.Alternativ-Tours.de
Alternativ-Tours Otto-Suhr-Allee 59
Tel. (030) 21 23 41 90 10585 Berlin
AMERIKA · ASIEN · AUSTRALIEN

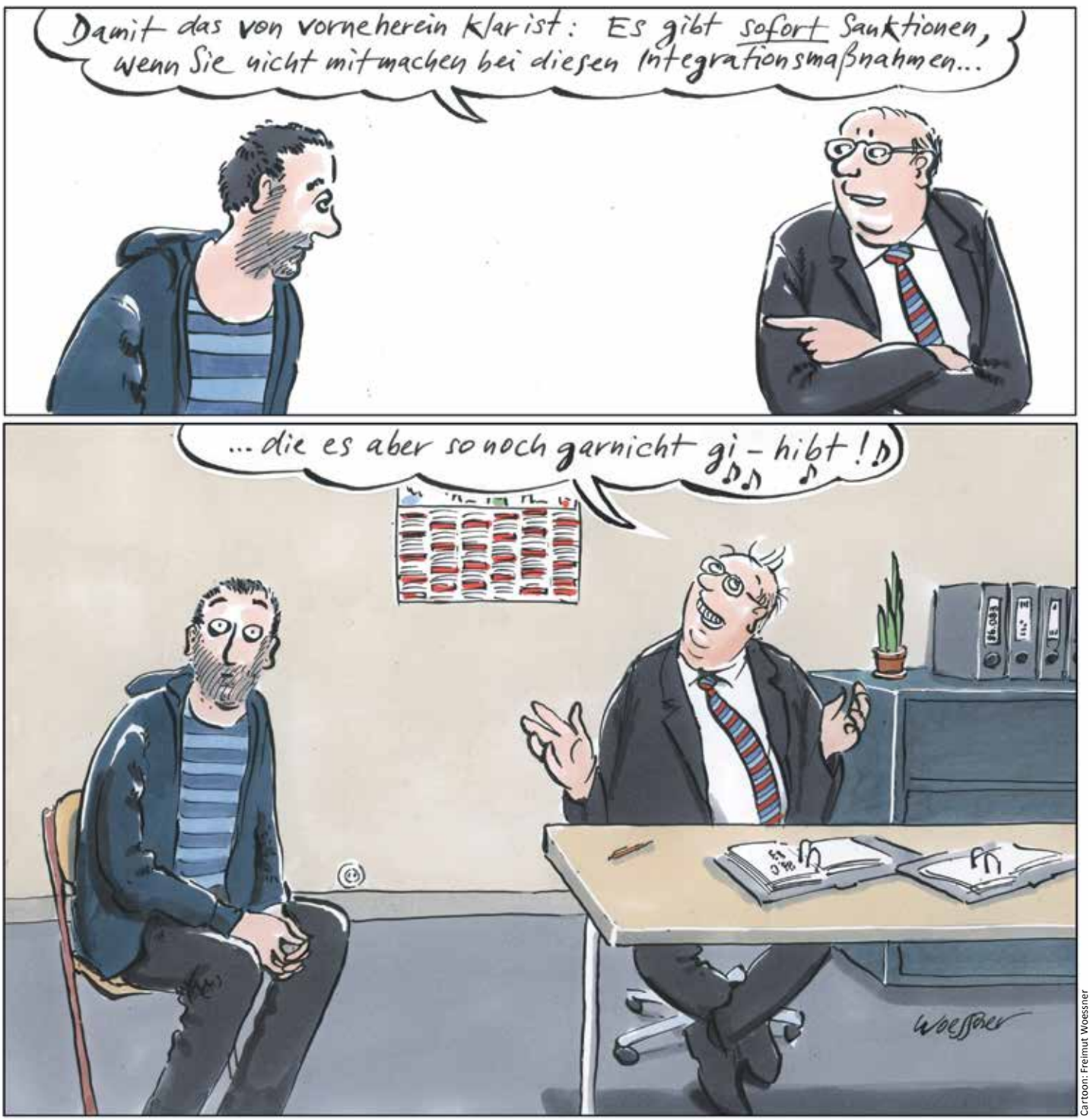
Klassenfahrten der Jugendherberge Essen
Aller Anfang ist leicht 2016
5. - 6. Klasse | 3 Tage | ab € 122,00
Die Schüler lernen sich kennen, setzen sich Ziele für die gemeinsame Zukunft.
Einer für alle – alle für einen 2016
7. - 13. Klasse | 3 - 5 Tage | ab € 138,00
Ein Teambuilding mit Kooperationsübungen
Entdecken. Erleben. Bewegen 2016
5. - 6. Klasse | 3 Tage | ab € 98,00
Der Wandel des Ruhrgebiets: Die Zeugnisse der Industriekultur bilden dabei die Kulisse für aufregende Erlebnisse.
weitere Programme und vieles mehr unter:
www.essen.jugendherberge.de
DJH Rheinland

Mit Hand und Verstand!
Das Original Made in Germany
Lesefreude für Ihren Unterricht
- spielerisch-handelnder Umgang mit Buchstaben
- senso-motorische Lernerlebnisse
- verständnisorientiertes Lernen
- Online-Unterrichtshilfen und Videos

Neue Website mit vielen Unterrichtshilfen und Videos!
Lernen + Lehren mit HAHN
Besuchen Sie jetzt **www.lesefreude.net**

S-E-T
STUDY - EXPLORE - TRAVEL
STUDIENREISEN LONDON
KLASSENFAHRTEN ENGLAND
www.s-e-t.de

Diesmal



Cartoon: Freimut Woessner

Neues Integrationsgesetz